



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2007

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.300.07d

Wichtige Hinweise

Strukturbruch durch NRM: Mit Einführung des Neuen Rechnungsmodells (NRM) im Jahr 2007 erfolgte der Systemwechsel zur periodengerechten Budgetierung und Rechnungslegung (Accrual Accounting and Budgeting). Aufgrund dieses Strukturbruches ist der Vorjahresvergleich in den Fällen nicht möglich, wo die Rechnungsposition ausschliesslich oder teilweise nicht finanzierungswirksame Anteile *beinhaltet* (z.B. Abschreibungen, Wertberichtigungen, Einlage in Rückstellungen) oder die Zuordnung der bisherigen Kreditposition in die neue Struktur nicht eins zu eins erfolgt ist. In den betroffenen Tabellen werden entsprechende Hinweise gemacht. Siehe auch Band 1, Ziffer 12.

Änderung der Kontierungsgrundsätze: Im Vergleich zum Bundesbeschluss über den Voranschlag 2007 wurden für die Rechnungsablage zwei Änderungen bei der Kontenzuordnung vorgenommen. Sie betreffen die neu geschaffenen Kontengruppen «Beiträge an Sozialversicherungen» und «Finanzertrag». Um den Vergleich zwischen Voranschlag und Rechnung zu ermög-

lichen, wurden im vorliegenden Dokument auch die Zahlen für den Voranschlag 2007 umgeschlüsselt. Für weitere Informationen siehe Band 1, Ziffer 251/1.

Konten- und Kreditsicht: Die Gliederung der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung sowie der Bilanz folgt dem Kontenrahmen des Bundes (buchhalterische Sicht bzw. Kontensicht). Die Bundesversammlung genehmigt die Aufwände und Investitionsausgaben jedoch in Form von Krediten (Kreditsicht). Die Kreditbildung folgt politischen Prioritäten und kann deshalb in Einzelfällen von der Artengliederung des Kontenrahmens abweichen. Im Unterschied zur Erfolgsrechnung umfassen die Kredite die Ertragspositionen zudem auch die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten. Diese sind in der Kontensicht eliminiert. Die Bände 1 und 3 geben die Zahlen in der Kontensicht wieder. Die Bände 2A und 2B zeigen die Kreditsicht. Siehe auch Band 2A, Zusammenzug auf Stufe Bund.

- Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**
 - Kommentar zur Jahresrechnung
 - Jahresrechnung
 - Kennzahlen
 - Bundesbeschluss

- Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**
 - Rechnungspositionen
 - Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

- Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**
 - Rechnungspositionen
 - Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
 - Zusätzliche Informationen zu den Krediten

- Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**
 - Zusatzerläuterungen
 - Statistik

- Band 4 Sonderrechnungen**
 - Fonds für die Eisenbahngrossprojekte
 - Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
 - Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Zentral ist das Kapitel «Jahresrechnung», welches die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung, die Erfolgsrechnung, die Bilanz und den Eigenkapitalnachweis sowie den Anhang enthält. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Krediten ausgewiesen. Im Vordergrund steht die Rechenschaftsablage über die Verwendung der Kredite im Vergleich zum Budget. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen (Kapitel «Rechnungspositionen») die Aufwände und Erträge für die Leistungsverrechnung

zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen sowie die FLAG-Steuerung. Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich. *Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden. Im Jahr 2007 waren dies die Sonderrechnungen für den ETH-Bereich, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte und die Eidgenössische Alkoholverwaltung.

Zusatzerläuterungen und Statistik

	Seite
1 Zusatzerläuterungen	7
11 Entwicklung der Einnahmen	7
111 Fiskaleinnahmen	7
112 Regalien und Konzessionen	14
113 Finanzeinnahmen	14
114 Übrige laufende Einnahmen	15
115 Investitionseinnahmen	16
116 Einnahmenstruktur 1997/2007	16
12 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	17
121 Soziale Wohlfahrt	17
122 Finanzen und Steuern	19
123 Verkehr	20
124 Landesverteidigung	21
125 Bildung und Forschung	22
126 Landwirtschaft und Ernährung	23
127 Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	24
128 Übrige Aufgabengebiete	25
129 Ausgabenstruktur 1990/2007	26
13 Querschnittsfunktionen	27
131 Personal	27
132 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	28
133 Bundestresorerie	31
134 Öffentlichkeitsarbeit	34
14 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	36
15 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	38
16 Entlastungsprogramme 2003 und 2004: Stand der Umsetzung	40
17 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	41
2 Statistik	45
A Übersicht	45
B Finanzierungsrechnung	48
B1 Einnahmen nach Kontengruppen	48
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	51
B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten	55
B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	63
C Erfolgsrechnung	67
D Bilanz	74
E Bundestresorerie	83
F Personal	87

11 Entwicklung der Einnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Ordentliche Einnahmen	54 911	56 011	58 092	3 181	5,8
Fiskaleinnahmen	50 873	51 556	53 336	2 463	4,8
Direkte Bundessteuer	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1
Verrechnungssteuer	3 947	3 017	4 230	283	7,2
Stempelabgaben	2 889	3 200	2 990	100	3,5
Mehrwertsteuer	19 018	19 650	19 684	666	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 112	7 380	121	1,7
Mineralölsteuer	4 994	5 005	5 086	92	1,8
Tabaksteuer	2 161	2 005	2 186	26	1,2
Biersteuer	104	102	107	3	3,3
Verkehrsabgaben	1 938	1 828	2 016	78	4,0
Automobilsteuer	320	325	358	38	12,0
Nationalstrassenabgabe	313	303	322	9	2,9
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 200	1 336	31	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	–	–	–
Zölle	1 027	980	1 040	13	1,3
Spielbankenabgabe	406	421	449	42	10,4
Lenkungsabgaben	148	166	156	7	4,8
Übrige Fiskaleinnahmen	9	1	3	-6	-66,3
Regalien und Konzessionen	1 265	1 258	1 345	80	6,3
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	221	223	223	2	0,9
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	–	–
Konzessionsabgaben	32	2	6	-25	-79,8
Übrige Regalien und Konzessionen	179	200	282	103	57,5
Finanzeinnahmen	1 089	1 266	1 280	191	17,6
Zinseinnahmen	478	678	664	186	38,9
Beteiligungseinnahmen	611	578	509	-102	-16,7
Übrige Finanzeinnahmen	–	10	107	107	n.a.
Übrige laufende Einnahmen	1 390	1 714	1 766	376	27,1
Entgelte	1 323	1 178	1 391	68	5,1
Wehrpflichtersatzabgabe	142	102	138	-4	-2,6
Gebühren für Amtshandlungen	280	280	293	14	5,0
Rückerstattungen	256	86	113	-143	-55,8
EU Zinsbesteuerung	36	59	121	85	236,7
Übrige Entgelte	610	651	725	115	18,9
Verschiedene Einnahmen	67	536	375	309	463,7
Investitionseinnahmen	295	218	365	70	23,7

111 Fiskaleinnahmen

1 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Direkte Bundessteuer	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	25,9	27,1	26,5		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	6 349	6 802	6 860	511	8,0
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	8 035	8 529	8 664	629	7,8
Pauschale Steueranrechnung	-154	-150	-135	19	12,1

Die Einnahmen der direkten Bundessteuer belaufen sich auf insgesamt 15,4 Milliarden. Dies sind 1,1 Milliarden oder 8,1 Prozent mehr als in der Rechnung 2006 und 208 Millionen oder 1,4 Prozent mehr als veranschlagt. Der hohe Einnahmenezuwachs ist

sowohl auf die Steuer auf dem Einkommen der Haushalte (natürliche Personen) als auch die Steuer auf den Unternehmensgewinnen (juristische Personen) zurückzuführen.

Mit einem Aufkommen von 8,7 Milliarden stellen die natürlichen Personen 56 Prozent der gesamten direkten Bundessteuer dar. Mit 6,9 Milliarden machen die juristischen Personen rund 44 Prozent aus.

Der deutliche Anstieg der Einnahmen widerspiegelt die günstige Konjunkturlage in den Jahren, welche für die Besteuerung massgeblich waren. Dabei handelt es sich vorab um das Steuerjahr 2006 sowie das vorangehende Jahr 2005. Die progressiven Steuertarife führen bei den natürlichen Personen zu einem deutlicheren Anstieg des Steuerertrags gegenüber den besteuerten Einkommen. Auch die Unternehmensgewinne reagieren in der Regel stark auf konjunkturelle Schwankungen.

Um das in der Staatsrechnung ausgewiesene Total zu erhalten, muss vom Bruttoertrag (Einnahmen aus juristischen und natürlichen Personen) der Bundesanteil an der pauschalen Steueranrechnung für ausländische Quellensteuern abgezogen werden. Dieser belief sich auf 135 Millionen und ist damit deutlich geringer als im Jahr 2006. Sie wirkt sich somit als geringfügigere Ertragsminderung aus als im Vorjahr. Aus diesem Grund ist die Wachstumsrate für die gesamte direkte Bundessteuer höher als diejenige ihrer beiden Hauptkomponenten.

Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer beträgt im Rechnungsjahr zum letzten mal 30 Prozent. Unter dem neuen Finanzausgleich (NFA) wird dieser Anteil in Zukunft 17 Prozent betragen. Der Anteil bezieht sich auf den Bruttoertrag – also den Einnahmen vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung.

2 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Verrechnungssteuer	3 947	3 017	4 230	283	7,2
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,2	5,4	7,2		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	3 927	3 000	4 211	284	7,2
Steuerrückbehalt USA	20	17	19	-	-1,0

Die Jahreseinnahmen aus der *Verrechnungssteuer* erreichten dank der Konjunkturerholung zum dritten Mal in Folge ein hohes Niveau. Sie sind eine Saldogrösse aus Steuereingängen (31,1 Mrd.) und Rückerstattungen (26,9 Mrd.) und übertrafen um knapp eine Milliarde die budgetierten drei Milliarden, die auf einem mehrjährigen Schätzwert beruhen. Der Ertrag aus der *Sicherungssteuer (USA)* blieb nahe am Wert von 2006.

Die Verrechnungssteuereinnahmen verzeichnen seit vielen Jahren grosse Schwankungen. Zum einen unterlag namentlich der Einnahmewachstum aus den Dividendenausschüttungen und dem Rückkauf von Aktien durch einige Grosskonzerne erheblichen Schwankungen. Zum andern variiert die Rückerstattungsquote von einem Jahr zum andern deutlich. Da es nicht möglich ist, punktuelle, von Natur aus unvorhersehbare Entwicklungen in den jährlichen Schätzungen zu berücksichtigen, stützt sich die Prognose für den Voranschlag seit 2004 auf den *Durchschnittswert* der letzten zehn Jahre.

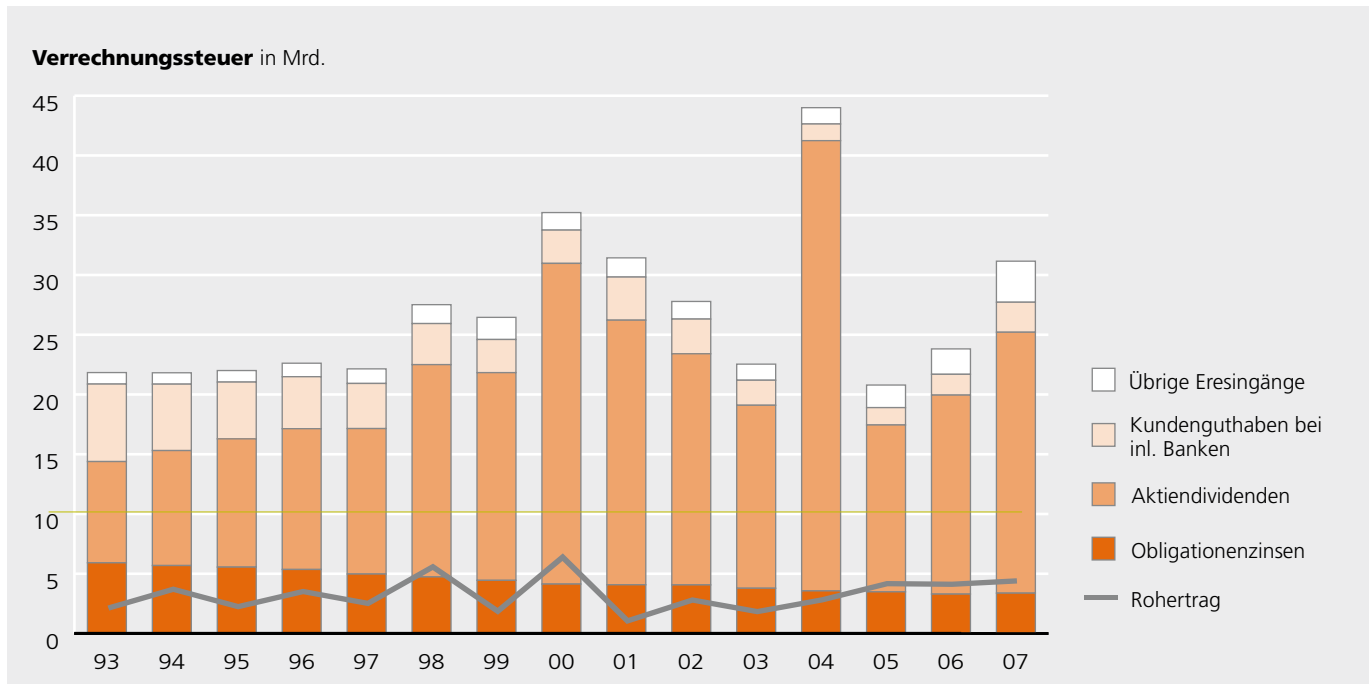
Die *Abweichung* zwischen dem Ergebnis 2007 und der mehrjährigen Schätzung gemäss Voranschlag erklärt sich in erster Linie durch die hohen Mehreinnahmen in Verbindung mit relativ geringen Rückerstattungen, was durch die zeitliche Verzögerung bedingt ist, mit der die Gesuche eingereicht werden können. Wachsen die Einnahmen von einem Jahr auf das andere stark, vertieft sich infolgedessen die Differenz zwischen verzeichneten Einnahmen und verbuchten Rückerstattungssuchen. Ein Teil der Gesuche bezieht sich noch auf die Einnahmen des Vorjahres

(in diesem Fall von 2006), die geringer ausfielen, und nicht auf die Gesamtheit der Einnahmen, die im Rechnungsjahr (2007) verzeichnet wurden und die sehr hoch waren.

Die *Eingänge* erfuhren 2007 eine weitere Steigerung und betrugen 31,2 Milliarden gegenüber 23,8 Milliarden im Vorjahr. Diese Entwicklung (+30,8 %) widerspiegelt in erster Linie die Tatsache, dass mehr Dividenden ausgeschüttet und zahlreichere Rückkaufprogramme durchgeführt wurden. Diese Einnahmenkategorie belief sich insgesamt auf 21,8 Millionen gegenüber 16,6 Millionen im Vorjahr. Zudem verzeichneten auch die Ausschüttungen durch die Anlagefonds mit 3,3 Milliarden eine bemerkenswerte Zunahme um 1,3 Milliarden (+67 %).

Die *Rückerstattungen* beliefen sich auf 26,9 Milliarden gegenüber 19,9 Milliarden im Vorjahr. Zum ersten Mal sind darin die Abgrenzungen am Jahresende gemäss Neuem Rechnungsmodell berücksichtigt. Die Abgrenzungen umfassen einen Betrag von rund vier Milliarden, der den bis Mitte Januar 2008 eingereichten Erhebungsdeklarationen ohne bereits vorliegende – jedoch mit Sicherheit zu erwartende – Rückerstattungsanträge entspricht und die Eingänge von 2007 betrifft, welche namentlich aus Rückkaufprogrammen stammen.

Die *Rückerstattungsquote* (Rückerstattung in Prozent der Eingänge) betrug 86,5 Prozent. Im Mehrjahresvergleich ist dies eine relativ tiefe Quote. Von 2002 bis 2006 belief sie sich im Durchschnitt auf 88,4 Prozent.



3 Stempelabgaben

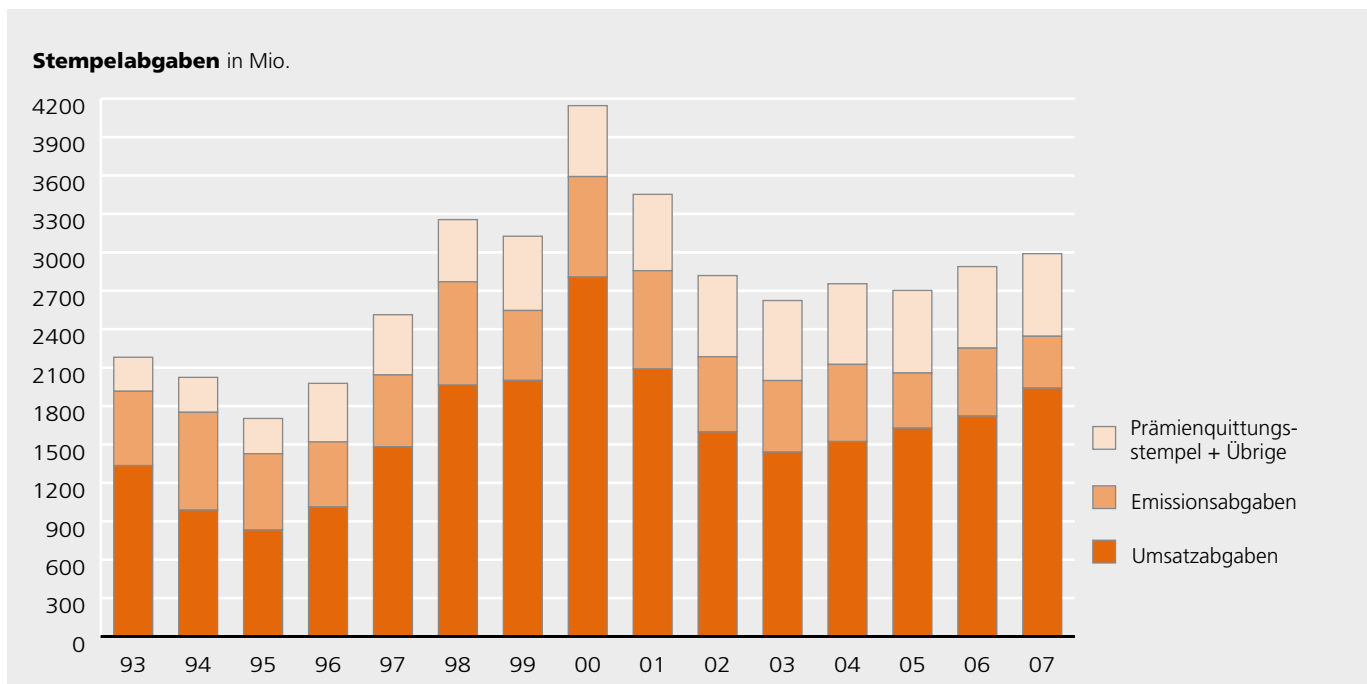
Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Stempelabgaben	2 889	3 200	2 990	100	3,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	5,3	5,7	5,1		
Emissionsabgabe	530	525	405	-125	-23,6
Umsatzabgabe	1 722	2 000	1 940	218	12,7
Umsatzabgabe, Inländische Wertpapiere	259	340	280	21	8,1
Umsatzabgabe, Ausländische Wertpapiere	1 463	1 660	1 660	197	13,5
Prämienquittungsstempel und Übrige	637	675	645	7	1,1

Der Ertrag aus den *Stempelabgaben* blieb unter dem budgetierten Betrag, obwohl er gegenüber dem Vorjahr leicht zunahm. Umsatzabgaben auf inländischen Wertpapieren, Emissionsabgaben sowie Prämienquittungsstempel fielen geringer aus als erwartet. Einzig die Umsatzabgaben auf ausländischen Wertpapieren erfüllten die Erwartungen.

Die *Emissionsabgaben* lagen 120 Millionen unter dem Budget. Mit nur 264 Millionen verschlechterten sich in erster Linie die Abgaben auf den Obligationenemissionen und den Geldmarktpapieren, und zwar sowohl gegenüber dem Vorjahresergebnis (295 Mio.), aber noch deutlicher gegenüber dem budgetierten Betrag (365 Mio.). Dieses Minus erklärt sich mit den allgemein rückläufigen neuen Obligationenemissionen und ihrer kürzeren Dauer; verantwortlich dafür war das an den Kapitalmärkten seit dem Sommer herrschende Klima der Unsicherheit. In zweiter Linie beliefen sich die Abgaben auf den Beteiligungsrechten auf 141 Millionen statt auf 160 Millionen wie budgetiert. Sie lagen damit deutlich unter dem hohen Betrag (235 Mio.), der 2006 vor

dem Hintergrund eines starken Wirtschaftswachstums verzeichnet worden war. Der Ertrag aus dieser Abgabekategorie unterlag in den letzten Jahren je nach Anzahl Gesellschaftsgründungen und Rekapitalisierungen starken Schwankungen.

Der Anstieg beim *Umsatzstempel* setzte sich das vierte Jahr in Folge fort, nachdem in den Jahren 2001 bis 2003 ein stark rückläufiger Ertrag verzeichnet worden war. Insbesondere die Abgaben im Bereich der ausländischen Wertpapiere, auf die drei Viertel dieser Abgabekategorie entfallen, nahmen wie prognostiziert gegenüber 2006 deutlich zu. Auch die Abgaben auf inländischen Wertpapieren nahmen zu, wenn auch in einem geringeren Ausmass. Sie blieben unter dem budgetierten Wert (-60 Mio.). Die Differenz erklärt sich zum Teil durch die Überschätzung des Ergebnisses für 2006, das zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vorlag und auf dessen Prognose sich die Budgetierung abstützte. Im Jahresvergleich ist die vor allem im zweiten Halbjahr ausgeprägte Zunahme bei den Umsatzabgaben wahrscheinlich durch die zahlreichen Portefeuilleumschichtungen bedingt, die wegen



den starken Börsenschwankungen vorgenommen wurden. Ein erster Kursrückgang an den internationalen Börsenmärkten trat im Frühjahr ein; ihm folgte eine Erholung, dann, Ende Juli, ereignete sich erneut ein Kurssturz. Da ausserdem die Umsatzabgabe dreissig Tage nach Ablauf des Quartals, in dem der Steueranspruch entstanden ist, fällig wird, wirkten sich die sehr hohen Aktienkurse vom letzten Quartal 2006 und vom ersten Halbjahr 2007 ebenfalls positiv auf diese Einnahmekategorie aus.

Der Ertrag aus dem *Prämienquittungsstempel* stieg nur unbedeutend und blieb unter dem budgetierten Wert. Die Investitionen in Form von Lebensversicherungen, die mit Einmalprämien finanziert werden, bewegten sich in der gleichen Grössenordnung wie im letzten Jahr.

4 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Mehrwertsteuer	19 018	19 650	19 684	666	3,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	34,6	35,1	33,9		
Allgemeine Bundesmittel	15 418	15 920	15 959	540	3,5
Zweckgebundene Mittel	3 600	3 730	3 726	126	3,5
Krankenversicherung 5%	811	840	840	28	3,5
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 072	2 140	2 144	73	3,5
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	424	450	439	15	3,5
Einlage in den Eisenbahnfonds	292	300	302	10	3,5

Die Einnahmen liegen mit 19,7 Milliarden 666 Millionen oder 3,5 Prozent höher als in der Rechnung 2006. Dieser Wert entspricht annähernd den veranschlagten Einnahmen. Ein Teil der Veränderung ist jedoch auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Die erstmals auch einnahmenseitig enthaltenen Debitorenverluste von 213 Millionen blähen das Wachstum der Mehrwertsteuer um 1,1 Prozentpunkte auf. Bereinigt um diesen Faktor beträgt der Zuwachs der Mehrwertsteuer 2,4 Prozent. Die Mehr-

wertsteuer ist eng mit dem Wirtschaftswachstum verknüpft, da sie auf der inländischen Wertschöpfung und auf Einfuhren erhoben wird. Das BIP-Wachstum betrug im Rechnungsjahr nominal 4,5 Prozent (1,7 Prozentpunkte über dem veranschlagten BIP-Wachstum). Mit dieser Revision des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Voranschlag wäre bei der Mehrwertsteuer eine entsprechende Überschreitung der budgetierten Einnahmen zu erwarten gewesen. Dass dies nicht eingetroffen ist, lässt sich auf

verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen entspricht die besteuerte Zeitperiode nicht genau dem Kalenderjahr. So werden Umsätze aus dem vierten Quartal mehrheitlich erst im Folgejahr fällig. Zum anderen entspricht das BIP nicht genau der Steuerbasis der Mehrwertsteuer. Die Steuer wird auf der inländischen Wertschöpfung erhoben sowie auf Einfuhren, die nicht Teil des BIP sind, aber nicht auf Ausfuhren, die wiederum einen Teil des BIP darstellen. Ein möglicher Erklärungsansatz ist in diesem Zusammenhang auch die starke Dynamik des Finanzsektors. Diese hat in den Jahren 2006 und (grösstenteils) 2007 massgeblich zum BIP-Wachstum und vermutlich auch zur positiven Entwicklung verschiedener anderer Fiskaleinnahmen beigetragen. Finanzdienstleistungen unterliegen jedoch generell nicht der Mehrwertsteuer und können so darin auch keinen entsprechenden Niederschlag finden.

Die Einnahmen werden seit 2007 nach dem Forderungsprinzip ausgewiesen. Dies bedeutet, dass insbesondere die bereits ausgestellten Rechnungen dem Rechnungsjahr als Einnahmen angerechnet werden. Erfahrungsgemäss wird nicht der gesamte Bestand der offenen Debitoren vereinnahmt. Aus diesem Grund ergeben sich Debitorenverluste, die im Rechnungsjahr 213 Millionen betragen und als Aufwandposition separat ausgewiesen werden. Die in der Tabelle ausgewiesenen zweckgebundenen Anteile der Mehrwertsteuer enthalten jeweils noch die Debitorenverluste. Für die Berechnung der daraus abgeleiteten Transferausgaben, z.B. an die AHV, müssen deshalb die Debitorenverluste noch in Abzug gebracht werden. Der AHV stehen deshalb nicht die gesamten 2 144 sowie 439 Millionen, sondern effektiv nur 2 556 Millionen zweckgebunden zur Verfügung (2 121 Mio. plus Bundesanteil von 434 Mio.). Der Anteil der Mehrwertsteuer an der Einlage in den FinöV-Fonds beträgt 299 Millionen.

5 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Mineralölsteuer	4 994	5 005	5 086	92	1,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	9,1	8,9	8,8		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 968	2 970	3 028	60	2,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 001	2 010	2 039	38	1,9
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	26	25	20	-6	-22,4

Die Einnahmen aus der *Mineralölsteuer auf Treibstoffen* erhöhten sich deutlich; es handelt sich um die stärkste Zunahme seit 2001. Zu dieser Erhöhung trugen vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung, die Vergrösserung des Fahrzeugbestandes, die ständig wachsende Zahl schwerer Geländewagen und vielleicht der so genannte Tanktourismus bei. Im Gesamtergebnis übertrafen diese Einnahmen bei weitem den Betrag, der in der Annahme eines stagnierenden Benzinverkaufs veranschlagt worden war. 2006 war bloss eine Einnahmensteigerung von 0,3 Prozent verzeichnet worden. Angesichts des starken Wirtschaftswachstums dämpfte die Preiserhöhung an der Tanksäule die Gesamtnachfrage nach Treibstoffen jedoch entgegen den Erwartungen nicht. Infolge der leichten Aufwertung des Euros gegenüber dem Schweizer Franken könnte der Benzintourismus ebenfalls einen Teil der Mehreinnahmen verursacht haben. Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus den Mineralölsteuern und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung des Strassenverkehrs eingesetzt.

Der Ertrag aus den *Mineralölsteuern* hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bestimmungsgrössen sind der Fahrzeugbestand und die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer. Der Motorfahrzeugbestand wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. Allerdings scheint damit kein paralleler Anstieg der Treibstoffnachfrage einherzugehen, denn der durchschnittliche Verbrauch der neuen Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung zwischen den Automobilimporteuren und dem UVEK, mit der eine Senkung des Durchschnittsverbrauches angestrebt wird. Zudem sollte auch die Einführung der Energie-Etikette zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beitragen. In jüngster Zeit ist allerdings eine Zunahme der Fahrzeuge mit hohem Treibstoffverbrauch (Geländefahrzeuge, klimatisierte Fahrzeuge, Grossraumlimousinen) festzustellen. Die Zunahme der Anzahl zurückgelegter Kilometer hängt in erster Linie von den Wetterverhältnissen ab, die von Jahr zu Jahr sehr stark variieren können. Bisherige Beobachtungen lassen darauf schliessen, dass jeder Konjunkturaufschwung einen Mehrverbrauch an Treibstoff sowohl seitens der Unternehmen als auch der Privaten nach sich zieht.

Schliesslich wirkt sich auch die Benzinnachfrage in den Grenzgebieten auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisen im internationalen Vergleich ab. Die Einnahmen aus dem Benzintourismus verzeichneten in letzter Zeit wahrscheinlich wegen dem grossen Preisgefälle beim Benzinpreis an der Tanksäule in den Grenzregionen ein deutliches Wachstum. Da zu dieser Frage keine aktuelle Studie vorliegt, stellt die Höhe dieser Einnahmen eine grosse Unbekannte dar; man kann jedoch davon ausgehen, dass ihr Anteil am Ertrag aus den Treibstoffsteuern die bisherige Schätzung von fünf Prozent, die auf der Situation Ende der Neunzigerjahre beruhte, deutlich übertrifft und neu eher zehn Prozent oder mehr beträgt.

Die Einnahmen aus der *Mineralölsteuer auf Brennstoffen* waren dagegen rückläufig. Die explodierenden Preise der Erdölprodukte hatten zur Folge, dass nur die unbedingt notwendigen

Einkäufe getätigt wurden und die Lagerbestände auf ein historisches Tief fielen.

6 Tabaksteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Tabaksteuer	2 161	2 005	2 186	26	1,2
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,9	3,6	3,8		

Aus gesundheitspolitischen Gründen wurde der Satz der *Tabaksteuer* erneut erhöht; die letzte Erhöhung erfolgte Ende 2004 (+50 Rp. pro Paket). Die Erhöhung des Steuersatzes wurde auf 30 Rappen pro Paket der meistverkauften Zigarettenmarken festgelegt, mit Wirkung ab 1.1.2007. Der Tabaksteuerertrag nahm deswegen, aber auch wegen dem von der Tabakindustrie im zweiten Halbjahr beschlossenen Preisaufschlag (10 Rp. pro Paket) geringfügig zu.

Gegenüber dem Voranschlag fielen die Einnahmen deutlich höher aus als erwartet (+181 Mio.). Die Schätzung für das Budget beruhte auf der Annahme eines Verkaufsrückgangs in der Gröszenordnung von acht Prozent, bedingt durch die Erhöhung des Steuersatzes. Der Rückgang fiel schliesslich geringer aus als erwartet; er betrug rund fünf Prozent. Diese Einnahmen tragen zur AHV-Finanzierung bei.

7 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 200	1 336	31	2,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,1	2,3		
Einlage in den Eisenbahnfonds	689	610	712	23	3,4
Kantonsanteile	426	390	436	10	2,5
Übrige	191	199	188	-3	-1,6

Der Ertrag der *leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)* verzeichnete erneut einen geringfügigen Zuwachs. In einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld erklärt sich diese relativ bescheidene Zunahme durch die Optimierung des Warentransports und die Erneuerung des Fahrzeugparks, was wiederum dazu führt, dass sich der Anteil der weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen erhöht.

nisses 2006, auf das sich die Budgetplanung stützte, sowie durch die zu bescheidenen Annahmen bezüglich des Wirtschaftswachstums, die dem Voranschlag unterstellt wurden. Statt der erwarteten leichten Wachstumsverlangsamung verzeichnete die Wirtschaftstätigkeit im dritten Jahr in Folge ein starkes Wachstum, das den Strassenverkehr stimulierte.

Im Vergleich zum Budget brachte die LSVA deutlich mehr ein als gemäss Schätzung zu erwarten war (+136 Mio., d.h. +11,4 %). Die Abweichung erklärt sich durch die Unterschätzung des Ergeb-

Gemäss Entlastungsprogramm 2003 erhielt die Bundeskasse im Jahre 2007 zum letzten Mal einen Teil des LSVA-Ertrags zur Deckung der externen Kosten des Schwerverkehrs. Dieser Anteil entspricht dem budgetierten Wert von 150 Millionen.

8 Zölle

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Einfuhrzölle	1 027	980	1 040	13	1,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	1,9	1,7	1,8		

Die Einfuhrzölle erfuhren dank anhaltendem Wirtschaftsaufschwung erneut eine Steigerung. Trotz Tarifiereduktionen konnten gegenüber dem Budget im Rechnungsjahr Mehreinnahmen von 60 Millionen verzeichnet werden. Diese Abweichung von 6,2 Prozent ist zum Teil auf einen Basiseffekt zurückzuführen: Das für das ganze Jahr 2006 erwartete Ergebnis, das der Anfang Sommer 2006 vorgenommenen Budgetierung 2007 zugrunde lag, war deutlich unterschätzt worden. Eine weitere Ursache der Mehreinnahmen gegenüber dem Rechnungsjahr 2006 war das Wirtschaftswachstum, das viel stärker ausfiel als erwartet und das ganze Jahr 2007 über anhielt.

Gestützt auf die letzten bekannten Jahresergebnisse, das heisst Einnahmen in Höhe von 975 Millionen im Jahre 2005, sah das Budget 2007 im Agrarbereich einen Einnahmenrückgang vor, der durch eine Zunahme im Bereich der Industrieerzeugnisse ausgeglichen werden sollte. Die Einnahmen aus den Agrarprodukten nahmen im Verlaufe des Jahres 2007 zwar tatsächlich ab, doch die Zunahme aus den Industrieerzeugnissen fiel stärker aus als erwartet. Sowohl im Bereich der Konsumgüter und der Kleidung wie auch bei den Produktionsgütern und den Maschinen nahmen die Einfuhrzölle über Erwartungen zu.

9 Spielbankenabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Spielbankenabgabe	406	421	449	42	10,4
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,7	0,8	0,8		

Der Ertrag aus der Spielbankenabgabe verzeichnete erneut eine dynamische Steigerung. Die Abweichung zum Budget (+28 Mio.) erklärt sich mit der Schwierigkeit, die Entwicklung der Einnahmen aus einem relativ neuen Bereich präzise zu schätzen. Zunächst war das für das ganze Jahr 2006 erwartete Ergebnis, das der Anfang Sommer 2006 vorgenommenen Budgetierung 2007 zugrunde lag, deutlich unterschätzt worden. In Wirklichkeit übertraf es das Vorjahresergebnis um 14 Prozent. Zudem liess die

Wachstumsrate des Bruttoertrags der Spielbanken im Jahre 2007 sogar die optimistischsten Erwartungen bei weitem hinter sich; die meisten Spielbanken, insbesondere aber die Westschweizer Casinos, erzielten ausgezeichnete Ergebnisse. Der Ertrag aus dieser Abgabe kommt – in Ergänzung zum ordentlichen Bundesbeitrag – mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Jahren der AHV zu Gute.

10 Lenkungsabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Lenkungsabgaben	148	166	156	7	4,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,3	0,3	0,3		
Lenkungsabgabe VOC	127	140	127	–	–
Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	–	–	–	-49,8
Altlastenabgabe	21	26	28	8	35,8

Die Einnahmen aus der Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC), die im Januar 2000 eingeführt wurde, blieben gegenüber dem Vorjahresniveau stabil. Das Minus gegenüber dem Budget erklärt sich in erster Linie mit der gewünschten Lenkungswirkung – das heisst einer Reduktion des VOC-Verbrauchs und einer Verbesserung der Massnahmen zur Emissionsverminderung – die stärker ausfiel als erwartet. Ende 2007 konnten zudem einige Bilanzen wegen nicht rechtzeitig übermittelter Angaben nicht abgeschlossen werden; sie hätten die Zahlung bedeutender Beträge ausgelöst. Gemäss Umweltschutzgesetz dürfen diese Einnahmen nicht in die Bundeskasse fliessen, sondern müssen der Bevölkerung zurückerstattet wer-

den. Die Rückzahlung erfolgt nach zwei Jahren, das heisst die Einnahmen aus dem Jahre 2007 werden im Laufe des Jahres 2009 zurückerstattet.

Die Einnahmen aus der *Abgabe zur Sanierung von Altlasten* erreichten beinahe den durchschnittlichen Jahreswert (knapp über 26 Mio.), der seit der Einführung erzielt wird und deshalb im Budget eingestellt ist. Die merkliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist auf einen Basiseffekt zurückzuführen, denn 2006 fiel das Ergebnis infolge einmaliger Rückzahlungen im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Abfällen relativ bescheiden aus.

112 Regalien und Konzessionen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
Regalien und Konzessionen	1 265	1 258	1 345	80	6,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,2	2,3		
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	221	223	223	2	0,9
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	-	-
Konzessionsabgaben	32	2	6	-25	-79,8
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	158	155	193	36	22,8
Übrige Regalien und Konzessionen	22	44	89	67	308,8

Die Einnahmen aus *Regalien und Konzessionen* nahmen gegenüber dem Vorjahresergebnis zu und überstiegen den veranschlagten Betrag. Diese Mehreinnahmen sind zur Hauptsache auf die Konzessionsabgaben im Telekommunikationsbereich, den Münzumsatz und die landwirtschaftlichen Kontingente zurückzuführen.

Die *Schweizerische Nationalbank (SNB)* lieferte wie immer in den vergangenen Jahren von ihrem *Gewinn* genau den veranschlagten Betrag ab. Der Anteil des Bundes am laufenden Gewinn der SNB blieb gemäss Vereinbarung vom April 2002 unverändert bei 833 Millionen. Der Bundesanteil (90 %) am Reingewinn der *Eidgenössischen Alkoholverwaltung* nahm infolge einer geringfügigen Umsatzzunahme leicht zu und erreichte den budgetierten Wert.

Die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes zog bei den *Konzessionsabgaben* ein deutliches Minus gegenüber dem Vorjahr nach sich. Nach neuem Recht müssen nur noch die konzessionierten Programmveranstalter diese Abgabe entrichten. Die *übrigen Regalien und Konzessionen* hingegen verzeichnen im Vergleich zur Rechnung 2006 eine spürbare Zunahme, denn sie umfassen gemäss neuen Verordnungen auch die von den nicht konzessionierten Veranstaltern von Radio- und Fernsehprogrammen geschuldeten Abgaben (44 Mio.). Zudem hat der Ertrag aus dem *Münzumsatz*, der ebenfalls unter *übrige Regalien und Konzessionen* aufgeführt ist, infolge des gestiegenen Bedarfs in diesem Bereich merklich zugenommen. Er fällt höher aus als erwartet und erreicht statt der veranschlagten 22 Millionen 45 Millionen.

Die Einnahmen aus der Versteigerung der *landwirtschaftlichen Kontingente* brachten mehr ein als budgetiert (+38 Mio.). Dank guter Konjunktur hielt sich der Fleischkonsum auf einem hohen Niveau, was eine erneute Importsteuerung nach sich zog.

113 Finanzeinnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
Finanzeinnahmen	1 089	1 266	1 280	191	17,6
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,0	2,3	2,2		
Zinseinnahmen	478	678	664	186	38,9
Kursgewinne	-	-	92	92	-
Beteiligungseinnahmen	611	578	509	-102	-16,7
Übrige Finanzeinnahmen	-	10	15	15	-

Gegenüber dem Budget wachsen die Finanzeinnahmen um 14 Millionen; noch stärker steigern sie sich gegenüber 2006. Diese Steigerung gegenüber dem Vorjahr erklärt sich in erster Linie mit der Zunahme der Zinseinnahmen (+186 Mio.), aber auch mit einem Plus bei den übrigen Finanzeinnahmen. Dieser Zuwachs wird durch den Rückgang der Beteiligungseinnahmen (-102 Mio.) abgeschwächt. Die Zunahme der Zinseinnahmen hat verschiedene Gründe. Zum einen weist der Bereich der Finanzanlagen ein starkes Wachstum auf, das insbesondere auf die Zinserträge aus Bankguthaben (+113 Mio.) zurückzuführen ist, was sich wiederum mit der Zunahme des Festgeldvolumens

in Verbindung mit einem Zinsanstieg erklären lässt. Hinzu kommt die Steigerung bei den Erträgen aus den Rückkäufen von Bundesobligationen vor Ablauf (+40 Mio.); dieses Vorgehen war profitabel, da diese Anlagen mehr Rendite abwerfen als Festgelder. Zum anderen trägt die Zunahme der Darlehenserrträge aus dem Finanzvermögen (+56 Mio.), d.h. der Erträge aus den Darlehen an die Arbeitslosenversicherung sowie die Zunahme der Erträge aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (+34 Mio.), zum beschleunigten Wachstum der Zinseinnahmen bei. Gegenüber den budgetierten Werten sind diese beiden Positionen jedoch deutlich rückläufig. Relativiert werden die oben

genannten Steigerungen durch rückläufige Zinserträge aus dem Nationalbankgold (-40 Mio. gegenüber 2006; Überweisung an den AHV-Ausgleichsfonds im 2007) sowie durch die sinkenden Zinseinnahmen aus den Guthaben.

Die Devisengewinne (92 Mio.) beziehen sich auf Fremdwährungskonten, die im Zuge der Einführung des neuen Rechnungsmodells (NRM) neu ebenfalls berücksichtigt werden. Weder die Einnahmen noch die Verluste aus diesen Konten wurden im Budget berücksichtigt, weil gemäss Finanzhaushaltgesetz (Art.

35) Fremdwährungsdifferenzen im Rechnungsjahr verbucht werden können. Da die Schätzungen nach dem Bruttoprinzip dargestellt werden, sind die Devisengewinne und -verluste getrennt als Erträge beziehungsweise als Aufwände verbucht. Netto ergibt sich daher ein Gewinn von rund 40 Millionen.

Die Beteiligungseinnahmen hingegen sind rückläufig. Dies erklärt sich insbesondere dadurch, dass die Dividendeneinnahmen aus den Swisscom-Aktien infolge der Verringerung des Aktienpakets des Bundes abgenommen haben.

114 Übrige laufende Einnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Übrige laufende Einnahmen	1 390	1 714	1 766	376	27,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,5	3,1	3,0		
Entgelte	1 323	1 178	1 391	68	5,1
Wehrpflichtersatzabgabe	142	102	138	-4	-2,6
Gebühren für Amtshandlungen	280	280	293	14	5,0
Verkäufe	173	183	201	28	16,1
Rückerstattungen	256	86	113	-143	-55,8
EU Zinsbesteuerung	36	59	121	85	236,7
Übrige Entgelte	437	469	524	87	20,0
Verschiedene Einnahmen	67	536	375	309	463,7
Einnahmen aus Liegenschaften	53	498	320	267	504,3
Übrige	14	39	56	42	307,2

Die starke Zunahme der *übrigen laufenden Einnahmen* im Vergleich zur Rechnung 2006 erklärt sich hauptsächlich dadurch, dass im 2007 infolge der NRM-Einführung erstmals die Mieten des ETH-Bereichs berücksichtigt wurden. Sie liegen unter dem budgetierten Wert, weil der kalkulatorische Zinssatz von fünf auf drei Prozent gesenkt wurde.

Die *Wehrpflichtersatzabgabe* basiert auf dem Reineinkommen der Ersatzpflichtigen. Die Einnahmen 2007, bezogen auf das Ersatzjahr 2006, belaufen sich auf 138 Millionen. Der Rückgang der Einnahmen im Vergleich zum Jahr 2006 ist darauf zurückzuführen, dass die grossen Überbestände der Armee 95 langsam abgebaut werden. Die Steigerung im Vergleich zum Voranschlag 2007 begründet sich in den gestiegenen Einkommenserträgen dank des Wirtschaftswachstums in der Schweiz. Die Mehreinnahmen bei den Verkäufen begründen sich in erster Linie im ausserordentlichen Verkaufserfolg bei obsoletem Armeematerial.

Die *EU-Zinsbesteuerung* wird auf den Zinserträgen der natürlichen Personen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat erhoben. Diese im Rahmen der Bilateralen II getroffene Massnahme trat am 1.7.2005 in Kraft. Die Zinsbesteuerung erfolgt auf Grund

der bis Ende Juni hinterlegten Zinsmeldungen und beruht auf den Vorjahreseinnahmen. Die Ende Juni 2007 verbuchte Zinsbesteuerung betraf zum ersten Mal ein ganzes Jahr, nämlich das Steuerjahr 2006, was das starke Wachstum gegenüber der Rechnung 2006 erklärt. Während die Bruttoeinzahlungen für den Voranschlag 2007 auf nur 260 Millionen geschätzt worden waren, erreichten die effektiven Einnahmen 537 Millionen. Der Steuerrückbehalt wird zu 75 Prozent an die Empfängerstaaten der EU ausbezahlt; der Restsaldo (25 %) fällt an die Schweiz, zur Deckung ihrer Erhebungskosten. Die Kantone haben Anspruch auf zehn Prozent des Schweizer Anteils. Die in der Finanzierungsrechnung des Bundes ausgewiesenen Einnahmen belaufen sich demnach für 2007 an Stelle der veranschlagten 59 Millionen auf 121 Millionen.

Der starke Rückgang bei den Rückerstattungen ist auf diverse Einnahmenminderungen zurückzuführen, so etwa bei der Belastung des Depotkontos «Käseunion AG in Liq.» (-48 Mio.), der Ablieferung der SUVA aus der Geltendmachung von Regressansprüchen für Arbeitgeberleistungen des Bundes (-19 Mio.) oder dem Wegfall von Einnahmen aus Rückgriffen der Militärversicherung infolge der Auslagerung zur SUVA (-18 Mio.).

115 Investitionseinnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Investitionseinnahmen	295	218	365	70	23,7
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,5	0,4	0,6		
Abgang und Veräusserung von Sachanlagen	48	31	74	26	54,0
Rückzahlung von Darlehen	246	187	289	43	17,6
Übrige Investitionseinnahmen	1	-	1	1	113,0

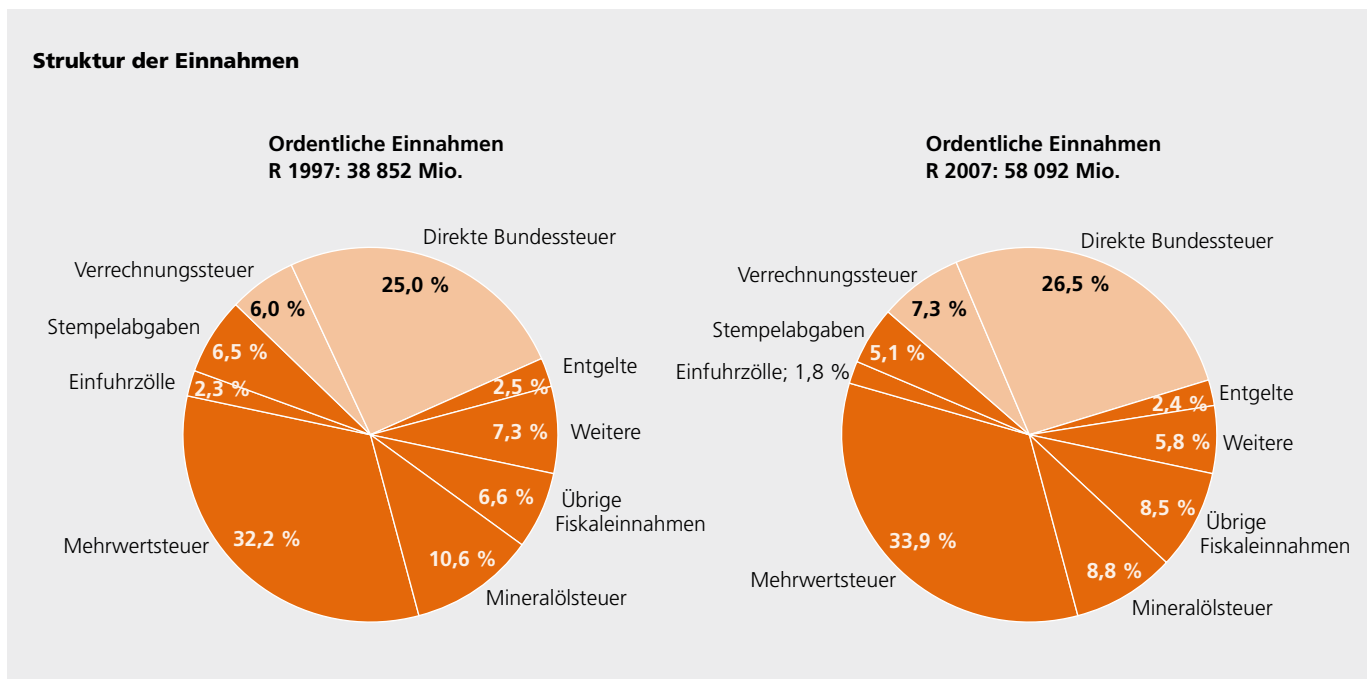
Die ordentlichen *Investitionseinnahmen* nehmen gegenüber der Rechnung 2006 stark zu und liegen auch deutlich über dem Budget. Dies begründet sich hauptsächlich in der Zunahme der *Rückzahlung von Darlehen*.

Insbesondere bei den Darlehen des gemeinnützigen Wohnungsbaus erfolgten aufgrund des anhaltend tiefen Hypothekenzinsniveaus vermehrt vorzeitige Rückzahlungen. Dies führte im Rahmen der Rückzahlung von Darlehen der Wohnbaugenossenschaften des Bundespersonals ebenfalls zu Mehreinnahmen gegenüber Voranschlag 2007 sowie Rechnung 2006.

116 Einnahmenstruktur 1997/2007

Der Vergleich der Struktur der Gesamteinnahmen des Bundes im Jahr 2007 mit jener vor zehn Jahren in der Grafik zeigt, dass die Anteile der verschiedenen Einnahmenkategorien relativ stabil geblieben sind. Der Anteil der zwei Haupteinnahmenquellen des Bundes – die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer – ist leicht angestiegen und liegt nun bei über 60 Prozent. Im Gegenzug ist ein Rückgang der relativen Bedeutung der Mineralölsteuer, der Stempelabgaben und der Einfuhrzölle zu verzeichnen.

Die Erhöhung des Anteils der Mehrwertsteuer begründet sich vorwiegend mit der Satzerhöhung für AHV und FinöV, jene der direkten Bundessteuer mit der guten Konjunktur. Bei der Mineralölsteuer ist der Rückgang damit zu erklären, dass sie als Mengensteuer weniger stark wächst als das nominelle BIP (und damit auch der Durchschnitt der Gesamteinnahmen). Die sinkenden Anteile des Stempels und der Zolleinnahmen widerspiegeln die steuerlichen Massnahmen zur Erhaltung der Standortattraktivität des Finanzplatzes bzw. die fortschreitende Aussenhandelsliberalisierung.



12 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	52 377	55 107	53 965	1 588	3,0
Δ in % Vorjahr	1,9	5,2	3,0		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 150	2 348	2 158	8	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	771	855	805	33	4,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 269	2 348	2 274	5	0,2
Landesverteidigung	4 272	4 402	4 327	55	1,3
Bildung und Forschung	4 714	5 199	4 978	263	5,6
Kultur und Freizeit	437	447	460	23	5,2
Gesundheit	194	279	264	70	36,1
Soziale Wohlfahrt	16 246	17 340	16 945	699	4,3
Verkehr	7 409	7 478	7 349	-60	-0,8
Umweltschutz und Raumordnung	624	659	655	30	4,9
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 597	3 601	-44	-1,2
Wirtschaft	383	428	398	15	3,8
Finanzen und Steuern	9 262	9 726	9 753	491	5,3

Aus der obigen Tabelle wird deutlich, dass über 75 Prozent des Ausgabenwachstums des Bundes, nämlich 1 190 Millionen, auf die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt und Finanzen und Steuern entfallen. Der Rest (knapp 400 Mio.) verteilt sich auf alle übrigen Aufgabengebiete und ist zum grössten Teil Sonderfaktoren zuzuschreiben, so u.a. der erstmaligen Verrechnung einer Miete

für die ETH, welche dieser zurückerstattet wird (270 Mio.). Ohne diese und andere Sonderfaktoren – Pandemievorsorge (+70 Mio.) sowie Schaffung Bundesverwaltungsgericht (+20 Mio.) – verzeichnen die übrigen Aufgabengebiete gerade einen Zuwachs von 40 Millionen (+0,1 %).

121 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Soziale Wohlfahrt	16 246	17 340	16 945	699	4,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,0	31,5	31,4		
Altersversicherung	7 534	8 008	7 996	463	6,1
Invalidenversicherung	4 372	4 687	4 492	120	2,8
Krankenversicherung	2 143	2 350	2 263	120	5,6
Ergänzungsleistungen	678	725	711	33	4,9
Militärversicherung	234	254	232	-2	-0,8
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	309	316	14	4,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	158	110	-17	-13,2
Migration	816	798	777	-39	-4,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	42	50	48	6	14,9

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt nahmen gegenüber dem Vorjahr um über 4 Prozent zu, lagen jedoch um rund 400 Millionen oder 2,3 Prozent unter dem Voranschlag, was insbesondere auf die Entwicklung der Ausgaben bei der Invalidenversicherung und bei den Prämienverbilligungen zurückzuführen ist.

Der Bund trägt 16,36 Prozent der Jahresausgaben der *Alters- und Hinterlassenenversicherung*. Zudem überweist er ihr die Erträge aus der Spielbankenabgabe, wobei zu Beginn 2007 die Einnahmen des Jahres 2005 der AHV gutgeschrieben wurden. Schliesslich transferiert der Bund 83 Prozent des Mehrwertsteuerertrags aus dem Demografie-Prozent an die Versicherung. Die Ausgaben

der AHV betragen im Jahr 2007 33,3 Milliarden, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 5,1 Prozent entspricht. Als Folge des zweijährigen Anpassungsrhythmus wurden die Renten und Hilflosenentschädigungen zu Beginn des Jahres 2007 an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Die Erhöhung betrug 2,8 Prozent. Hinzu kam ein demografisch bedingtes Wachstum der Ausgaben von 2,2 Prozentpunkten. Gegenüber den AHV-Ausgaben wuchs der Beitrag des Bundes an die AHV mit 6,8 Prozent stärker, weil die im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 (EP 03) beschlossene Beitragskürzung von je 85 Millionen in den Jahren 2005 und 2006 im Jahr 2007 wieder wegfiel. Diese Einsparungen kompensierten die Belastung des im Jahr 2003

bereits bezahlten Flexa-Beitrags des Bundes von 170 Millionen. Dieser mit der 10. AHV-Revision eingeführte Sonderbeitrag des Bundes sollte die vorübergehenden Kosten der AHV aufgrund der Flexibilisierung des Altersrücktritts abfedern. Weil diese wesentlich tiefer ausfielen als erwartet, wurde der Sonderbeitrag mit dem EP 03 gestrichen.

Der Bund finanziert 37,5 Prozent der Ausgaben der *Invalidenversicherung* (IV). Analog zur AHV wurden die Renten und Hilflosenentschädigungen zu Beginn des Jahres 2007 um 2,8 Prozent erhöht. Die Kosten der IV von rund 12 Milliarden verteilten sich 2007 zur Hauptsache auf Geldleistungen (rund 60 %), Ausgaben für individuelle Massnahmen (rund 15 %) und Beiträge an Institutionen und Organisationen (rund 18 %). Infolge Unterfinanzierung der Versicherung erzielte die IV im Jahr 2007 ein Defizit von 1,6 Milliarden. Bei einem Verlustvortrag der IV in der Bilanz des AHV-Ausgleichsfonds von 11,4 Milliarden per Ende 2007 betrug der Zinsaufwand für die IV etwas über 300 Millionen. Gemäss seinem Anteil trug der Bund rund 120 Millionen davon. Die Leistungen des Bundes an die IV lagen infolge der tiefer als erwartet ausgefallenen Zahl der Neurenten um gegen 200 Millionen unter dem Voranschlag 2007.

Die Subventionen des Bundes für die *Ergänzungsleistungen* (EL) waren bis Ende 2007 abgestuft nach der Finanzkraft der Kantone und betrugen 10 bis 35 Prozent. Im Durchschnitt ergab sich ein Beitrag von 22,1 Prozent bei der AHV und ein solcher von 21,6 Prozent bei der IV. Das Ausgabenwachstum betrug für die EL zur AHV 5,0 Prozent und für die EL zur IV 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist in beiden Fällen auf die Erhöhung des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf infolge der Anpassung der Renten sowie auf den Anstieg der Heimkosten zurückzuführen.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabakbesteuerung* betragen 2007 mit 2 409 Millionen knapp 30 Millionen mehr als im Vorjahr. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demographiebedingten Mehrkosten in der AHV seit 1999 erhoben wird, belief sich auf 434 Millionen. Mit diesen für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL bestimmten Einnahmen können 27 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, 1 Prozentpunkt weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen im Bereich der individuellen Prämienverbilligungen an. Die jährlichen Beiträge des Bundes an die Kantone wurden bis Ende 2007 jeweils durch einfachen Bundesbeschluss für vier Jahre festgesetzt. Der Bundesbeitrag stieg 2007 um 5,6 Prozent oder 120 Millionen gegenüber der Rechnung 2006. Die Zunahme ist vor allem auf die schrittweise Aufstockung des Zahlungsrahmens zur Verbilligung der Prämien von Kindern und Jugendlichen in Ausbildung zurückzuführen (2006/2007 je +100 Mio. gegenüber Vorjahr). Zudem haben die Kantone die Mittel im Rechnungsjahr stärker ausgeschöpft als im Jahr 2006. Der maximale

Bundesbeitrag für die Prämienverbilligung im Jahr 2007 betrug 2 658 Millionen. Auf Grund der bisherigen Erfahrung und der provisorischen Ankündigung der Kantone wurde davon ausgegangen, dass 2007 rund 87 Prozent dieses Betrages an die Kantone ausbezahlt werden. Gemäss dem bis Ende 2007 geltenden Zahlungsmodus wurde den Kantonen im Rechnungsjahr 77 Prozent der erwarteten Subvention überwiesen. Die verbleibende Differenz wurde jeweils auf Grund der Schlussabrechnung im folgenden Jahr ausbezahlt. Der gestützt auf diese Annahmen budgetierte Betrag wurde um rund 90 Millionen nicht ausgeschöpft. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung werden zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommensschichten werden fünf Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer verwendet, was für 2007 einen Betrag von rund 840 Millionen ausmacht. Ausserdem wird gemäss EP 03 ein Teil der Einnahmen aus der LSWA für die Prämienverbilligungen verwendet (2007: 150 Mio.). Insgesamt decken die zweckgebundenen Mittel rund 44 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligungen.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. 2007 lagen die Ausgaben 2 Millionen unter denjenigen von 2006. Der budgetierte Betrag von 254 Millionen wurde um 22 Millionen unterschritten, da weniger Renten ausbezahlt wurden als ursprünglich angenommen.

Der Bundesbeitrag an die *Arbeitslosenversicherung* beträgt nach Artikel 90a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 0,15 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme. Mit dem Entlastungsprogramm 2004 wird der Beitrag von 2006 bis 2008 auf 0,12 Prozent gekürzt. Die um 14 Millionen höheren Ausgaben im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass die beitragspflichtige Lohnsumme stärker als erwartet gestiegen ist.

Die Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* umfassen zu rund 80 Prozent Zusatzverbilligungen von Mietzinsen, für welche seit Anfang 2002 keine neuen Subventionen gewährt werden, womit die Ausgaben rückläufig sind. Die positive Wirtschaftsentwicklung hat zudem zu einem grösseren Rückgang der Anspruchsberechtigten geführt als dies im Voranschlag unterstellt wurde.

Die Ausgaben im Bereich *Migration* sind im Jahr 2007 rund 5 Prozent tiefer ausgefallen als im Vorjahr. Grund hierfür ist im Wesentlichen die geringere Anzahl an Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen. Die grössten Einsparungen ergaben sich bei der Sozialhilfe und dem Verwaltungsaufwand im Asylbereich, bei den Vollzugskosten sowie bei der Rückkehrhilfe im Rahmen länderspezifischer Programme. Die Bestandeszahl der *Flüchtlinge* hat zugenommen, weil die Anerkennungsquote gestiegen ist. Entsprechend sind die Sozialhilfekosten für Flüchtlinge höher ausgefallen als im Vorjahr. Insgesamt sind die Einsparungen aus dem Asylbereich jedoch grösser als die Mehrausgaben im Flüchtlingsbereich.

122 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Finanzen und Steuern	9 262	9 726	9 753	491	5,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	17,7	17,6	18,1		
Anteile an Bundeseinnahmen	5 157	5 601	5 750	593	11,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 105	4 125	4 003	-102	-2,5

2007 machten die Ausgaben im Bereich Finanzen und Steuern 18,1 Prozent der Gesamtausgaben aus, gegenüber 17,7 Prozent im Vorjahr. Sie beliefen sich auf 9 753 Millionen, was gegenüber den budgetierten Werten einer Zunahme um lediglich 27 Millionen, gegenüber der Rechnung 2006 jedoch einer Zunahme um 491 Millionen (+5,3 %) entspricht. Diese Abweichung ist das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen.

Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er setzt sich aus den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen und den Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung zusammen. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (Anteil Dritter ist in der Verfassung geregelt und hängt direkt von der Höhe der Einnahmen ab); hingegen wird er durch zahlreiche äussere Faktoren beeinflusst (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie). Im Rahmen der Einführung des neuen Rechnungsmodells und der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, namentlich mit der Verlagerung der Steueranteile für die AHV und die IV in den Aufgabenbereich Sozialversicherungen, erfuhr letzterer jedoch bedeutende inhaltliche Veränderungen.

Die Kantonsanteile entsprechen 30 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer. Ausserdem umfassen sie auch 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz und fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Schliesslich umfassen die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen auch die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer.

Die Anteile an den Bundeseinnahmen beliefen sich auf 5 750 Millionen; das sind 593 Millionen oder 11,5 Prozent mehr als 2006. Darin widerspiegeln sich zum einen die höheren Einnahmen bei der direkten Bundessteuer. Der Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer erhöht sich um 342 Millionen und erreicht damit insgesamt 4657 Millionen. Der zweite Erklärungsfaktor betrifft die Debitorenverluste der Mehrwertsteuer (213 Mio.). Dieses rein buchhalterische Element trägt zur Erhöhung sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben bei und wurde ab 2007 im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells Bund eingeführt. Ergänzt wird die Tabelle zu den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen durch die Zunahme der Anteile an der Verrechnungssteuer (+29 %) und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (+10 Mio.). Hingegen blieb der Anteil der Kantone am Ertrag aus dem Militärpflichtersatz (20 %) im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung (Zinsaufwand und Kommissionen der Bundestresorerie) waren gegenüber 2006 um 102 Millionen oder 2,5 Prozent rückläufig und beliefen sich neu auf 4 003 Millionen. Dieser Rückgang ist sowohl auf den Zinsaufwand (Passivzinsen, Devisenverluste, Disagios) zurückzuführen, der 3 914 Millionen (-2 %) beträgt, als auch auf die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie, die sich neu auf 89 Millionen (-20,3 %) belaufen. Darin widerspiegelt sich ein generell verminderter Finanzierungsbedarf. Die rückläufigen Ausgaben für Passivzinsen (-11 Mio., -3,6 %) sind insbesondere dem Zinsaufwand auf den Guthaben der Pensionskasse des Bundes (-96 %) anzulasten, der im Rahmen der Ausfinanzierung der Schulden des Bundes gegenüber seiner Pensionskasse abgenommen hat (Ende 2007 betrug das verzinsliche Kapital lediglich 378 Mio.). 2008 wird der Fehlbetrag der Pensionskasse somit vollständig abgebaut sein. Weitere wichtige Gründe für diesen Rückgang sind die Swaps (-67 Mio.), bedingt durch den Anstieg der kurzfristigen Zinsen (was sich günstig auf laufende Swapverträge auswirkt), und der Zinsaufwand auf Anleihen (-29 Mio., unter Berücksichtigung der Agios) infolge eines rückläufigen Anleihevolumens. Das Volumen der Agios (51 Mio.) – die als Entlastungsmöglichkeit direkt in den Zinsaufwendungen auf den Anleihen berücksichtigt werden – fiel gegenüber dem Vorjahr (75 Mio.) geringer aus; noch kleiner war es gegenüber dem budgetierten Wert (129 Mio.). Die erwähnten Schwankungen nach unten werden durch die Tatsache gemildert, dass zum einen die kurzfristigen Geldmarktbuchforderungen, die ein wichtiges Geldbeschaffungsinstrument darstellen, gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme verzeichnen (+25 Mio.). Die Zinsen auf den Geldmarktbuchforderungen weisen jedoch gegenüber den budgetierten Werten ein deutlich schlechteres Ergebnis auf (221 Mio. statt 382 Mio., d.h. -161 Mio.). Eine Erklärung dafür liefert die Tatsache, dass der Finanzierungsbedarf über dieses Instrument dank der hohen Liquidität der Tresorerie deutlich geringer war. Andererseits nimmt auch die Zinsbelastung gegenüber der Sparkasse Bundespersonal gegenüber dem Vorjahresbudget zu (+13 Mio.), nicht nur wegen dem Zinsanstieg, sondern auch wegen dem grösseren Einlagenvolumen.

Die Aufwendungen der Bundestresorerie für Kommissionen, Abgaben und Spesen nahmen gegenüber 2006 um 23 Millionen ab (89 statt 112 Mio). Diese Abnahme erklärt sich zur Hauptsache durch das verminderte Emissionsvolumen (-2,2 Mrd.) und eine kürzere durchschnittliche Anlagedauer im Anleihenbereich (12,4 anstatt 15 Jahre) sowie durch das rückläufige Volumen im Bereich der kurzfristigen Geldmarktbuchforderungen (-8,4 Mrd.).

123 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Verkehr	7 409	7 478	7 349	-60	-0,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	14,1	13,6	13,6		
Strassenverkehr	2 668	2 741	2 751	83	3,1
Öffentlicher Verkehr	4 641	4 636	4 507	-134	-2,9
Luftfahrt	99	101	90	-9	-8,9

Mit einem Minus von 60 Millionen oder 0,8 Prozent blieben die Ausgaben für den Verkehr im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant. Gegenüber dem Voranschlag sind Minderausgaben von 130 Millionen zu verzeichnen. Während die Ausgaben für den Strassenverkehr anstiegen, bildeten sich diejenigen für den öffentlichen Verkehr zurück.

Der *Strassenverkehr* verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 83 Millionen:

- Bei den Nationalstrassen stiegen die Ausgaben gegenüber der Rechnung 2006 um 81 Millionen. 2006 konnten verschiedene Bauprojekte nicht plangemäss vorangetrieben werden, was zu Minderausgaben führte. 2007 konnten demgegenüber die geplanten Arbeiten weitestgehend ausgeführt werden (+80 Mio.). Der Unterhalt lag indes tiefer als 2006, da damals unvorhergesehene Mehraufwände zu einem Nachtrag von 60 Millionen geführt hatten (-62 Mio.). Beim Betrieb wurden 2007 im Hinblick auf die Einführung der NFA Restzahlungen getätigt, für die ein Nachtrag nötig war (+35 Mio.). Schliesslich wurde mit der Einführung von NRM auch die Schlüsselung der Verwaltungsaufwände überprüft, was zu einer Mehrbelastung der Nationalstrassen führte (+27 Mio.).
- Die Mittel für die Hauptstrassen blieben nahezu konstant (+1 Mio.).
- Bei den übrigen Strassen haben sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 3 Millionen zurückgebildet. Dies ist auf die erwähnte neue Schlüsselung der Verwaltungsaufwände zurückzuführen.
- Bei der Verkehrstrennung sanken die Ausgaben um 7 Millionen infolge verschiedener Projektverzögerungen. Die Ausgaben für Niveauübergänge stiegen hingegen leicht an.
- Die nichtwerkgebundenen Beiträge stiegen als Folge höherer Mineralölsteuereinnahmen um 12 Millionen.

Mit Ausnahme der Kosten für das Schwerverkehrsmanagement werden die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr der Spezialfinanzierung Strassenverkehr belastet.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* bildeten sich gegenüber dem Vorjahr um 134 Millionen zurück:

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur sanken um 51 Millionen. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr nur noch geringe Ausgaben zur Behebung der Unwetterschäden 2005 getätigt werden mussten. Zudem konnten im Bereich der KTU aus unterschiedlichen Gründen weniger Infrastrukturprojekte als geplant verwirklicht werden.
- Die finanzierungswirksame Abgeltung für den regionalen Personenverkehr sank im Vergleich zum Vorjahr um 46 Millionen. Bei diesem scheinbaren Rückgang handelt es sich jedoch nur um einen Systembruch aufgrund der Einführung von NRM, die zu einer periodengerechten Verbuchung der zu leistenden Abgeltungen führte: Der finanzierungswirksame Aufwand bezieht sich auf die Periode 1.1.2007 bis Fahrplanwechsel im Dezember 2007. Für die Zeit vom Fahrplanwechsel bis 31.12.2007 werden die Abgeltungen erst im 1. Quartal 2008 ausbezahlt. Deshalb wurde für diese Periode Ende 2007 zusätzlich eine nicht finanzierungswirksame passive Rechnungsabgrenzung in der Höhe von 49 Millionen vorgenommen, während in den Vorjahren jeweils à Konto-Zahlungen geleistet wurden.
- Die Einlage in den FinöV-Fonds nahm um 6 Millionen auf 1 328 Millionen ab. Da das Bauvolumen infolge Inbetriebnahme des Lötschberg-Basistunnels zurückging, verminderten sich die Mineralölsteuereinlagen (25 % der Bauaufwendungen der NEAT-Basislinien werden mit Mineralölsteuermitteln bezahlt). Demgegenüber erhöhten sich aufgrund der guten konjunkturellen Lage die LSWA- und die Mehrwertsteuereinlagen in gleichem Umfang.
- Im Bereich der Güterverkehrsverlagerung resultierte gegenüber 2006 ein Rückgang von 29 Millionen. Während die Ausgaben für Anschlussgeleise stiegen, gingen diejenigen für den kombinierten Verkehr sowohl bei den Investitionsbeiträgen an die Terminals (Projektverzögerungen) wie auch bei den Bestellungen für den kombinierten Verkehr zurück.

Die Ausgaben des Bundes für die *Luftfahrt* lagen 9 Millionen tiefer als 2006. Dies ist auf die Luftfahrtsicherheit zurückzuführen, wo die Ausgaben für den Beratungsaufwand, Eurocontrol, Luftfahrzeuge, Sicherheitsmassnahmen und die letzte Darlehensranche an Skyguide für den Neubau Dübendorf zurückgingen.

124 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
Landesverteidigung	4 272	4 402	4 327	55	1,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,2	8,0	8,0		
Militärische Landesverteidigung	4 174	4 307	4 231	57	1,4
Nationale Sicherheitskooperation	98	95	95	-2	-2,5

In der Landesverteidigung enthalten sind die *Militärische Landesverteidigung*, die rund 98 Prozent der Mittel beansprucht und die *Nationale Sicherheitskooperation* (bis 2006 «Zivile Landesverteidigung»).

Die Militärische Landesverteidigung beschlägt 7,8 Prozent der ordentlichen Bundesausgaben und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahreswertes und des Voranschlags. Darin enthalten sind auch Aufwendungen zugunsten der internationalen militärischen Kooperation und Friedenserhaltung (inkl. Anteil an den «Genfer Zentren») im Umfang von 178 Millionen, was einer Erhöhung gegenüber der Vorjahresrechnung um rund 32 Millionen entspricht.

Die gegenüber dem Vorjahr grössere Mittelbeanspruchung ist ausschliesslich auf die Militärische Landesverteidigung (+57 Mio.) zurück zu führen. Als Ursachen für die Zunahme sind insbesondere zu nennen:

- Zusätzliche Ausgaben für Brenn- und Treibstoffe in der Höhe von rund 25 Millionen. Die zusätzlichen Mittel waren erforderlich, um nach einem im Hinblick auf die Optimierung und Reduktion der Infrastruktur vorgenommenen Lagerabbau in den Vorjahren den Eigenverbrauch sowie die Verkäufe an Dritte (Post, SBB) garantieren zu können (letzten genannten stehen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber). Der Preisanstieg trieb die Ausgaben für die Beschaffung zusätzlich in die Höhe.
- Zunahme der Ausgaben zugunsten der internationalen militärischen Kooperation und Friedenserhaltung um rund 32 Millionen (Erhöhung der Leistungen für friedenserhaltende Einsätze im Rahmen der UNO).

Die Abnahme gegenüber dem Voranschlag (-75 Mio.) ist durch eine Minderbeanspruchung von Krediten insbesondere in den folgenden Bereichen begründet:

- Arbeitgeberleistungen und übriger Personalaufwand (-19 Mio.)
- Beratungs- und Informatik Sachaufwand (-13 Mio.)
- Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf (AEB, -16 Mio.)
- Immobilien (Investitionen und Instandhaltung, -24 Mio.)

Dem Verteidigungsbereich wurde im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entlastungsprogramms 2004 bis Ende 2008 ein mehrjähriger Ausgabenplafond zugestanden. Dieser ist von den eidgenössischen Räten mit dem Entwicklungsschritt 2008/11 (ES 08/11) für die Periode von 2009 bis 2011 verlängert worden. Mit der damit beabsichtigten Verbesserung der Planungssicherheit und Erhöhung der finanziellen Flexibilität sollen innerhalb des Plafonds Kreditreste des Vorjahres auf die Folgejahre übertragen und dabei vornehmlich zugunsten von Rüstungsinvestitionen (oder zugunsten einer Kompensation von Nachtragskrediten) eingesetzt werden können. Dadurch soll das Verhältnis zwischen *Betriebs-* (Personal-, Sach- und Transferausgaben) und *Rüstungsausgaben* (Rüstungs- und Investitionsausgaben) mit dem Ziel der Erreichung eines mittleren Technologiegrades der Armee zugunsten der Letztgenannten verbessert werden. Mit dem Voranschlag wurde ein Verhältnis von 65 zu 35 Prozent ausgewiesen. Dieses hat sich mit dem Rechnungsabschluss bestätigt.

Die gegenüber 2006 reduzierte Kreditbeanspruchung für die *Nationale Sicherheitskooperation* ist bedingt durch die Übertragung der Verantwortung und der Mittel für das Projekt «Sanierung des UKW-77-Netzes» an die armasuisse (Militärische Landesverteidigung).

125 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Bildung und Forschung	4 714	5 199	4 978	263	5,6
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,0	9,4	9,2		
Berufsbildung	522	532	518	-4	-0,7
Hochschulen	1 470	1 612	1 564	93	6,4
Grundlagenforschung	1 697	1 943	1 834	137	8,1
Angewandte Forschung	961	1 053	1 002	41	4,3
Übriges Bildungswesen	64	60	60	-5	-7,2

Für die Bildung wurden 2 142 Millionen oder rund 43 Prozent der Mittel des Aufgabenbereichs aufgewendet, während die Forschung 57 Prozent beanspruchte.

Im Zusammenhang mit NRM entrichtete der ETH-Bereich dem Bund neu Mietbeiträge von 270 Millionen. Diese Mittel werden ihm vom Bund zur Verfügung gestellt; es resultiert eine haushaltsneutrale Aufblähung des Bundeshaushalts in dieser Höhe. Im Voranschlag wurde dieser Mietbeitrag mit 443 Millionen veranschlagt. Basis der Berechnung der Höhe bilden der Wert der Immobilien, der kalkulatorische Kapitalzinssatz sowie Verwaltungskosten des BBL. Der Wert der Immobilien und der kalkulatorische Kapitalzinssatz wurden im Verlauf des Berichtsjahres angepasst und so ergab sich eine starke Abnahme von total 173 Millionen gegenüber dem Voranschlag. Diese Abnahme erklärt zu einem gewichtigen Teil den Minderaufwand des Aufgabengebiets gegenüber dem Voranschlag.

Das negative Wachstum in der *Berufsbildung* gegenüber dem Vorjahr (-4 Mio.) ist damit zu erklären, dass die Mittel für das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (-27 Mio.) ab 2007 neu dem Hochschulbereich zugerechnet werden. Demgegenüber ist bei den Pauschalbeiträgen an die Kantone ein Zuwachs zu verzeichnen (+23 Mio.).

Die Beiträge an die *Hochschulen* nahmen um 93 Millionen zu. Dieser Zuwachs ist – wie bereits erwähnt – grösstenteils auf den Mietbeitrag des ETH-Bereichs an den Bund und die erstmalige Zurechnung des Eidgenössischen Instituts für Berufsbildung zurückzuführen. Die Beiträge an die Fachhochschulen wuchsen um 13 Millionen. Bei den kantonalen Hochschulen weisen hingegen sowohl die Grundbeiträge, die projektgebundenen Beiträge als auch die Investitionsbeiträge ein negatives Wachstum aus (insgesamt -20 Mio.).

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen *Grundlagenforschung* und der *angewandten Forschung* unterschieden. Zu den Ausgaben für die Grundlagenforschung zählen beispielsweise die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds, ein Teil der Leistungen an internationale Organisationen wie das CERN oder die Wissenschaftsprogramme der europäischen Weltraumorganisation ESA sowie rund 60 Prozent des Finanzierungsbeitrages an den ETH-Bereich. Bei den EU-Forschungsrahmen-programmen wird berücksichtigt, dass in erster Linie die angewandte Forschung unterstützt wird, weshalb diese bloss zu 10 Prozent der Grundlagenforschung zugewiesen werden. Der Mietbeitrag an den ETH-Bereich erhöht die Aufwendungen für die Grundlagenforschung um 162 Millionen. Ohne diesen Sondereffekt weist die Grundlagenforschung einen Rückgang von 25 Millionen aus. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Rechnungsjahr 2007 durch zwei weitere Faktoren verzerrt wird. Einerseits beträgt der Beitrag an das CERN wegen der Verrechnung eines in früheren Jahren geleisteten Darlehens nur rund 4 Millionen (-30 Mio.), andererseits ist ein gegenüber dem Vorjahr um 20 Millionen erhöhter Reservenabbau gemäss EP 04 des Nationalfonds zu verzeichnen.

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich ein Teil der Ausgaben des ETH-Bereichs, der ESA sowie die Mittel der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). In der angewandten Forschung wird gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 41 Millionen verzeichnet. Dieser Zuwachs lässt sich fast ausschliesslich auf den ETH-Mietbeitrag (+40 Mio.) zurückführen.

Beim *übrigen Bildungswesen* führt das Auslaufen des Projekts «Schulen im Netz» zu einem Rückgang von 5 Millionen.

126 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 597	3 601	-44	-1,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,0	6,5	6,7		
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	284	285	256	-28	-9,9
Produktion und Absatz	696	638	627	-69	-9,9
Direktzahlungen	2 553	2 561	2 596	43	1,7
Übrige Ausgaben	112	112	122	10	8,9

Die Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung beliefen sich auf 3 601 Millionen. Im Vergleich zum Voranschlag wurden 4 Millionen oder 0,1 Prozent mehr ausgegeben. Gegenüber der Rechnung des Vorjahres haben die Ausgaben hingegen um 44 Millionen abgenommen.

In der weitgehend stabilen Entwicklung der Agrarausgaben zeigt sich die Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu mehr Markt und Ökologie, welche Ende der 90er Jahre eingeleitet worden ist. Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1.1.2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Im Rahmen der Staatsrechnung 2007 kann Bilanz gezogen werden über die Ausschöpfung der drei landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2004-2007 Grundlagenverbesserung, Produktion und Absatz und Direktzahlungen: Die Summe der unter die drei landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen fallenden Ausgaben in den Jahren 2004-2007 betrug 13 428 Millionen. Die entsprechenden Zahlungsrahmen wurden mit den Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2007) am 5.6.2003 festgelegt und in den Folgejahren den Parlamentsbeschlüssen zu den beiden Entlastungsprogrammen 2003 und 2004 angepasst. Insgesamt betrug die Gesamtsumme der Zahlungsrahmen per Ende 2007 13 664 Millionen. Die beschlossenen Zahlungsrahmen wurden folglich zu 98,3 Prozent ausgeschöpft. Gesamthaft wurden 236 Millionen nicht beansprucht (135 Mio. Grundlagenverbesserung, 101 Mio. Produktion und Absatz).

Mehr als 70 Prozent der Agrarausgaben wurden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, was Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung in diesen Aufgabenbereich ist. Die höheren Ausgaben gegenüber der Rechnung 2006 wie auch gegenüber dem Budget 2007 von über 30 Millionen sind auf den Nachtragskredit bei den allgemeinen Direktzahlungen in der Höhe von 35 Millionen zurückzuführen. Dieser wurde notwendig, um dem Mehrbedarf an Flächen- und Raufutterbeiträgen gerecht zu werden.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* umfassen die Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie die Absatzförderung und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Die Ausgaben der Marktstützung nahmen im Vergleich zur Rechnung des Vorjahrs um 69 Millionen ab, womit ihr Anteil an den Landwirtschaftsausgaben noch rund 17 Prozent beträgt. Als Folge der Mittelumlagerungen zu den Direktzahlungen reduzierten sich insbesondere die Ausgaben für Beihilfen und Zulagen im Milchbereich um 76 Millionen gegenüber der Rechnung 2006 und betragen 2007 noch 361 Millionen.

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* sanken gegenüber dem Vorjahr und dem Voranschlag 2007 um insgesamt 28 respektive 29 Millionen. Diese Minderungen sind auf Projektverzögerungen bei den Strukturverbesserungen sowie auf eine interne Kompensation bei den landwirtschaftlichen Investitionskrediten zugunsten des Nachtragskredites «Direktzahlungen» zurück zu führen. Die Ausgaben für Grundlagenverbesserungen setzen sich aus den Aufwendungen für Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie Pflanzen- und Tierzuchtmassnahmen zusammen. Die Sozialmassnahmen umfassen die landwirtschaftlichen Familienzulagen, die Umschulungsbeihilfen sowie die Betriebshilfen in der Höhe von gesamthaft rund 80 Millionen. Im Vergleich zur letztjährigen Rechnung wie auch zum Voranschlag 2007 waren die Ausgabenentwicklungen in diesem Bereich stabil.

Mehrausgaben gegenüber der Vorjahresrechnung und des Voranschlags 2007 waren bei den *Übrigen Ausgaben* zu verzeichnen, die sich aus den Bereichen Verwaltung, Beratung, Vollzug und Kontrolle und Pflanzenschutz zusammensetzen. Der Grund hierfür war der Nachtragskredit in der Höhe von 9,5 Millionen zur Bekämpfung des Feuerbrandes im Jahr 2007.

127 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 269	2 348	2 274	5	0,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,3	4,3	4,2		
Politische Beziehungen	579	644	613	34	5,8
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 563	1 565	1 559	-4	-0,2
Wirtschaftliche Beziehungen	70	80	71	2	2,7
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	57	59	30	-27	-47,5

Die Ausgaben im Bereich der Beziehungen zum Ausland und der internationalen Zusammenarbeit belaufen sich auf 2 274 Millionen, was gegenüber der Rechnung 2006 einer Zunahme um fünf Millionen entspricht. Gegenüber dem Budget verzeichnen sie einen Rückgang um 75 Millionen (-3,2 %).

27 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen auf den Sektor politische Beziehungen. Er umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge der Schweiz an die internationalen Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, usw.), die Sitzstaatpolitik, die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie weitere Spezialbereiche wie den Beitrag an die SRG-Sendungen für das Ausland. Die Ausgaben in diesem Bereich nahmen gegenüber dem Vorjahr um 34 Millionen zu. Diese Entwicklung erklärt sich zur Hauptsache durch die Bereitstellung des Betrags an die SRG für die Sendungen für das Ausland (+16 Mio.), durch einen Mehrbedarf im Personalbereich (+16 Mio.) und schliesslich durch den Beitrag der Schweiz an den allgemeinen Haushalt der UNO (+14 Mio.). Im Gegenzug wurde der für die Gewährung von Darlehen an die FIPOI bestimmte Kredit nicht gebraucht (-28 Mio.), da die Arbeiten an den Bauvorhaben von WTO und UICN auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden.

Auf den Sektor Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer) entfallen knapp 69 Prozent der Ausgaben dieses Bereichs. Er umfasst die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Beteiligung an den regionalen Entwicklungsbanken, die Beiträge an die internationalen Entwicklungsorganisationen und diejenigen Hilfeleistungen an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD als Entwicklungshilfe anerkannt werden. Dieser Bereich verringerte sich gegenüber der Rechnung 2006 um vier Millionen und gegenüber dem Voranschlag 2007 um sechs Millionen. Einerseits erhöhten sich die Beiträge an die internationalen Entwicklungs-

organisationen (+17 Mio.), an die Wiederauffüllung der Fonds der Internationalen Entwicklungsagentur (+7 Mio.) und an die multilateralen Umweltfonds (+3 Mio.) gegenüber dem Vorjahr; andererseits waren die Unterstützung der humanitären Einsätze (-14 Mio.), die vom DAC berücksichtigten Beiträge an die Osthilfe (-12 Mio.) und die Beiträge an die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (-8 Mio.) gegenüber der Rechnung 2006 rückläufig. Die multilateralen Umweltfonds liegen 7 Millionen unter dem budgetierten Wert. Die gesamte APD der Schweiz, die dem DAC für 2007 mitgeteilt wurde, beläuft sich auf 2 016,6 Millionen (2006: 2 063,3 Mio.). Die Rechnung 2007 weist somit einen Rückgang des APD-Anteils der Schweiz auf 0,37 Prozent am Bruttonationaleinkommen aus (2006: 0,39%), d.h. unter die vom Bundesrat festgelegte Zielmarke von 0,4 Prozent.

Drei Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen auf den Sektor politische Beziehungen. Er umfasst zur Hauptsache die Beiträge an die internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich, denen die Schweiz angehört (Europäische Freihandelszone, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Welthandelsorganisation, Internationale Arbeitsorganisation, Internationale Atomenergie-Organisation, usw.). Im Vorjahresvergleich stiegen die Ausgaben jedoch um beinahe 2 Millionen (+2,7 %). Sie liegen fast 9 Millionen unter den Werten des Voranschlags 2007. Insbesondere die Beiträge an die OECD, die EFTA, den Treuhandfonds des IWF und an das Weltwirtschaftsforum Davos fielen niedriger aus als budgetiert. Auf den Sektor Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU entfällt etwas mehr als ein Prozent der Ausgaben in diesem Bereich. Er umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsionsvertrag). Gegenüber der Rechnung 2006 weist dieser Sektor Minderausgaben in Höhe von 27 Millionen auf. Dieses Minus ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass via Kredite zur Unterstützung der Transitionsländer die Kredite für den Schweizer Beitrag an die EU-Erweiterung kompensiert wurden. Gegenüber dem Voranschlag 2007 liegen die Kreditausgaben für den Beitrag der Schweiz an die EU-Erweiterung 29 Millionen unter dem

128 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	4 560	5 017	4 739	179	3,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,7	9,1	8,8		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 150	2 348	2 158	8	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	771	855	805	33	4,3
Kultur und Freizeit	437	447	460	23	5,2
Gesundheit	194	279	264	70	36,1
Umweltschutz und Raumordnung	624	659	655	30	4,9
Wirtschaft	383	428	398	15	3,8

Budget. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass die bilateralen Abkommen mit den Nutzniesserstaaten Ende 2007 unterzeichnet wurden, so dass die geplanten Zahlungen nicht früher beginnen konnten.

Die Ausgaben der *übrigen sechs Aufgabengebiete* wuchsen gegenüber der Rechnung 2006 um 179 Millionen oder 3,9 Prozent. Hingegen zeigt der Vergleich mit dem Voranschlag 2007, dass über 275 Millionen weniger als geplant ausgegeben worden sind. Im Einzelnen haben sich die Aufgabengebiete jedoch unterschiedlich entwickelt: So blieben die Ausgaben des grössten Aufgabengebiets *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* gegenüber der Rechnung 2006 konstant. Demgegenüber ist das Aufgabengebiet *Gesundheit* um mehr als ein Drittel angestiegen. In allen sechs Aufgabengebieten – mit Ausnahme von Kultur und Freizeit – waren tiefere Ausgaben zu verzeichnen, als mit dem Voranschlag 2007 bewilligt worden sind. Der Anteil der sechs Aufgabengebiete am Gesamthaushalt bleibt konstant bei knapp 9 Prozent.

Die Ausgaben für die *Institutionellen und finanziellen Voraussetzungen* blieben gegenüber der Rechnung 2006 praktisch konstant (+8 Mio.). Verschiedenen gegenläufige Entwicklung innerhalb des Aufgabengebietes führten zu diesem Ergebnis: So sanken die Ausgaben u.a. in den Bereichen Departementsführung (-3 Mio.), Finanzen (-11 Mio.; Dezentralisierung Abonnemente / Tagesstreckenkarten) und Bauten und Logistik (-42 Mio.; Einsparungen bei den Zivilen Bauten, der Zumiete und den Publika-

tionen), während u.a. in den Bereichen Informatik (+43 Mio.), Statistik (+14 Mio.; Registerharmonisierung, Beitrag Eurostat), Legislative (+4 Mio.) und Landestopographie (+4 Mio.) ein Wachstum zu verzeichnen war.

Das Wachstum im Bereich *Ordnung und öffentliche Sicherheit* ist u.a. auf das neu geschaffene Bundesverwaltungsgericht (+20 Mio.) und Mehraufwendungen bei der Grenzbewachung (+8 Mio.) zurückzuführen. Gegenüber dem Voranschlag sind Minderausgaben in der Höhe von 50 Millionen zu verzeichnen, insbesondere bei der Grenzbewachung.

Bei *Kultur und Freizeit* schlägt sich hauptsächlich das Engagement des Bundes für die EURO 08 nieder (+15 Mio.). Der verbleibende Anstieg ist auf den Nachtrag beim Heimat- und Denkmalschutz zurückzuführen. Mit den Mitteln aus dem Nachtrag war es möglich, einen Teil der bestehenden, noch nach altem Recht eingegangenen Verpflichtungen im Heimat- und Denkmalschutz vor der Einführung der NFA zu realisieren.

Die Beschaffung eines präpandemischen Grippeimpfstoffes sowie chirurgischer Masken führte zum Anstieg der Ausgaben im Aufgabengebiet *Gesundheit* (+70 Mio.).

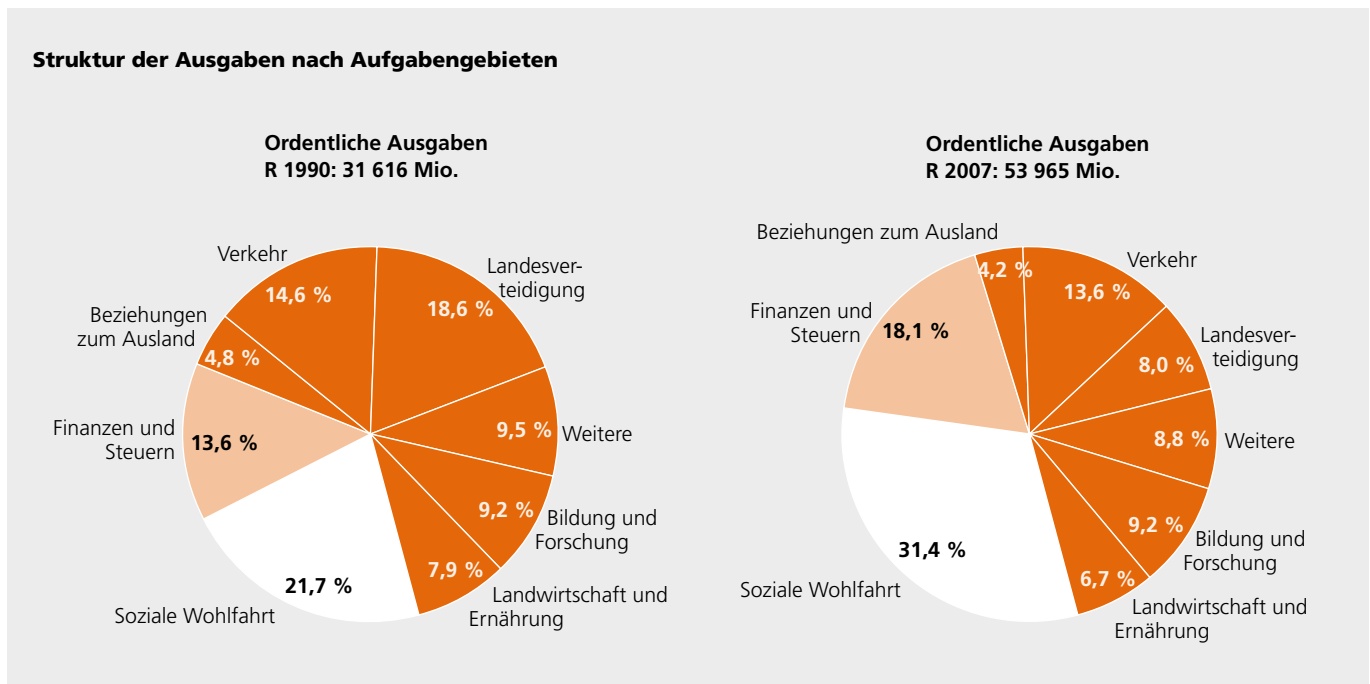
Das Wachstum im Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* (+30 Mio.) ist grösstenteils auf einen Nachtragskredit zum Abbau altrechtlicher Verpflichtungen gegenüber den Kantonen im Bereich Natur und Landschaft in der Höhe von 20 Millionen zurückzuführen.

Das Wachstum im Aufgabengebiet *Wirtschaft* (+15 Mio.) beruht auf Mehrausgaben bei der Finanzmarktaufsicht sowie Mehraufwendungen im Arbeitnehmerschutz, insbesondere für die Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Die Soziale Wohlfahrt wie auch Finanzen und Steuern bestehen zu grossen Teilen aus gebundenen Ausgaben: Anteile Dritter an Bundeseinnahmen, Passivzinsen, die Beiträge an die Sozialversicherungen etc.. Die Zunahme der Bedeutung dieser Aufgabengebiete zeigt deutlich, dass immer grössere Anteile des Bundeshaushaltes gebunden und damit – wenigstens kurzfristig – nicht veränderbar sind. Um den finanzpolitischen Handlungsspielraum von Parlament und Bundesrat zu wahren, sind mittelfristige Planungen und das konsequente Setzen von Prioritäten unerlässlich; nur damit vermag der Bund weiterhin flexibel auf neue Entwicklungen zu reagieren.

129 Ausgabenstruktur 1990/2007

Der Vergleich der Ausgabenstruktur zwischen 1990 und heute zeigt einerseits die starke Abnahme der Landesverteidigung und andererseits die ebenso starke Zunahme der Sozialen Wohlfahrt und des Bereiches Finanzen und Steuern. Die übrigen Anteile der Aufgabengebiete am Gesamthaushalt blieben in etwa konstant.



13 Querschnittsfunktionen

131 Personal

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Personalaufwand	4 325	4 539	4 492	167	3,9
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 205	4 423	4 389	184	4,4
Legislative	63	63	61	-2	-2,9
Entschädigungen für Parlamentarier	36	36	33	-3	-8,3
Personalaufwand ¹	27	27	28	1	4,4
Übriger Personalaufwand	-	-	-	-	-
Judikative	68	123	116	48	70,6
Bezüge Bundesrichter	18	33	34	16	88,9
Personalaufwand ¹	50	89	81	31	61,4
Übriger Personalaufwand	-	1	1	1	-
Exekutive	3 890	3 955	4 030	140	3,6
Bezüge BR und BK	4	4	4	-	-5,0
Bezüge Kommissionen	12	1	1	-11	-94,2
Personalaufwand ¹	3 789	3 834	3 926	137	3,6
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-	-	11	11	-
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	41	45	47	6	14,6
Übriger Personalaufwand	44	71	53	9	20,2
Global- und Spezialkredite²	119	217	151	32	27,1
Arbeitgeberbeiträge global ³	-	10	-	-	-
Arbeitgeberleistungen ⁴	119	116	151	32	27,1
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-	-	39	-	-
Umstrukturierungen	65	66	31	-34	-51,8
Sozialplan	65	66	31	-34	-51,8
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	120	116	103	-17	-14,2
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	120	116	103	-	-
Personalausgaben	4 325	4 539	4 462	137	3,2

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 Beinhaltet Bundesratsreserve, Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikant/innen und Lohnmassnahmen

3 Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Dienststellen dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2007 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar

4 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidg. Personalamt budgetiert und bewirtschaftet werden.

Gegenüber der Rechnung 2006 steigt der Personalaufwand um 167 Millionen (+3,9 %). Diese Zunahme stellt eine Nettogrösse dar. Sie resultiert aus Mehraufwendungen in der Judikative (+48 Mio.), in der Exekutive (+140 Mio.) sowie in den Global- und Spezialkrediten (+32 Mio.) und Minderaufwendungen für Umstrukturierungen nach Sozialplan BPV Art. 105 (-34 Mio.) und für Personal zu Lasten Sachkredite (-17 Mio.).

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative nimmt gegenüber dem Vorjahr leicht ab.

Judikative

Die Bezüge der Richterinnen und Richter und der Personalaufwand der Judikative steigen gegenüber der Rechnung 2006 um insgesamt 48 Millionen an. Der verhältnismässig grosse Zuwachs ist auf die laufende Reorganisation der Gerichte und den Aufbau des Bundesverwaltungsgerichtes zurück zu führen. Letzteres geht einher mit der Auflösung der Rekurskommissionen der Departemente.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber der Rechnung 2006 um 140 Millionen (+3,6 %) zu. Dieser Mehrbedarf setzt sich wie folgt zusammen: der grösste Zuwachs erfolgte aufgrund der Lohnmassnahmen 2007 (130 Mio.). Ein weiterer Grund liegt in der Übernahme der Aufgaben im Bereich Nationalstrassen beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) – als Konsequenz aus dem NFA. Des Weiteren wurde im EDA das konsularische Aussenetz gestärkt. Im VBS

sorgten die Umwandlung der 400 befristet angestellten Mitarbeitenden des militärischen Personals in unbefristete Anstellungen sowie die vorübergehende Sistierung des Stellenabbaus in der Logistikbasis der Armee für Mehraufwand. Schliesslich werden erstmals auch die nichtfinanzierungswirksamen Veränderungen der Rückstellungen für Überzeit und Ferienguthaben in den Personalbezügen berücksichtigt (11 Mio.).

Stellenbestand

Der Stellenbestand der Bundesverwaltung (Legislative, Judikative und Exekutive) umfasste per Ende 2007 32 105 Personen (auf Vollzeitbasis). Dies sind insgesamt gut 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Auf Vollzeit umgerechnet entspricht dies einem Stellenabbau von 271 Stellen, welcher im Wesentlichen über die natürliche Fluktuation aufgefangen werden konnte. Seit dem Höchststand von 2003 verzeichnete die Bundesverwaltung bis Ende 2007 einen Nettoabbau von gut 2500 Stellen. Dabei wurden insgesamt 3000 Stellen insbesondere in den Lohnklassen 1 - 23 abgebaut und gleichzeitig 400 Stellen zur Hauptsache in den höheren Lohnklassen neu geschaffen. Bis Ende 2011 soll der Stellenbestand um weitere 600 Einheiten reduziert werden.

Aus obiger Beschreibung wird der anhaltende Trend zu höher qualifizierten Berufen ersichtlich. Mit Blick auf die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt dürfte es der Bundesverwaltung zunehmend schwerer fallen, ihren Bedarf an gut qualifiziertem Personal zu decken. Bereits heute bestehen bei einigen Berufskategorien bzw. Verwaltungsbereichen grössere Rekrutierungsschwierigkeiten, so zum Beispiel bei Steuerexpert/innen, bei der Finanzmarktaufsicht und im Finanz- und Rechnungswesen. Es ist anzunehmen, dass sich die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt auf weitere Berufskategorien ausdehnen wird. Es wird deshalb neben einem verbesserten Personalmarketing auch notwendig sein, vermehrt in das Personal selbst zu investieren. Zu nennen sind hier insbesondere die Aus- und Weiterbildung, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie- und Erwerbsleben und auch die Entlohnungspolitik.

Global- und Spezialkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (Bundesratsreserve, berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel vollumfänglich und bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

Arbeitgeberbeiträge

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden vollständig an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert und sind im Zahlenwerk beim Personalaufwand integriert.

Arbeitgeberleistungen

Für Arbeitgeberleistungen wurden insgesamt 151 Millionen aufgewendet, wovon 40 Millionen im Zusammenhang mit

– aufgrund eines Bundesgerichtsurteils – neu geschuldeten Beiträgen an die AHV bei Arbeitgeberleistungen an die Pensionskasse bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses stehen. Zum heutigen Zeitpunkt muss davon ausgegangen werden, dass Nachzahlungen im Umfang von insgesamt rund 40 Millionen geleistet werden müssen. Dafür wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 nichtfinanzierungswirksame Rückstellungen in dieser Höhe gebildet.

Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten

Die Minderaufwendungen von insgesamt 17 Millionen sind im Vergleich zur Rechnung 2006 auf Verschiebungen von geplanten Projekten zurück zu führen.

132 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

Übersicht

Im Bereich der Bundesinformatik wurde mit dem Projekt NOVE-IT eine Trennung von Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezüglern (LB) durchgesetzt, um eine klare Zuordnung der Verantwortung und eine Auftraggeber-/nehmersituation zu schaffen.

Die *Leistungserbringer* (Bundesamt für Informatik BIT; Informatikdienstleistungszentren IDZ des EDA, EJPD und EVD; Führungsunterstützungsbasis der Armee FUB, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen seit der Einführung des NRM auch sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam über die Leistungsverrechnung (LV). Die verrechneten Leistungen im IKT-Bereich belaufen sich in der Rechnung 2007 auf 420 Millionen. Im Voranschlag waren 384 Millionen geplant worden. Daneben erbringen die LE in geringem Umfang auch IKT-Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung; diese werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel werden bei den LE eingestellt. Aus der Leistungserbringung erwirtschaften die LE finanzierungswirksame Erträge von externen Bezüglern sowie LV-Erträge von bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der LB in gleicher Höhe gegenüber. Da sämtliche Leistungen verrechnet werden, entspricht der Aufwand der LE grundsätzlich ihrem Ertrag. Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT der grösste IKT-LE (343 Mio.). Es folgen die FUB (133 Mio. inkl. V-intern erbrachte Leistungen), das IDZ EDA (34 Mio.) und das ISC EJPD (33 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCECO des EVD (14 Mio.).

Die *Leistungsbezüglern* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Der Aufwand und die Investitions-

ausgaben der Leistungsbezüger fallen insbesondere im Zusammenhang mit amtsspezifischen Fachanwendungen an. Bei den LB erscheinen die IKT-Mittel unter folgenden Aufwand- und Investitionskrediten:

- Informatik Sachaufwand (Hardware in Ausnahmefällen; Software; Betrieb und Wartung sowie Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistungen; Telekommunikation)
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen (Informatik und Software)
- Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Investitionen für Informatiksysteme in Ausnahmefällen; Software Kauf, Lizenzen und Eigenentwicklungen)

Zudem existieren folgende IKT-Kredite, die zentral gesteuert, im Voranschlag pro Departement oder für den gesamten Bund zentral eingestellt und aus denen im Haushaltsjahr Mittel an die begünstigten Verwaltungseinheiten abgetreten werden:

- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.
- Bund: Zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).

Aufwand, Ertrag, Investitionen

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)*

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
Erfolgsrechnung					
Ertrag	10	28	22	12	125,4
Ertrag aus Informatikleistungen	–	28	22	22	–
Übriger Ertrag	10	–	–	-10	-100,0
Aufwand	394	700	678	284	72,2
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	175	218	226	51	29,4
Sach- und Betriebsaufwand	219	403	394	175	79,9
Hardware Informatik	41	20	27	-13	-32,8
Software	33	35	29	-4	-12,7
Informatik Betrieb/Wartung	38	111	95	56	146,9
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	40	116	121	81	204,8
Telekommunikation	–	62	57	57	–
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	67	60	66	-2	-2,6
Abschreibungen	–	79	58	58	–
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	233	148	64	-169	-72,4
Investitionen Informatiksysteme	220	77	56	-164	-74,4
Investitionen Software	13	71	8	-5	-39,7
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	1	–	–	-1	-95,6
Ausgaben	627	701	624	-3	-0,6
Finanzierungswirksamer Aufwand	394	553	559	165	42,0
Investitionsausgaben	233	148	64	-169	-72,4

*Zahlen ohne Leistungsverrechnung für IKT Leistungen (LV-Aufwand der LB, LV-Ertrag der LE). Im Sach- und Betriebsaufwand ist der LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Miete enthalten.

Mit der Einführung von NRM werden im IKT-Bereich viele Geschäftsvorfälle anders verbucht als vorher. Ein Vergleich der Rechnung 2007 mit der Rechnung 2006 ist deshalb nur be-

schränkt möglich. Mit NRM kommen insbesondere strengere Aktivierungsregeln und höhere Aktivierungsgrenzen bei den immateriellen Anlagen (Software) zur Anwendung.

Der *finanzierungswirksame Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer fiel gegenüber dem Voranschlag 2007 um 6 Millionen (-20 %) tiefer aus als erwartet. Diese laufenden Einnahmen werden vom BIT und vom ISC EJPD mit Leistungen für bundesnahe Institutionen mit öffentlicher Zweckbestimmung (z.B. PUBLICA, RUAG, EAV, swissmedic) erzielt. Die Einnahmenreduktion resultiert insbesondere aus Minderleistungen für das Grossprojekt AVAM (Informatiksystem für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik des ALV-Fonds). Gegenüber der Rechnung 2006

ist der finanzierungswirksame Ertrag um 12 Millionen gestiegen. Grund dafür ist die Zunahme der Leistungen, die das BIT für externe Dritte erbringt und diesen in Rechnung stellt.

Der *IKT-Aufwand* wurde gegenüber dem Voranschlag um 22 Millionen (-3 %) unterschritten. Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer um 8 Millionen ist hauptsächlich bedingt durch zusätzliche Personalbezüge beim BIT (Festanstellungen), die beim Beratungsaufwand kompensiert wurden.

Der *Sach- und Betriebsaufwand* im IKT-Bereich enthält die folgenden Komponenten:

Hardware Informatik	Nicht aktivierbare Hardware (unter Fr. 5'000) wie PC, Drucker, Zubehör
Software	Nicht aktivierbare Software (unter Fr. 100'000) und Lizenzgebühren
Informatik Betrieb/Wartung	Betrieb, Wartung und Reparatur von Hardware und Anwendungen; Miete bzw. Leasinggebühren
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistung	Von Dritten erbrachte Informatikdienstleistungen, Honorare
Telekommunikation	Anschlusskosten und Gebühren Telekommunikationsleistungen
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	Mieten, Bürobedarf, Transport, Spesen und sonstiger Betriebsaufwand

Einerseits sind innerhalb des Sach- und Betriebsaufwands Verschiebungen zu verzeichnen, die weitgehend auf eine präzisere Zuordnung des Aufwands zu den einzelnen Aufwandkonten zurückzuführen sind. Andererseits wird eine Reduktion von 9 Millionen ausgewiesen, die im Wesentlichen auf Aufwandreduktionen bei der Informatik-Entwicklung und -beratung der EZV (-5 Mio.) und bei der Telekommunikation des BIT (-5 Mio.) zurückzuführen ist. Für die neu bewerteten Bestände des Verwaltungsvermögens im Informatikbereich werden erstmals 58 Millionen für *Abschreibungen* ausgewiesen. Der Minderaufwand von 21 Millionen gegenüber dem Voranschlag resultiert daraus, dass verschiedene Dienststellen ihren Abschreibungsbedarf aus Investitionen im Haushaltsjahr zu hoch budgetiert hatten (ZAS -9 Mio., BFM -7 Mio. und ESTV -6 Mio.). Dies vor allem aufgrund

der Tatsache, dass weniger Informatikentwicklungen aktivierbar waren als geplant oder Projekte Verzögerung erlitten.

Gegenüber der Rechnung 2006 ist beim IKT-Gesamtaufwand eine Zunahme von 284 Millionen zu verzeichnen. Mit der Einführung von NRM wurden erstmals nicht finanzierungswirksame Aufwände für Abschreibungen verbucht (58 Mio.), und mit der Einführung der Leistungsverrechnung wurden den IKT-LE erstmals Aufwände für bundesintern bezogene Leistungen in Rechnung gestellt (61 Mio.), so namentlich für Mieten. Die restliche Zunahme des Aufwands ist durch eine Verschiebung von Investitionsausgaben in den Aufwand zu erklären. Diese Verschiebungen resultieren aus den strengeren Aktivierungsregeln und höheren Aktivierungsgrenzen bei den immateriellen Anlagen (Software), die mit NRM zur Anwendung kommen.

Die *Investitionsausgaben* im IKT-Bereich beinhalten folgende Komponenten:

Investitionen Informatiksysteme	Aktivierbare Hardware über Fr. 5 000 wie PC's, Netzwerkdrucker, Server, Netzwerke, Netzwerkkomponenten und Storage
Investitionen Software	Aktivierbare Software (Kauf, Lizenzen über Fr. 100 000; Eigenentwicklungen über Fr. 1 Million)
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	Mobilien und Fahrzeuge

Die Investitionsausgaben im IKT-Bereich fielen um 84 Millionen tiefer aus als budgetiert (-57 %). Von den Investitionsausgaben von total 64 Millionen entfielen 47 Millionen auf die Leistungserbringer und 17 Millionen auf die Leistungsbezüger. Die Minderausgaben sind begründet durch Verzögerungen beim Projekt INSIEME der ESTV (-14 Mio.), bei Projekten des GS UVEK (-5 Mio.) und der ZAS (-5 Mio.) sowie durch Verschiebungen von Investitionsausgaben in laufende Ausgaben, weil verschiedene Projekte die Aktivierungsgrenze nach NRM nicht erreichten. Die strengeren Aktivierungsgrenzen sind auch der Hauptgrund für die gegenüber der Rechnung 2006 ausgewiesene Abnahme der Investitionsausgaben um 169 Millionen.

133 Bundestresorerie

Die Tresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen und zur

Angesichts der verschiedenen Brüche im Übergang zum NRM lohnt sich ein Blick auf die Entwicklung der *gesamten Ausgaben* im IKT-Bereich: Verglichen mit dem Voranschlag sind die IKT-Ausgaben 77 Millionen tiefer ausgefallen. Hauptursache dafür sind verschiedene Projektverzögerungen sowie Minderausgaben bei der EZV und beim BIT im Bereich Telekommunikation (siehe oben). Insgesamt blieben die IKT-Ausgaben auf dem Niveau des Vorjahres (-3 Mio.), was von einer hohen Ausgabendisziplin zeugt.

Finanzierung künftiger Grossprojekte hält der Bund Tresoreriereserven, welche sicher und zinstragend angelegt sind. Zudem ist die Tresorerie für die Devisenbeschaffung und -bewirtschaftung zuständig.

Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Total	109 526	106 126	-3 400	-3,2
Geldmarkt	13 807	10 391	-3 415	-32,9
Geldmarktbuchforderungen	12 587	9 056	-3 530	-39,0
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	100	-	-100	-
Eidg. Technische Hochschulen ETH	-	185	185	100,0
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 120	1 150	30	2,6
Kapitalmarkt	95 719	95 734	15	-
Öffentliche Anleihen	95 669	95 684	15	-
Festgeldschulden übrige	50	50	-	-

Geld- und Kapitalmarkt

Der Bund reduzierte 2007 seine Tresorerieschuld am *Geld- und Kapitalmarkt netto* um 3,4 Milliarden; bereits im Vorjahr wurde sie um netto 2,8 Milliarden abgebaut.

Die Geldbeschaffung mittels *Geldmarkt-Buchforderungen* wurde markant um 3,5 Milliarden reduziert; insgesamt waren am Jahresende 9,1 Milliarden Geldmarkt-Buchforderungen ausstehend.

In bescheidenem Ausmass wurden über das Jahr *Geldmarktkredite* (inkl. Mittelaufnahmen bei PostFinance) zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel eingesetzt. Ende 2007 waren keine Geldmarktkredite ausstehend.

Der *ETH-Rat* verwaltet die Mittel des ETH-Bereichs seit dem 1.1.2007 selbständig und im Verhältnis zur EFV zentralisiert. Gemäss geltender Tresorerievereinbarung kann der ETH-Rat die

zur Verfügung stehender Zweit- und Drittmittel zum Teil bei der EFV anlegen. Ende 2007 waren 185 Millionen bei der Tresorerie platziert. Die *Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV* (vormalige ERG) erhöhte ihre Anlagen um 30 Millionen auf 1150 Millionen per Ende 2007.

Die Ausgabe fungibler *Bundesanleihen* fand im Berichtsjahr ihre Fortsetzung. Es wurde eine Anleihe mit einer neuen Laufzeit aufgelegt, ansonsten wurden bestehende Anleihen aufgestockt. Die bisher grössten Anleihen entstanden durch mehrmalige Aufstockungen. Per Ende 2007 sind 22 Bundesanleihen, deren Nominalbetrag sich wie Ende 2006 auf insgesamt 95,7 Milliarden beläuft, ausstehend. Neun weisen einen Betrag von je über fünf Milliarden und davon drei von über acht Milliarden auf.

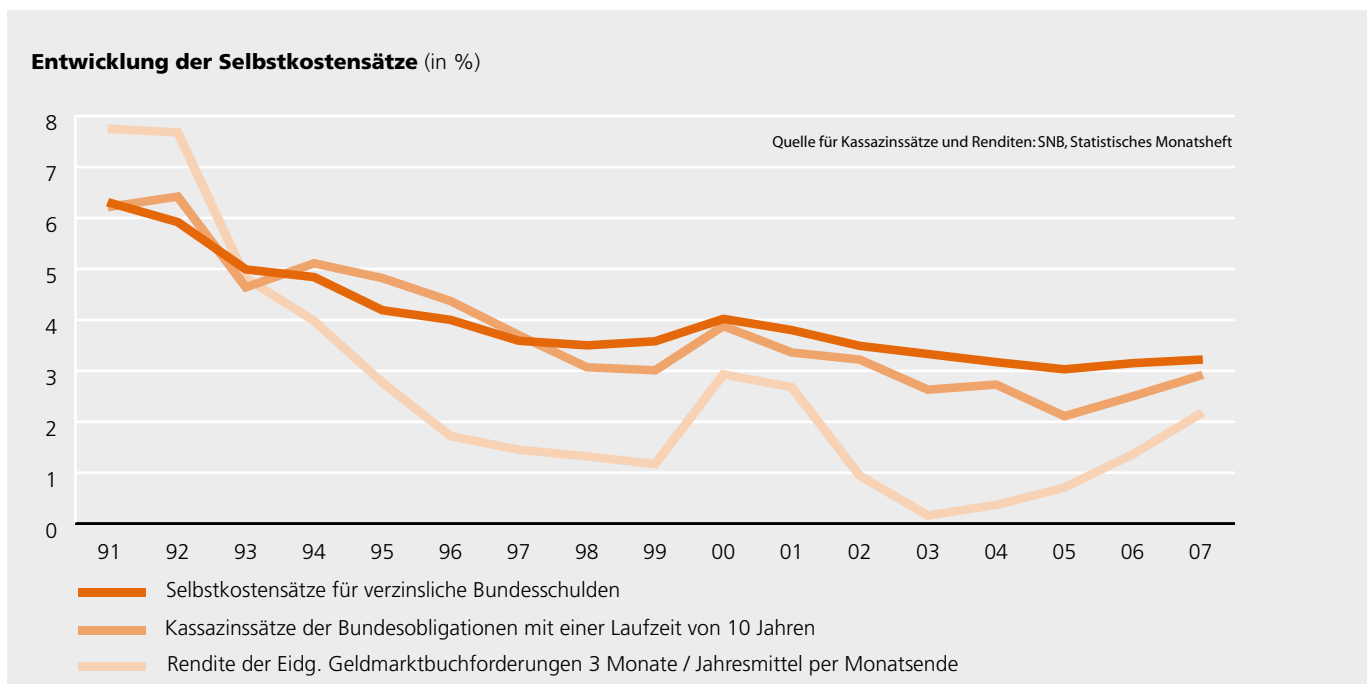
Im Jahr 2007 wurden, ausser im August, Bundesanleihen im monatlichen Emissionsrhythmus, platziert. Während eine im Jahr 2006 gegebene Anleihe erst im Jahr 2007 liberiert wurde,

erfolgte die Liberierung zweier Anleihen von 2007 erst im Jahr 2008. Insgesamt wurden im Jahr 2007 10 Anleihen emittiert; inklusive platzierten Eigenquoten wurden brutto 4,8 Milliarden aufgenommen (2006: 5,7 Mrd.). Unter Berücksichtigung der ordentlichen Rückzahlungen ergab sich 2007 nur eine marginale

Nettogeldaufnahme mittels Anleihen von 15 Millionen (2006: 171 Mio.).

Unter der Rubrik «übrige Festgeldschulden» figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

Zinsentwicklung



Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im *Selbstkostensatz* für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) wider; dieser liegt Ende 2007 bei 3,22 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nachdem der Satz Ende 2006 bei 3,15 Prozent gelegen hatte. Über die Entwicklung der Selbstkostensätze gibt die oben stehende Grafik Auskunft.

In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden». Nicht einbezogen sind die Schulden gegenüber PUBLICA, welche bis Anfang 2008 vollkommen ausfinanziert sein werden. Ende 2007 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 106,1 Milliarden (Vorjahr: 109,5 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten inklusive Emissionsabgabe sowie die Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

Im langfristigen Vergleich ist ersichtlich, dass sich der Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld in die gleiche Rich-

tung wie die Marktsätze bewegt. Seit den Neunzigerjahren ist tendenziell eine Phase sinkender Zinsen zu beobachten.

Tresoreriemittel

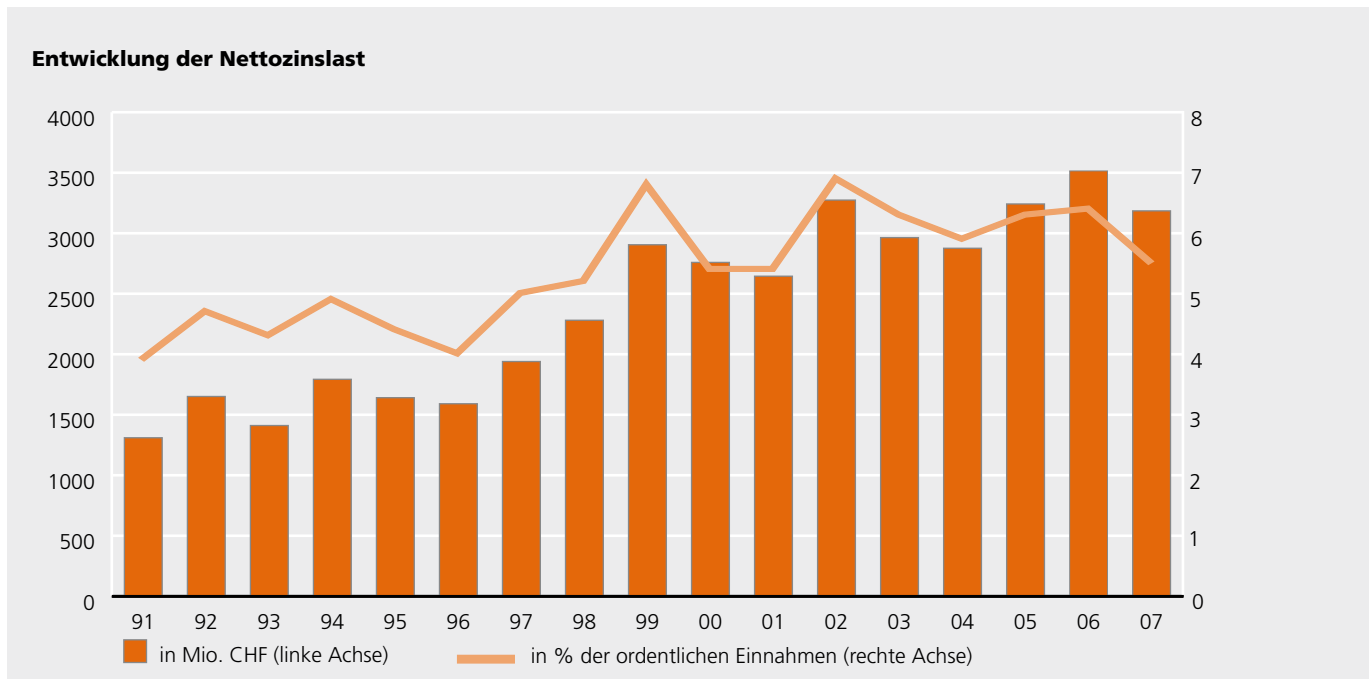
Die *Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie* unterlagen monatlichen Schwankungen von bis zu 4,8 Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonitäten der Gegenparteien einwandfrei sind und die Mittel breit gestreut angelegt werden, um Klumpenrisiken zu vermeiden. Ende Jahr waren verfügbare Tresoreriemittel im Betrag von 11,6 Milliarden ausstehend (-2,8 Mrd. im Vergleich zu Ende 2006). Der nach wie vor hohe Betrag lässt sich folgendermassen erklären: Im Hinblick auf eine Fälligkeit einer Bundesanleihe im Betrag von 5,4 Milliarden anfangs Januar 2008 wurden Mittel im Voraus aufgebaut. Zusätzlich wurden Gelder benötigt, um den saisonalen Mittelbedarf Anfangs 2008 zu decken. Die Gelder waren zum grossen Teil bei Banken im In- und Ausland, bei PostFinance, und bei der Nationalbank angelegt. Im Tresoreriemittelbestand enthalten sind auch die aus

Renditeüberlegungen zurückgekauften Bundesobligationen, die kurz vor Verfall standen.

Der Stand an Darlehen der Tresorerie an den ALV-Fonds blieb per Ende 2007 mit 4,8 Milliarden gegenüber dem Vorjahr stabil. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können.

Vom Frühjahr 2005 bis zum Frühjahr 2007 verwaltete die Tresorerie den Bundesanteil aus dem Erlös der Goldverkäufe der Nationalbank von 7,04 Milliarden. Diese Mittel wurden ebenfalls am Geldmarkt in Festgeldern bei der Nationalbank und bei in- und ausländischen Geschäftsbanken angelegt. Diese Gelder wurden im Frühjahr 2007 an den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) überwiesen. Die gesamten Zinseinnahmen für die Periode Frühjahr 2005 bis Frühjahr 2007 in der Höhe von 161,4 Millionen wurden vom Bund vereinnahmt.

Nettozinslast



Während der Zinsaufwand leicht unter dem Niveau des Vorjahres waren, stiegen die Zinseinnahmen nicht zuletzt aufgrund der hohen Tresoreriestände markant an. Dadurch ergibt sich eine Reduktion der Nettozinslast von 6,4 auf 5,5 Prozent.

Devisenbewirtschaftung, Derivative

Der Budgetbedarf an *Devisen* (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden keine Optionen eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2007 hat die Bundestresorerie 725 Millionen Euro und 457 Millionen US-Dollar für die Verwaltungseinheiten beschafft. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für Spezialgeschäfte aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren spezifischen Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese

Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Im Bereich der *Derivate* ist ein Rückgang der Nettozinszahlungen aus Zinssatzswaps im Vergleich zum Vorjahr von 158 Millionen auf 90 Millionen finanzwirksam zu verbuchen; die nominelle Nettopayerposition des Bundes nahm von 6,3 Milliarden Ende 2006 auf 5,5 Milliarden Ende 2007 ab. Im Jahr 2007 wurden keine neue Zinssatzswapverträge oder andere Derivate abgeschlossen. Um die gewünschte längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen, sind die Zinssatzswaps in früheren Jahren abgeschlossen worden. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der im Jahre 2007 erfolgte Anstieg der Kurzfrist-Zinsen, hat die variable Verzinsung zu Gunsten des Bundes erhöht. Der negative Barwert der offenen Positionen reduzierte sich von 288 Millionen per Ende 2006 auf 124 Millionen per Ende 2007.

134 Öffentlichkeitsarbeit

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

1000 CHF	Rechnung 2007
Total Kosten	69 202
Presse- und Informationsdienst	26 433
Direktinformation	35 999
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	6 770

Die sieben Departemente und die Bundeskanzlei sowie die aus methodischen Gründen separat erfassten Einheiten «Integrationsbüro EDA/EVD» und «Eidgenössische Alkoholverwaltung» wendeten im Jahr 2007 insgesamt 69 Millionen für Belange der Öffentlichkeitsarbeit auf. Diese Kosten entsprechen einem Anteil von 0,14 Prozent an den gesamten Aufwendungen des Bundes.

Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, wurden erstmals nach einem unter NRM neu konzipierten Verfahren erfasst. Darunter fallen u.a. Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, etc.) sowie erstmals für Kampagnen und Abstimmungsinformationen. Im Gegensatz zu der im Jahre 2004 letztmals durchgeführten Erhebung wurden neu auch die Informationsaktivitäten der Eidg. Alkoholverwaltung in die Erfassung einbezogen. Die vorliegenden Ergebnisse sind wegen der erstmals zur Anwendung gelangenden Erhebungsmethode sowie als Folge des Einbezugs weiterer Einheiten nicht direkt vergleichbar mit den Resultaten der Erhebungen in den Jahren 2001-2004.

Verwendungszweck

Von den *Gesamtkosten* entfielen 26 Millionen (38,2 %) auf den Bereich *Presse und Informationsdienst*, 36 Millionen (52,0 %) auf *Kosten für Direktinformationen* sowie 7 Millionen (9,8 %) auf (Präventions-) *Kampagnen und Abstimmungsinformationen*.

Kostenarten

Die gesamten Personalkosten für die 237 Vollzeitstellen betragen im Berichtsjahr 40 Millionen (57,8 %). Der hohe Anteil der Personalkosten zeigt das Bestreben der Departemente nach Eigenleistungen. 18 Millionen (45,8 %) der Personalkosten entfielen auf den Bereich Presse- und Informationsarbeit, 20 Millionen (50,1 %) auf die Direktinformation und rund 2 Millionen (4,1 %) auf Kampagnen und Abstimmungsinformation. Die Sachkosten beliefen sich auf 29 Millionen (42,2 % der Gesamtkosten). Davon entfallen 16 Millionen (54,6 %) auf Direktinformation, 8 Millionen (27,8 %) auf Presse- und Informationsarbeit sowie 5 Millionen (17,6 %) auf Kampagnen und Abstimmungsinformation.

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

1000 CHF	Total Rechnung 2007	Bundes- kanzlei	EDA	EDI	EJPD	VBS
Total	69 202	9 856	10 716	10 594	3 492	9 908
Presse- und Informationsdienst	26 433	5 342	2 445	3 131	1 858	4 016
Direktinformation	35 999	4 044	8 271	2 815	1 635	5 823
Kampagnen und Abstimmungs- informationen	6 770	470	–	4 647	–	69
Fortsetzung 1000 CHF		EFD	EVD	Integrations- büro	UVEK	EAV
Total		8 108	8 516	902	6 466	644
Presse- und Informationsdienst		2 381	3 510	210	3 402	139
Direktinformation		5 105	4 212	692	2 897	505
Kampagnen und Abstimmungsinformationen		622	794	–	167	–

Aktivitäten der Departemente

Innerhalb der *Bundeskanzlei*, welche Kosten im Betrage von 9,9 Millionen verzeichnete, fallen insbesondere die Entschädigungen für die Leistungen der Nachrichtenagenturen Schweizerische Depeschagentur (3,1 Mio.) sowie Associated Press (0,4 Mio.) ins Gewicht. Die Bundeskanzlei trägt auch die Kosten für Leistungen des Medienzentrums Bundeshaus, die Abstimmungserläuterungen sowie die Broschüre «Der Bund kurz erklärt».

Von den 10,7 Millionen Kosten für Öffentlichkeitsarbeit im *EDA* entfielen 9,2 Millionen (86 %) auf die *DEZA*. Drei Viertel davon beanspruchten Print-Publikationen und Beiträge an Kulturveranstaltungen in der Schweiz.

Innerhalb des *EDI*, welches total 10,6 Millionen für die Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet hat, nimmt das *BAG* eine besondere Stellung ein. Als eines von wenigen Bundesämtern realisiert das *BAG* nationale Präventions-Kampagnen in den Massenmedien – 2007 zu den Themen AIDS (rund 1,9 Mio.), Alkohol (rund 0,7 Mio.) und Transplantationsgesetz (rund 1,2 Mio.). Insgesamt betragen die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit des *BAG* 5,5 Millionen, davon rund 1 Million für Personalkosten.

Nachdem die Kommunikationskosten weiter gesenkt wurden, beliefen sie sich im *EJPD* in der abgelaufenen Berichtsperiode noch auf insgesamt 3,5 Millionen. Etwas über die Hälfte beanspruchte der Presse- und Informationsdienst; knapp 47 Prozent wurden für Direktinformationen aufgewendet.

Die gesamten Aufwendungen des *VBS* für Öffentlichkeitsarbeit betragen 2007 rund 9,9 Millionen. Davon entfielen rund 5,8 Millionen (58,8 %) auf Direktinformationen. Der Presse- und Informationsdienst beanspruchte 4 Millionen (40,5 %). Für die Kampagne «Fit für die Euro» wurden 69 000 Franken eingesetzt. Am meisten Ressourcen wurden durch die Verwaltungseinheit *Verteidigung* (VE 525) konsumiert (3,8 Mio. bzw. 38 %).

Die innerhalb des *EFD* ermittelten Kosten für Öffentlichkeitsarbeit beliefen sich 2007 auf 8,1 Millionen. Nach Tätigkeitsfeldern: Presse- und Informationsdienst 2,4 Millionen (29,4 %); Direktinformation 5,1 Millionen (63 %); Kampagnen und Abstimmungsinformation 0,6 Millionen (7,7 %). Beim *BIT* und der *EZV* entstanden in erheblichem Umfange Kosten aus direkten Kundenkontakten. Bei der Eidg. Münzstätte (*swissmint*) fielen vergleichsweise hohe Kosten für die Werbung zur Förderung des Verkaufs von Gedenkmünzen an. Diesen Kosten stehen Erlöse im Umfang von 6,3 Millionen gegenüber.

Das *EVD* wendete im Jahr 2007 insgesamt 8,5 Millionen für die Öffentlichkeitsarbeit auf. Davon entfallen 5,6 Millionen auf Personalkosten (65,8 %) und 2,9 Millionen auf Sachkosten (34,2 %). Von den gesamten Kosten beanspruchten der Presse- und Informationsdienst 3,5 Millionen (41,2 %), das Tätigkeitsfeld Direktinformation 4,2 Millionen (49,5 %) und die Kampagne «Chance Berufsbildung» des *BBT* 0,8 Millionen (9,3 %).

Das *UVEK* verzeichnet im Jahre 2007 Kosten für Öffentlichkeitsarbeit in der Höhe von rund 6,5 Millionen. Der grösste Teil der für die Berichtsperiode ermittelten Kosten fiel im Presse- und Informationsdienst an (3,4 Mio. bzw. 52,6 %), gefolgt von den Kosten für Direktinformationen (2,9 Mio. bzw. 44,8 %). Das *Programm EnergieSchweiz* zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbaren Energien im *BFE* verursachte Kosten von rund 0,3 Millionen.

Im Rahmen der Erfüllung seines Informationsauftrages fielen für das *Integrationsbüro EDA/EVD* im Jahr 2007 Kosten von insgesamt 0,9 Millionen an. Die Gesamtkosten verteilen sich zu 23,3 Prozent auf den Presse- und Informationsdienst und zu 76,7 Prozent auf die Direktinformation. Kampagnen oder Abstimmungsinformationen gab es 2007 keine.

Die *Eidgenössische Alkoholverwaltung* weist für 2007 Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit von 0,6 Millionen aus. Die Personalkosten beanspruchten über 0,5 Millionen (82,9 %) der gesamten Kosten. Gut 0,1 Millionen (21,6 %) sind dem Presse- und Informationsdienst zuzurechnen.

14 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Zusammenzug der Budgets der FLAG-Verwaltungseinheiten *

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu VA 2007 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	317	2 127	2 225	99	4,7
Funktionsertrag (Globalbudget)	243	2 066	2 147	81	3,9
Regalien und Konzessionen	32	24	29	5	20,8
Übriger Ertrag	42	36	49	13	35,5
Ordentlicher Aufwand	641	5 162	4 856	-306	-5,9
Funktionsaufwand (Globalbudget)	491	2 202	1 885	-317	-14,4
Transferaufwand	146	2 927	2 915	-12	-0,4
Übriger Aufwand	5	33	56	23	69,5
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	-	26	33	7	29,0
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	-	25	32	7	29,6
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	-	1	1	-	-
Ordentliche Investitionsausgaben	28	2 346	2 303	-43	-1,9
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	25	293	275	-18	-6,2
Investitionsbeiträge	3	2 053	2 027	-26	-1,3
Übrige Investitionen	-	-	1	1	-

* Kreditpositionen inkl. Leistungsverrechnung (im Jahr 2007)

Mit der Umstellung von neun Verwaltungseinheiten wurden ab 2007 23 Verwaltungseinheiten mit FLAG geführt. Eine annähernde Verdoppelung der Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten widerspiegelt sich im Vergleich der Staatsrechnungen 2006 und 2007. Gemessen am Eigenaufwand wurden 2007 rund 14 Prozent der Bundesverwaltung mit FLAG geführt (vgl. 2006: 6 %).

Der *Funktionsertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten fiel 2007 gegenüber dem Voranschlag um 81 Millionen höher aus. 19 Verwaltungseinheiten konnten ihren Funktionsertrag steigern. Einen wesentlichen Anteil an den Funktionsmehrerträgen haben die armasuisse Immobilien (+47 Mio.) aufgrund von Veräusserungen aus dem Dispositionsbestand sowie das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) (+27 Mio.) aufgrund der bundesinternen Nachfrage nach IKT-Leistungen.

83 Prozent des Funktionsertrages stammen aus der Leistungsverrechnung, zu einem grossen Teil für Leistungen der armasuisse Immobilien und der IKT-Leistungserbringer.

Der *übrige Ertrag* erhöht sich gegenüber dem Voranschlag um 13 Millionen. Einerseits fielen beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) mit dem Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) ab April 2007 die Erträge aus Radio- und Fernsehempfangsgebühren weg (-10 Mio.) und andererseits stieg bei der swissmint aufgrund der Erhöhung des Münzumsatzes der übrige Ertrag um 22 Millionen. Mit Rückstellungen in gleicher Höhe wird den Verpflichtungen des Bundes Rechnung getragen, die Münzen zum Nominalwert wieder zurückzunehmen.

Der *Funktionsaufwand* fällt gegenüber dem Voranschlag rund 14 Prozent (317 Mio.) tiefer aus. Zwölf FLAG-Verwaltungseinheiten weisen einen Minderaufwand aus, elf einen Mehraufwand. Substanziell hat sich der Funktionsaufwand bei der armasuisse Immobilien verändert, da Verteidigungsbauten nicht in die Eröffnungsbilanz aufgenommen wurden und somit keine Abschreibungen anfielen (-300 Mio.). Zudem weist das BIT aufgrund der Nachfrage nach IKT-Dienstleistungen durch die bundesinternen Leistungsbezüger einen Mehraufwand von 12 Millionen aus, dem aber auch ein entsprechender Ertrag gegenüber steht.

Der Funktionsaufwand setzt sich zusammen aus: Personalaufwand 651 Millionen (35 %), Sach- und Betriebsaufwand 924 Millionen (49 %) und Abschreibungen 310 Millionen (16 %). 60 Prozent davon sind finanzierungswirksam, 18 Prozent nicht finanzierungswirksam und 23 Prozent stammen aus Leistungsverrechnung (vgl. dazu die Struktur des Eigenaufwandes der Nicht-FLAG-Verwaltungseinheiten: Personalaufwand 39 %, Sach- und Betriebsaufwand 45 %, Rüstungsaufwand 12 %, Abschreibungen 4 %; finanzierungswirksam 74 %, nicht finanzierungswirksam 6 % und Leistungsverrechnung 20 %).

Der *Transferaufwand* der FLAG-Verwaltungseinheiten verringert sich um rund 12 Millionen. Im Wesentlichen lag beim BAKOM der Aufwand für das Gebührensplitting um rund 5 Millionen tiefer. Zudem weist das Bundesamt für Sport (BASPO) tiefere Wertberichtigungen bei Investitionsbeiträgen von rund 4 Millionen aus.

Der Zuwachs der *verwaltungseigenen Investitionseinnahmen (Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte)* um 7 Millionen ergibt sich aus zusätzlichen Liegenschaftsverkäufen bei der armasuisse Immobilien. Die *verwaltungseigenen Investitionsausgaben (Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte)* fallen rund 18 Millionen tiefer aus. Tiefere Ausgaben weist insbesondere die armasuisse Immobilien aufgrund verzögerter Projekte aus (-27 Mio.). Höhere haben dagegen das BIT infolge zusätzlicher IKT-Projekte (+12 Mio.) und die swissmint wegen der Nachfrage nach Umlaufmünzen (+6 Mio.).

Die *Investitionsbeiträge* fallen rund 26 Millionen tiefer aus als budgetiert. Im Wesentlichen handelt es sich um nicht realisierte Bauvolumen im Nationalstrassenbau.

FLAG-Verwaltungseinheiten haben die Möglichkeit (allgemeine oder zweckgebundene) Reserven zu bilden und diese später zur Finanzierung von Aktivitäten zu verwenden, die im Einklang mit den Zielsetzungen ihrer Leistungsaufträge stehen. Die Bildung bzw. Verwendung von Reserven FLAG erfolgt über den Bilanzfehlbetrag, vergleichbar einer Ergebnisverwendung in einem Unternehmen. Per saldo gab es Einlagen im Umfang von 35 Millionen.

Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

1000 CHF	Allgemeine Reserven FLAG			Zweckgebundene Reserven FLAG				
	Stand 01.01.2007	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.2007	Stand 01.01.2007	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.2007
Total	7 374	13 391	-85	20 680	14 696	31 204	-8 828	37 072
307 NB	-	-	-	-	409	300	-149	560
311 MeteoSchweiz	1 153	-	-	1 153	725	2 800	-1 400	2 125
414 METAS	1 272	-	-	1 272	239	343	-298	285
485 ISC-EJPD	-	500	-	500	-	1 085	-	1 085
504 BASPO	2 487	80	-33	2 535	324	-	-249	75
506 BABS	-	962	-	962	-	-	-	-
542 ar W+T	-	953	-	953	-	1 285	-	1 285
543 ar Immo	-	-	-	-	-	13 740	-	13 740
570 swisstopo	2 463	88	-53	2 498	6 101	1 882	-3 961	4 023
602 ZAS	-	-	-	-	3 660	650	-	4 310
603 Swissmint	-	-	-	-	-	40	-	40
609 BIT	-	10 000	-	10 000	-	6 090	-	6 090
710 Agroscope	-	-	-	-	898	1 251	-448	1 701
719 Gestüt	-	-	-	-	62	-	-38	24
740 SAS	-	357	-	357	-	85	-	85
785 ISCeco	-	-	-	-	-	549	-	549
808 BAKOM	-	-	-	-	2 108	1 102	-2 115	1 095
815 HSK	-	450	-	450	170	-	-170	-

Acht FLAG-Verwaltungseinheiten konnten 2007 aufgrund von Effizienzsteigerungen *allgemeine Reserven* im Umfang von 13,3 Millionen bilden. Insbesondere das BIT konnte durch die Anstellung von eigenem Personal an Stelle des Einsatzes von Externen sowie Einsparungen in der Wartung von Soft- und Hardware 10 Millionen allgemeine Reserven bilden (dies entspricht 3,3 % gemessen am finanzierungswirksamen Funktionsaufwand und den verwaltungseigenen Investitionsausgaben des BIT). Im Einklang mit dem Leistungsauftrag haben das Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) und das BASPO allgemeine Reserven zugunsten ihrer Mitarbeitenden aufgelöst. (vgl. Band 1, Entwurf zum Bundesbeschluss).

Zweckgebundene Reserven wurden von 17 FLAG-Verwaltungseinheiten gebildet und/oder aufgelöst. 13 FLAG-Verwaltungseinheiten konnten für verzögerte Projekte rund 29 Millionen den zweckgebundene Reserven zuweisen. Zur Fertigstellung von ursprünghchen Vorhaben haben acht Verwaltungseinheiten

zweckgebundene Reserven im Umfang von 7 Millionen aufgelöst. (vgl. Band 1, Entwurf zum Bundesbeschluss).

Die *Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge* sowie die *Vollzeitstellen (Full Time Equivalent FTE)* der FLAG-Verwaltungseinheiten erhöhen sich 2007 um 285 auf 638 Millionen, respektive um 1936 auf 4751 FTE. Der Anteil des Personals der FLAG-Verwaltungseinheiten am gesamten Personalbestand des Bundes (ohne Personal auf Sachkredit) stieg damit von rund 9 Prozent im Jahr 2006 auf rund 15 Prozent im Jahr 2007. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die Umstellung von neun Verwaltungseinheiten auf FLAG (+272 Mio. bzw. +1895 FTE) und auf das BASPO (+6 Mio. bzw. +33 FTE) zurückzuführen (starke Nutzung des Aus- und Weiterbildungsangebots, erweiterte Dienstleistungen des Olympic Medical Centers, Euro 08).

Der Personalbestand hat seit 2000 von 2177 auf 4750 Vollzeitstellen zugenommen. Im Jahr 2000 wurden zehn Verwaltungs-

einheiten mit FLAG geführt. Seither haben 13 weitere Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung ihre Führung auf FLAG umgestellt, Teilbereiche wurden in FLAG-Verwaltungseinheiten integriert (z.B. Landesgeologie in swisstopo), einige FLAG-Verwaltungseinheiten erhielten zusätzliche Aufgaben zugewiesen bzw. hatten ein starkes Volumenwachstum zu bewältigen (z.B. Zentrale Ausgleichsstelle durch die Verwaltung zusätzlicher AHV- und IV-Renten sowie zusätzlicher Koordinationsaufgaben durch die Bilateralen I; Bundesamt für Strassen

durch zusätzliche Aufgaben durch die NFA). Namentlich die IKT-Leistungserbringer haben zudem den Einsatz von Externen teilweise durch die kostengünstigere Anstellung von eigenem Personal ersetzt. Aufgrund der Verschiebungen von NICHT-FLAG zu FLAG verlagern sich die entsprechenden FTE und Personalaufwände aus den Personal- und Sachkrediten zu den FLAG-Verwaltungseinheiten (vgl. Band 3, Ziffer 2/FoI, Tabelle Personalaufwand und -bestand).

15 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		Differenz
Mio. CHF				
Finanzierungsergebnis	-2 157	Jahresergebnis	4 340	6 496
Ordentliches Finanzierungsergebnis	4 127	Ordentliches Ergebnis	3 711	-416
Ordentliche Einnahmen	58 092	Ordentlicher Ertrag	58 000	-92
Fiskaleinnahmen	53 336	Fiskalertrag	51 836	-1 500
Regalien und Konzessionen	1 345	Regalien und Konzessionen	1 331	-14
Finanzeinnahmen	1 280	Finanzertrag	2 969	1 689
Übrige laufende Einnahmen	1 766	Übriger Ertrag	1 844	78
Investitionseinnahmen	365			-365
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	21	21
Ordentliche Ausgaben	53 965	Ordentlicher Aufwand	54 289	324
Eigenausgaben	8 471	Eigenaufwand	9 573	1 103
Personalausgaben	4 462	Personalaufwand	4 492	30
Sach- und Betriebsausgaben	2 841	Sach- und Betriebsaufwand	3 238	397
Rüstungsausgaben	1 168	Rüstungsaufwand	1 168	-
		Abschreibungen auf	675	675
		Verwaltungsvermögen		
Laufende Transferausgaben	35 228	Transferaufwand	40 604	5 376
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 624	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 624	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	969	Entschädigungen an Gemeinwesen	955	-14
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	Beiträge an eigene Institutionen	2 527	-
Beiträge an Dritte	9 697	Beiträge an Dritte	9 744	47
Beiträge an Sozialversicherungen	13 411	Beiträge an Sozialversicherungen	13 417	6
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 966	4 966
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	372
Finanzausgaben	4 003	Finanzaufwand	4 013	11
Zinsausgaben	3 849	Zinsaufwand	3 635	-214
Übrige Finanzausgaben	153	Übriger Finanzaufwand	378	225
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	98	98
Investitionsausgaben	6 264			-6 264
Sachanlagen und Vorräte	874			-874
Immaterielle Anlagen	13			-13
Darlehen	376			-376
Beteiligungen	35			-35
Investitionsbeiträge	4 966			-4 966
Ausserordentliche Einnahmen	754	Ausserordentlicher Ertrag	630	-125
Ausserordentliche Ausgaben	7 038	Ausserordentlicher Aufwand	-	-7 038

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen und Wertberichtigungen auf den Investitionen. Die Abschreibungen werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear auf die entsprechenden Perioden verteilt. Mit den Wertberichtigungen wird den in der Berichtsperiode eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen sowie Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der betreffenden Buchwerte. Im Weiteren sind auch die Rückstellungen zu nennen. Diese werden gebildet für bereits eingetretene Ereignisse, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu künftigen Ausgaben führen.

Im Bereich der ordentlichen Transaktionen beträgt die Differenz zwischen den Ergebnissen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung insgesamt 416 Millionen. Diese verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (-92 Mio.)

Der Abgrenzungssaldo von -92 Millionen wird zur Hauptsache von zwei Positionen beeinflusst. Zum einen wurde bei der Verrechnungssteuer die Rückstellung für künftig zu erwartende Rückerstattungen um 1,5 Milliarden auf neu total 9,1 Milliarden erhöht. Die Bemessung der Höhe der Rückstellung erfolgt aufgrund von Erfahrungswerten auf der Zahlenbasis der letzten drei Jahre. Die zweite massgebliche Abweichung gegenüber der Finanzierungsrechnung resultiert aus dem *Finanzertrag* mit einem Buchgewinn von 1,7 Milliarden, wo einer Zunahme der Equitywerte auf den namhaften Beteiligungen um 1,9 Milliarden sowie Bewertungskorrekturen aus Zinssatzswap-Positionen im Betrag von 305 Millionen eine Abgrenzung auf dem Beteiligungsertrag von -508 Millionen gegenüber steht. Weitere ertragseitige Abgrenzungen betreffen die Einnahmen aus der Veräusserung von Investitionsgütern im Betrag von 365 Millionen, welche nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten Ertrag darstellen und in der Position «übriger Ertrag» enthalten sind. Die Differenz beim «übrigen Ertrag» von 78 Millionen besteht insbesondere aus dem erwähnten Gewinn aus Verkauf von Anlagegütern des Verwaltungsvermögens (Liegenschaften und Grundstücke) im Betrag von 58 Millionen sowie aus Aktivierungen von Eigen-

leistungen und Abgrenzungen zur periodengerechten Erfassung diverser Erträge.

Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten Entnahmen im Totalbetrag von 21 Millionen. Es handelt sich dabei um die Lenkungsabgabe VOC/HEL (16 Mio.) wo die Rückverteilungen das zweite Jahr in Folge die Einnahmen übertrafen und um den Fonds zur Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter (5 Mio.).

Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (+324 Mio.)

Beim *Personalaufwand* beträgt der Mehraufwand gegenüber den in der Finanzierungsrechnung ausgewiesenen Ausgaben rund 30 Millionen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Bildung von Rückstellungen für voraussichtliche Nachzahlungen von Arbeitgeberleistungen an die Pensionskasse (40 Mio.) sowie für Ferien- und Überzeitguthaben (12 Mio.). Andererseits erfolgte eine Teilauflösung der in der Eröffnungsbilanz 2007 gebildeten Rückstellung für den Sozialplan im Zusammenhang mit den Restrukturierungskosten aus dem Umbau der Armee (-20 Mio.). Die Abgrenzungen in der Kontengruppe *Sach- und Betriebsaufwand* von 397 Millionen resultieren grösstenteils aus nicht finanzierungswirksamen Material- und Warenbezügen ab Lager sowie aus Abschreibungen von nicht aktivierbaren Unterhaltsarbeiten an Liegenschaften. Die *Abschreibungen* auf dem Verwaltungsvermögen erfolgen linear über die Nutzungsdauer der Güter und betragen 675 Millionen. Der Abschreibungsbeitrag setzt sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf Liegenschaften (553 Mio.), Mobilien (63 Mio.), Informatik (54 Mio.) und immateriellen Gütern (5 Mio.).

Beim *Transferaufwand* sind die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung bei den Kontogruppen Entschädigungen an Gemeinwesen (-14 Mio.), bei den Beiträgen an Dritte (47 Mio.) und bei den Beiträgen an Sozialversicherungen (6 Mio.) mit den vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen für den periodengerechten Ausweis der Verpflichtungen zu erklären. Die *Investitionsbeiträge* werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Summe dieser nicht finanzierungswirksamen Wertberichtigungen beträgt im Berichtsjahr 4966 Millionen. Neue Darlehen und Beteiligungen werden über die Investitionsrechnung abgewickelt und Ende Jahr gemäss den vorgegebenen Bewertungsregeln wertberichtigt. Im Jahr 2007 betragen die *Wertberichtigungen* insgesamt 372 Millionen. Davon entfallen auf Darlehen 351 Millionen (SBB und übrige KTU 296 Mio., Investitionskredite an die Landwirtschaft 59 Mio. sowie eine Nettoauflösung von Wertberichtigungen bei diversen Darlehen von insgesamt -4 Millionen. Die restlichen Wertberichtigungen betreffen verschiedene Beteiligungen (21 Mio.).

Im *Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu Finanzierungsrechnung per Saldo 11 Millionen. Die Abgrenzungen zum periodengerechten Ausweis des Aufwandes betragen beim *Zinsaufwand* für Anleihen -214 Millionen und beim übrigen Finanzaufwand insgesamt 225 Millionen (diverser Kapitalbeschaffungsaufwand

54 Mio., Disagio auf Finanzinstrumenten 24 Mio., Zinssatzwaps 148 Mio., vgl. Band I Ziffer 252/18).

Die Einlagen in die zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital betragen im Berichtsjahr total 98 Millionen. Bei der Spielbankenabgabe zu Gunsten der AHV fielen die Einnahmen mit 449 Millionen höher aus als budgetiert. Da der Bund die Spielbankenabgabe jeweils mit zwei Jahren Verzögerung an die AHV überweist, handelt es sich bei der diesjährigen Auszahlung von 357 Millionen um die Einnahmen aus dem Jahr 2005. Der sich daraus ergebende Einnahmenüberschuss von 92 Millionen wird über die Erfolgsrechnung in den Fonds eingelegt. Die übrigen Einlagen betreffen den Altlastenfonds (5 Mio.) sowie den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.):

Ausserordentliche Ausgaben / ausserordentlicher Aufwand

Im Jahr 2007 erfolgten durch den Bund weitere Verkäufe von Aktien der Swisscom AG. Aus dem in der Finanzierungsrechnung ausgewiesenen Verkaufserlös von 754 Millionen resultiert nach Abzug des entsprechenden Buchwertes (Equitywert) in der Erfolgsrechnung ein Buchgewinn von 630 Millionen. Die Überweisung des Erlöses aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes an den AHV-Fonds im Betrag von 7038 Millionen wird in der Erfolgsrechnung durch die Auflösung der seinerzeit für diesen Zweck gebildeten Rückstellung neutralisiert.

16 Entlastungsprogramme 2003 und 2004: Stand der Umsetzung

Das von den eidgenössischen Räten in der Wintersession 2003 verabschiedete Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) hat seine volle Entlastungswirkung von rund 3 Milliarden bereits im Jahr 2006 erreicht. Obwohl der gesetzliche Sparauftrag gemäss Artikel 4a Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 4.10.1974 über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts (SR 611.010) mit dem Jahr 2006 beendet war, sind die meisten Kürzungen nicht wieder rückgängig gemacht worden. Das EP 03 wirkt sich somit auch auf die Staatsrechnung 2007 aus.

Das Entlastungsprogramm 2004 (EP 04) hat das Parlament in der Sommersession 2005 beschlossen. Es entfaltet sein volles Entlastungsvolumen von rund 2 Milliarden erst 2008. Bereits 2007 waren jedoch ausgabenseitige Entlastungen von rund 1,7 Milliarden zu verzeichnen.

Die Umsetzung des EP 04 wird wie folgt überwacht: Im Rahmen der Budgetierung werden zunächst die Ausgabenplafonds der Departemente im Umfang der beschlossenen gezielten Entlastungsmassnahmen gekürzt. Dies garantiert, dass das mit dem EP 04 anvisierte Sparvolumen in den einzelnen Departementen eingehalten wird. Gestützt auf die Budgeteingaben wird geprüft, ob die einzelnen Massnahmen effektiv umgesetzt worden sind.

Bisher wurde nur in Zusammenhang mit den *Unwettern 2005* vom Sparauftrag des EP 04 abgewichen: So wurden mit dem Nachtrag I/2006 sowie durch Aufstockungen im Voranschlag 2007 bei den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen zusätzliche Mittel bewilligt. Damit wurde der Sparauftrag an die Landwirtschaft um 95 (2006) respektive 60 Millionen (2007) teilweise verletzt. Die Aufstockungen wurden im Bundesamt für Landwirtschaft hälftig kompensiert.

Verwaltungsreform 2005/2007

Die eidgenössischen Räte haben im Rahmen des EP 04 auch eine Sparvorgabe an die Verwaltungsreform 2005/2007 (REF 05/07) von 30 Millionen (40 Mio. ab 2008) beschlossen. Aufgrund des Projektstandes war es nicht möglich, die Einsparungen im Rahmen spezifischer Projekte umzusetzen. Sie erfolgten deshalb im Rahmen der vom Bundesrat beschlossenen Kürzungen von 300 Millionen gegenüber dem Finanzplan 2007, wie in der Botschaft zum Voranschlag 2007 (Band 3, Ziffer 16, Seite 32) bereits dargelegt worden ist. Diese Kürzungen wurden zu einem nicht unwesentlichen Teil beim Sachaufwand umgesetzt, welcher 2007 nominal praktisch stabilisiert werden konnte. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass im Eigenbereich der Verwaltung die geforderten Einsparungen von 30 Millionen erbracht worden sind.

Ab 2008 kann die Hälfte der Sparvorgabe mit Massnahmen der REF 05/07 erbracht werden; der Rest wird – wie im Vorjahr – über eine allgemeine Sparvorgabe erbracht. Detaillierte Angaben zur Sparvorgabe finden sich in der Botschaft zum Voranschlag 2008 (Band 3, Ziffer 17, Seite 38ff.). Die volle Wirkung erzielt die REF 05/07 ab 2009.

Drei Querschnittsprojekte (QSP) haben quantifizierbare finanzielle Konsequenzen und tragen damit zur Erreichung des Sparauftrages bei:

QSP 2 «HR I»; Einsparungen: 2008: 10,0 Mio. / 2009: 19,6 Mio. / 2010: 19,7 Mio.

Dieses Querschnittsprojekt sieht eine Senkung des Personalquotienten auf neu 1,1 vor (Anteil der Personalfachleute an der Gesamtzahl der Mitarbeitenden).

QSP 5: «Beschaffungen»; Einsparungen: 2008: 10,0 Mio. / 2009: 20,0 Mio. / 2010: 20,0 Mio.

Dieses Querschnittsprojekt sieht Effizienz- und Bündelungsgewinne durch eine Zentralisierung der Beschaffungen beim Bundesamt für Bauten und Logistik und der armasuisse vor.

QSP 9: «Ausserparlamentarische Kommissionen»; Einsparungen: 2008: 0,4 Mio. / 2009: 0,4 Mio. / 2010: 0,4 Mio.

Mit diesem Querschnittsprojekt wurden verschiedene ausserparlamentarische Kommissionen aufgehoben.

Insgesamt werden durch diese Massnahmen 2008 rund 20 und in den Folgejahren rund 40 Millionen nachhaltig eingespart. Verschiedene andere Querschnittsprojekte führen zudem indirekt zu Einsparungen: So hilft das QSP 1 «Führung» durch bessere Führungsunterstützungsstrukturen die Handlungsspielräume bei der Bewältigung der Aufgaben zu erhöhen, wodurch auf zusätzliches Personal verzichtet werden kann. Ferner sind die Ein-

sparungen aus der Zusammenlegung der Bibliotheken (QSP 8) heute aufgrund der noch laufenden Arbeiten nicht quantifizierbar. Gleiches gilt für die Querschnittsprojekte, die eine Vereinfachung des Bundesrechts zum Ziel haben bzw. Doppelspurigkeiten in den Verwaltungen beseitigen sollen.

17 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu VA 2007	
			absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 397	2 387	-10	-0,4
Unterbringung	1 634	1 635	1	0,1
armasuisse Immobilien	1 329	1 329	-	-
Bundesamt für Bauten und Logistik BBL	305	306	1	0,4
Informatik	421	454	33	7,8
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT	296	330	33	11,2
Übrige IKT-Leistungserbringer	125	124	-	-0,2
Gebäudebetrieb und Instandsetzung Liegenschaften	212	202	-11	-5,1
Übrige verrechnete Leistungen	130	96	-33	-25,7
Dienstleistungen	65	42	-23	-34,7
Verkäufe	65	54	-11	-16,7

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das NRM die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Art. 41 FHV sind die verrechenbaren Leistungen definiert und in den zentralen Leistungskatalog aufgenommen worden. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- **Wesentlichkeit der Leistungen:** Das Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer übersteigt 100 000 Franken.
- **Beeinflussbarkeit:** Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu beeinflussen.
- **Kommerzieller Charakter der Leistung:** Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Im Voranschlag 2007 war die Leistungsverrechnung erstmals Gegenstand der Budgetierung. Gestützt auf die abgeschlossenen Vereinbarungen erfolgte die Verrechnung grundsätzlich gemäss

der tatsächlich beanspruchten Leistungen (Ist-Mengen). Infolge technischer Schwierigkeiten mit dem Verrechnungssystem wurde Mitte 2007 im Rahmen einer vereinfachten Lösung verschiedenen Leistungserbringern zugestanden, die Verrechnung nach Plan (Soll-Mengen) zu vollziehen.

Das Verrechnungsvolumen beträgt für 2007 knapp 2,4 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,8 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Weitere rund 100 Millionen werden für Dienstleistungen und Güter verrechnet.

Insgesamt wurden 10 Millionen weniger in Rechnung gestellt als budgetiert. Im Wesentlichen resultierten beim Gebäudebetrieb und in der Gruppe der übrigen Leistungen Minderbezüge von 44 Millionen, während in der Informatik Mehrleistungen von 33 Millionen erbracht worden sind. Bei den zusätzlichen Leistungen des BIT handelt es sich um Projekte und Dienstleistungen, welche in der Planungsphase der Leistungsverrechnung bei den Departementen EFD, EDI und UVEK noch nicht bekannt waren. Bei der Unterbringung ist die Abweichung zum Voranschlag minim, da die armasuisse Immobilien die Planwerte fakturierte. Ausserdem weicht das BBL mit der effektiven Verrechnung auf Basis der Mietverträge nur ganz leicht vom Budget ab.

Die Abstimmung in der Leistungsverrechnung zwischen Gesamtertrag und -aufwand ergab unter Berücksichtigung des erstmaligen Verrechnungsprozesses ein gutes Ergebnis. In der Erfolgsrechnung der Verwaltungseinheit besteht lediglich eine Konsolidierungsdifferenz von 0,2 Millionen. Diese fließt jedoch nicht in das Ergebnis der Erfolgsrechnung auf Stufe Bund.

Der erstmalige Einbezug der Leistungsverrechnung in der Budgetierung wie auch im Haushaltvollzug zeigte unterschiedliche Erfahrungen. Als positiv hervorzuheben ist die Förderung des gegenseitigen Austausches zwischen Leistungserbringer und -bezüger im Sinne von mehr Transparenz über die innerhalb der Bundesverwaltung bezogenen Leistungen und damit verbun-

den eine Steigerung des Kostenbewusstseins. Negativ aufgefallen sind der hohe Initialaufwand für die Einführung, technische Probleme sowie die noch nicht konsequente Einhaltung der definierten Prozessabläufe.

Aufgrund der noch vielfältigen operativen Schwierigkeiten kommt der Steuerungswirkung noch zu wenig Bedeutung zu. Die EFV hat aus den Erfahrungen die Optimierung der Leistungsverrechnung eingeleitet, um mit geordneten Prozessen und einer gut funktionierenden technischen Unterstützung den Aufwand im 2008 zu reduzieren. Somit kann der fachlichen Weiterentwicklung wieder mehr Raum gegeben werden.

Statistik

Seite

A	Übersicht	45
A01	Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	45
A02	Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	46
A03	Vorgaben der Schuldenbremse	47
B	Finanzierungsrechnung	48
B1	Einnahmen nach Kontengruppen	
B11	Einnahmen nach Kontengruppen	48
B12	Entwicklung der Einnahmen	49
B13	Struktur der Einnahmen	50
B2	Ausgaben nach Kontengruppen	
B21	Ausgaben nach Kontengruppen	51
B22	Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	53
B23	Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	54
B3	Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31	Ausgaben nach Aufgabengebieten	55
B32	Entwicklung der Aufgabengebiete	57
B33	Struktur der Aufgabengebiete	59
B34	Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2007/2006	61
B4	Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41	Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	63
B42	Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	64
B43	Spezialfinanzierung Strassenverkehr	65
C	Erfolgsrechnung	67
C01	Ertrag nach Kontengruppen	67
C02	Aufwand nach Kontengruppen	68
C03	Entwicklung von Ertrag und Aufwand	70
C04	Struktur von Ertrag und Aufwand	71
C05	Ertrag und Aufwand nach Departement 2007/2006	72
D	Bilanz	74
D01	Bilanz im Detail	74
D02	Darlehen nach Verwaltungseinheiten	76
D03	Namhafte Beteiligungen	78
D04	Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	79
D05	Kurz- und langfristige Schulden	82

E	Bundestresorerie	83
E01	Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	83
E02	Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	84
E03	Offenlegung der ausstehenden Anleihen	85
E04	Nettozinslast	86
E05	Derivative Finanzinstrumente	86
F	Personal	87
F01	Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	87
F02	Personalaufwand im Detail	88
F03	Höchstbezüge 2007 nach Lohnklassen	89

A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentliche Ertrag	Ordentliche Aufwand	Fehlbetrag
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208
2004	-1 657	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917
1997	-5 270	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492

A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)**Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse**

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung				
		Ausserordentliche Einnahmen	12 345	Ausserordentliche Ausgaben	8 158
2007	Swisscom Aktienverkauf	754		Überweisung Golderlös an AHV	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203		–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350		–	–
	Golderlös	7 038			
2004	–	–		Deckungskapitalien BVBD Post	204
				Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
				Deckungskapitalien skyguide	20
				Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–		–	–

Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse*

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung				
		Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703		Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203		Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582		–	–
1999	–	–		Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940		Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–		–	–
1996	–	–		Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

* Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
1 Gesamteinnahmen	47 161	48 629	59 670	58 115	56 011	58 846	732	1,3
2 Ausserordentliche Einnahmen	–	–	8 388	3 203	–	754		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	47 161	48 629	51 282	54 911	56 011	58 092	3 181	5,8
4 Konjunkturfaktor	1,018	1,009	0,998	0,986	0,991	0,974	-0,012	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	48 010	49 066	51 179	54 143	55 507	56 582		
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-849	-438	103	769	504	1 510	742	
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	1 121	–	–	–	7 038		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	1 952	3 000	2 000	1 000	–	–	-1 000	
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG)	–	–	–	–	–	–	–	
10 Höchstzulässige Ausgaben [10=5+7+8-9]	49 962	53 187	53 179	55 143	55 507	63 619	8 477	15,4
11 Gesamtausgaben gemäss R / VA	49 962	51 405	51 403	52 377	55 107	61 003	8 626	16,5
12 Differenz (Art. 16 FHG) [12=10-11]	–	1 782	1 776	2 766	400	2 616		

Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
13 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	–	–	1 782	3 558	–	-3 558	
14 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG) [=9]	–	–	–	–	–	–	
15 Differenz (Art. 16 FHG) [=12]	–	1 782	1 776	2 766	2 616		
16 Zwischentotal [16=13-14+15]	–	1 782	3 558	6 324	2 616	-3 707	-58,6
17 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 Ziff. 1 Abs. 3 FHG)				-6 324			
18 Stand Ausgleichskonto per 31.12. [18=16+17]	–	1 782	3 558	–	2 616	2 616	–

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	47 161	48 629	51 282	54 911	56 011	58 092	3 181	5,8
Fiskaleinnahmen	43 374	44 860	47 520	50 873	51 556	53 336	2 463	4,8
Direkte Bundessteuer	12 400	11 822	12 213	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1
Verrechnungssteuer	1 641	2 628	4 000	3 947	3 017	4 230	283	7,2
Stempelabgaben	2 624	2 755	2 703	2 889	3 200	2 990	100	3,5
Mehrwertsteuer	17 156	17 666	18 119	19 018	19 650	19 684	666	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	6 741	7 074	7 132	7 259	7 112	7 380	121	1,7
Mineralölsteuer	4 880	4 929	4 979	4 994	5 005	5 086	92	1,8
Tabaksteuer	1 756	2 040	2 051	2 161	2 005	2 186	26	1,2
Biersteuer	105	105	102	104	102	107	3	3,3
Verkehrsabgaben	1 398	1 411	1 848	1 938	1 828	2 016	78	4,0
Automobilsteuer	306	312	310	320	325	358	38	12,0
Nationalstrassenabgabe	298	300	306	313	303	322	9	2,9
Schwerverkehrsabgabe	701	694	1 231	1 306	1 200	1 336	31	2,3
Kombinierter Verkehr	93	106	1	–	–	–	–	–
Zölle	1 047	1 054	974	1 027	980	1 040	13	1,3
Spielbankenabgabe	189	291	357	406	421	449	42	10,4
Lenkungsabgaben	132	156	170	148	166	156	7	4,8
Lenkungsabgabe VOC	104	124	143	127	140	127	–	–
Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	–	1	1	–	–	–	-49,8
Altlastenabgabe	27	32	26	21	26	28	8	35,8
Übrige Fiskaleinnahmen	46	4	4	9	1	3	-6	-66,3
Regalien und Konzessionen	1 053	1 237	1 307	1 265	1 258	1 345	80	6,3
Anteil Reingewinn	169	223	223	221	223	223	2	0,9
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	833	933	967	833	833	833	–	–
Konzessionsabgaben	25	22	28	32	2	6	-25	-79,8
Einnahmen aus	21	53	82	158	155	193	36	22,8
Kontingentsversteigerungen								
Übrige Regalien und Konzessionen	5	6	7	22	44	89	67	308,8
Finanzeinnahmen	838	839	911	1 089	1 266	1 280	191	17,6
Zinseinnahmen	329	292	335	478	678	664	186	38,9
Finanzanlagen	112	76	119	222	198	329	107	48,1
Darlehen	200	201	200	88	227	146	58	66,5
Vorschuss FEG	–	–	–	147	249	181	34	22,9
Übrige Zinseinnahmen	18	14	16	21	4	9	-12	-59,0
Beteiligungseinnahmen	508	547	576	611	578	509	-102	-16,7
Übrige Finanzeinnahmen	1	–	–	–	10	107	107	n.a.
Übrige laufende Einnahmen	1 151	1 269	1 224	1 390	1 714	1 766	376	27,1
Entgelte	1 086	1 205	1 162	1 323	1 178	1 391	68	5,1
Wehrpflichtersatzabgabe	192	214	129	142	102	138	-4	-2,6
Gebühren für Amtshandlungen	254	266	263	280	280	293	14	5,0
Verkäufe	112	118	159	173	183	201	28	16,1
Rückerstattungen	173	238	191	256	86	113	-143	-55,8
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	36	59	121	85	236,7
Übrige Entgelte	355	368	421	437	469	524	87	20,0
Verschiedene Einnahmen	65	64	62	67	536	375	309	463,7
Einnahmen aus Liegenschaften	55	53	50	53	498	320	267	504,3
Übrige	10	12	12	14	39	56	42	307,2
Investitionseinnahmen	745	423	320	295	218	365	70	23,7
Abgang und Veräusserung von Sachanlagen	29	60	40	48	31	74	26	54,0
Rückzahlung von Darlehen	715	362	279	246	187	289	43	17,6
Übrige Investitionseinnahmen	–	1	–	1	–	1	1	113,0

B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Ordentliche Einnahmen			2,7	3,7	2,3	5,3
Fiskaleinnahmen			2,4	5,0	2,7	5,3
Direkte Bundessteuer			4,7	6,3	4,2	5,5
Verrechnungssteuer			-16,0	-5,1	-0,3	26,7
Stempelabgaben			-3,1	16,4	-4,3	3,3
Mehrwertsteuer			5,6	4,9	3,3	3,5
Übrige Verbrauchssteuern			7,6	3,9	0,4	2,3
Mineralölsteuer			7,5	3,1	0,2	1,0
Tabaksteuer			8,1	6,4	0,8	5,6
Biersteuer			8,8	1,1	0,2	0,4
Verkehrsabgaben			6,7	15,7	15,6	9,6
Automobilsteuer			-	-	-0,8	4,0
Nationalstrassenabgabe			6,7	2,6	1,2	1,9
Schwerverkehrsabgabe			6,8	0,3	40,2	17,5
Kombinierter Verkehr			-	-	-	-100,0
Zölle			-0,5	-3,3	-	-0,2
Spielbankenabgabe			-14,5	-12,3	300,1	24,1
Lenkungsabgaben			-	-	738,6	4,2
Lenkungsabgabe VOC			-	-	-	5,0
Heizöl, Benzin und Dieselöl			-	-	39,0	41,8
Altlastenabgabe			-	-	-	1,1
CO2-Abgabe			-	-	-	-
Übrige Fiskaleinnahmen			-5,5	-16,6	-29,1	-48,8
Regalien und Konzessionen			-0,6	11,9	12,0	6,3
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung			-5,1	-0,8	3,2	7,1
Gewinnablieferung SNB			-	25,7	13,6	-
Konzessionsabgaben			-	-	-	-28,6
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen			-	-	-	75,0
Übrige Regalien und Konzessionen			-26,5	-27,4	-28,6	103,0
Finanzeinnahmen			23,8	-8,6	-8,9	11,2
Zinseinnahmen			18,1	-17,1	-16,6	19,2
Finanzanlagen			17,0	-8,9	-28,6	30,9
Darlehen			19,6	-26,5	-2,7	-7,6
Vorschuss FEG			-	-	-	-
Übrige Zinseinnahmen			12,2	-14,1	-10,4	-16,2
Beteiligungseinnahmen			366,0	15,3	-1,2	0,1
Übrige Finanzeinnahmen			-	-	-22,4	230,1
Übrige laufende Einnahmen			-5,5	-16,9	-0,4	11,3
Entgelte			4,8	-1,7	-0,5	6,4
Wehrpflichtersatzabgabe			2,8	-1,2	3,3	-7,9
Gebühren für Amtshandlungen			2,0	5,8	-1,9	3,6
Verkäufe			0,3	-6,6	8,7	15,8
Rückerstattungen			4,2	-0,6	-8,1	-10,0
EU Zinsbesteuerung			-	-	-	-
Übrige Entgelte			9,2	-5,9	0,8	10,2
Verschiedene Einnahmen			-11,8	-53,6	2,9	54,9
Einnahmen aus Liegenschaften			4,9	2,3	2,8	55,4
Übrige			-12,2	-70,5	3,2	52,2
Investitionseinnahmen			61,1	16,3	-5,9	-16,3
Abgang und Veräusserung von Sachanlagen			33,0	4,7	-14,6	26,1
Rückzahlung von Darlehen			66,2	17,2	-5,5	-20,2
Übrige Investitionseinnahmen			-2,2	8,9	-9,6	26,7

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Ordentliche Einnahmen		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen		87,6	86,8	89,1	90,4	92,3
Direkte Bundessteuer		20,5	23,7	23,5	24,0	25,2
Verrechnungssteuer		12,3	8,1	7,7	5,8	7,0
Stempelabgaben		6,1	5,6	6,4	6,7	5,3
Mehrwertsteuer		30,0	29,0	32,0	34,8	35,0
Übrige Verbrauchssteuern		12,6	14,7	14,8	13,8	13,5
Mineralölsteuer		9,5	11,2	10,9	10,1	9,4
Tabaksteuer		3,0	3,3	3,6	3,5	4,0
Biersteuer		0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Verkehrsabgaben		1,0	1,0	1,6	2,7	3,4
Automobilsteuer		–	–	0,5	0,7	0,6
Nationalstrassenabgabe		0,6	0,6	0,7	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe		0,4	0,4	0,4	1,3	2,1
Kombinierter Verkehr		–	–	–	0,1	–
Zölle		3,7	3,4	2,4	2,1	1,9
Spielbankenabgabe		–	–	–	0,2	0,7
Lenkungsabgaben		–	–	–	0,2	0,3
Lenkungsabgabe VOC		–	–	–	0,2	0,2
Heizöl, Benzin und Dieselöl		–	–	–	–	–
Altlastenabgabe		–	–	–	–	0,1
Übrige Fiskaleinnahmen		1,4	1,2	0,7	0,1	–
Regalien und Konzessionen		0,9	1,0	1,3	1,7	2,4
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung		0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB		–	0,4	0,8	1,2	1,7
Konzessionsabgaben		–	–	–	–	–
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen		–	–	–	–	0,2
Übrige Regalien und Konzessionen		0,4	0,2	0,1	–	0,1
Finanzeinnahmen		2,3	3,7	3,3	2,3	1,9
Zinseinnahmen		2,1	3,3	2,5	1,2	0,8
Finanzanlagen		1,0	1,4	1,2	0,5	0,4
Darlehen		1,0	1,8	1,2	0,6	0,3
Vorschuss FEG		–	–	–	–	0,2
Übrige Zinseinnahmen		0,1	0,1	0,1	–	–
Kursgewinne		–	–	–	–	–
Beteiligungseinnahmen		0,2	0,3	0,7	1,1	1,1
Übrige Finanzeinnahmen		–	–	–	–	–
Übrige laufende Einnahmen		8,8	7,9	3,2	2,3	2,7
Entgelte		2,9	3,2	2,4	2,1	2,4
Wehrpflichtersatzabgabe		0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Gebühren für Amtshandlungen		0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
Verkäufe		0,3	0,3	0,2	0,2	0,3
Rückerstattungen		0,6	0,7	0,7	0,4	0,4
EU Zinsbesteuerung		–	–	–	–	0,1
Übrige Entgelte		0,9	1,1	0,6	0,6	0,8
Verschiedene Einnahmen		6,0	4,7	0,8	0,1	0,3
Einnahmen aus Liegenschaften		0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Übrige		5,9	4,5	0,6	–	–
Investitionseinnahmen		0,3	0,7	3,1	3,4	0,7
Abgang und Veräusserung von Sachanlagen		0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen		0,2	0,5	2,9	3,2	0,6
Übrige Investitionseinnahmen		–	–	–	–	–

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	49 962	50 285	51 403	52 377	55 107	53 965	1 588	3,0
Eigenausgaben	8 583	8 478	8 282	8 187	8 848	8 471	284	3,5
Personalausgaben	4 469	4 469	4 375	4 325	4 539	4 462	137	3,2
Personalbezüge	3 634	3 680	3 657	3 629	3 754	3 667	37	1,0
Arbeitgeberbeiträge	543	550	497	492	556	590	97	19,8
Arbeitgeberleistungen	228	177	163	160	154	150	-10	-6,0
Übrige Personalausgaben	64	61	59	44	74	55	11	25,6
Sach- und Betriebsausgaben	2 868	2 664	2 638	2 683	3 125	2 841	157	5,9
Material- und Warenausgaben	12	15	10	11	35	46	34	300,8
Betriebsausgaben	2 856	2 649	2 628	2 672	3 091	2 795	123	4,6
Liegenschaften	453	436	441	423	240	230	-192	-45,5
Mieten und Pachten	134	144	144	142	157	133	-9	-6,1
Informatik	179	151	133	151	318	295	143	94,6
Beratungsausgaben	400	376	327	340	486	468	128	37,6
Betriebsausgaben der Armee	812	749	784	784	714	710	-74	-9,5
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	306	224	224	-
Übrige Betriebsausgaben	877	793	799	833	871	735	-97	-11,7
Rüstungsausgaben	1 245	1 346	1 269	1 178	1 184	1 168	-10	-0,9
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	149	137	131	143	145	145	2	1,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	287	291	285	295	305	289	-6	-2,1
Rüstungsmaterial	810	919	853	740	734	734	-6	-0,8
Laufende Transferausgaben	31 469	32 195	32 822	33 661	35 698	35 228	1 567	4,7
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	6 456	6 536	7 226	8 098	8 342	8 624	527	6,5
Kantonsanteile	4 562	4 521	4 954	5 607	5 730	5 999	392	7,0
Anteile der Sozialversicherungen	1 866	1 924	2 163	2 363	2 465	2 478	115	4,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	28	91	109	127	147	147	19	15,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	440	381	1 084	986	969	969	-17	-1,7
Beiträge an eigene Institutionen	2 080	2 199	2 072	2 075	2 707	2 527	452	21,8
Beiträge an Dritte	10 418	10 570	9 662	9 719	9 941	9 697	-22	-0,2
Internationale Organisationen	655	695	1 200	1 178	1 364	1 298	120	10,2
Übrige Beiträge an Dritte	9 763	9 876	8 462	8 541	8 577	8 399	-142	-1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	12 075	12 509	12 778	12 783	13 738	13 411	628	4,9
AHV / IV / ALV	9 237	9 548	9 712	9 703	10 386	10 181	478	4,9
Übrige Sozialversicherungen	2 838	2 961	3 065	3 080	3 352	3 230	150	4,9
Finanzausgaben	3 586	3 388	3 711	4 105	4 125	4 003	-102	-2,5
Zinsausgaben	3 293	3 167	3 577	3 993	3 974	3 849	-144	-3,6
Anleihen	2 291	2 408	2 945	3 339	3 266	3 310	-29	-0,9
Geldmarktbuchforderungen	22	45	110	196	382	221	25	12,8
Übrige Zinsausgaben	980	714	522	458	327	318	-140	-30,6
Kapitalbeschaffungsausgaben	293	216	134	112	151	89	-23	-20,3
Übrige Finanzausgaben	-	5	-	-	-	64	64	-

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
							absolut	%
Investitionsausgaben	6 324	6 223	6 589	6 424	6 436	6 264	-160	-2,5
Sachanlagen und Vorräte	588	611	585	591	878	874	284	48,0
Liegenschaften	223	239	247	243	631	603	360	147,9
Mobilien und Vorräte	365	373	338	347	247	271	-76	-22,0
Immaterielle Anlagen	11	13	11	13	71	13	-	-1,3
Darlehen	225	314	504	489	439	376	-113	-23,1
Beteiligungen	65	59	53	39	41	35	-4	-11,4
Investitionsbeiträge	5 434	5 226	5 436	5 292	5 007	4 966	-326	-6,2
Übrige Investitionsbeiträge	5 434	5 226	5 436	5 292	5 007	4 966	-326	-6,2

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Ordentliche Ausgaben			3,4	2,9	2,4	1,9
Eigenausgaben			0,8	-1,7	-2,6	-0,3
Personalausgaben			2,4	-	-2,1	-
Personalbezüge			3,3	0,1	-2,0	0,2
Arbeitgeberbeiträge			0,8	-2,4	-0,8	2,1
Arbeitgeberleistungen			-4,3	3,3	-7,6	-9,9
Übrige Personalausgaben			0,1	5,0	15,1	-3,5
Sach- und Betriebsausgaben			-0,3	0,6	-2,1	-0,2
Material- und Warenausgaben			-	-	78,3	38,5
Betriebsausgaben			-0,3	0,5	-2,2	-0,5
Liegenschaften			-2,2	-1,6	-7,0	-15,6
Mieten und Pachten			7,5	2,2	-0,6	-0,2
Informatik			8,7	-	-4,1	13,2
Beratungsausgaben			5,5	34,0	11,0	4,0
Betriebsausgaben der Armee			-7,8	5,9	-0,9	-3,3
Verluste auf Forderungen			-	-	-	-
Übrige Betriebsausgaben			3,6	-5,4	-4,5	-4,3
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen			-	-	-	-
Rüstungsausgaben			-0,8	-9,4	-5,7	-1,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.			-10,0	-5,9	13,3	-0,6
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf			-5,2	-9,1	0,6	0,1
Rüstungsmaterial			1,2	-9,7	-9,4	-2,4
Laufende Transferausgaben			4,6	4,2	3,9	2,9
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen			2,8	12,9	6,4	7,5
Kantonsanteile			2,8	5,1	4,8	7,1
Anteile der Sozialversicherungen			-	-	10,5	7,4
Rückverteilung Lenkungsabgaben			-	-	-	50,7
Entschädigungen an Gemeinwesen			-12,0	11,2	1,6	21,8
Beiträge an eigene Institutionen			5,0	-29,3	33,1	5,0
Beiträge an Dritte			4,5	8,2	-0,7	-1,8
Finanzausgleich			-	-	-	-
Internationale Organisationen			5,0	7,4	7,3	18,6
Übrige Beiträge an Dritte			4,5	8,2	-1,1	-3,7
Beiträge an Sozialversicherungen			6,0	3,0	4,2	2,7
AHV / IV / ALV			6,3	4,8	4,3	2,5
Übrige Sozialversicherungen			5,5	-1,8	4,0	3,3
Finanzausgaben			11,1	4,2	-0,8	2,8
Zinsausgaben			10,7	3,9	-2,1	4,0
Anleihen			24,9	8,0	2,5	9,6
Geldmarktbuchforderungen			34,4	-17,2	-41,4	77,8
Übrige Zinsausgaben			-2,9	3,4	-7,2	-24,5
Kapitalbeschaffungsausgaben			49,7	17,6	26,5	-25,7
Übrige Finanzausgaben			-	-	-	-
Investitionsausgaben			-1,0	4,7	5,6	-0,2
Sachanlagen und Vorräte			2,2	1,9	-8,6	10,4
Liegenschaften			5,3	7,0	-19,3	28,2
Möbilen und Vorräte			-0,7	-4,5	3,6	-7,2
Nationalstrassen			-	-	-	-
Immaterielle Anlagen			-	-	-	3,0
Darlehen			-12,3	-13,2	3,7	13,7
Beteiligungen			-33,3	43,3	102,2	-14,5
Investitionsbeiträge			0,1	6,8	7,7	-2,2
Fonds für Eisenbahngrossprojekte			-	-	-	-
Übrige Investitionsbeiträge			0,1	6,8	7,7	-2,2

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Ordentliche Ausgaben		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben		28,7	25,4	22,0	17,6	16,1
Personalausgaben		12,6	12,1	10,9	8,9	8,5
Personalbezüge		9,8	9,7	8,8	7,0	7,0
Arbeitgeberbeiträge		1,8	1,7	1,4	1,2	1,0
Arbeitgeberleistungen		1,0	0,6	0,7	0,7	0,3
Übrige Personalausgaben		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben		8,9	7,8	7,0	5,9	5,2
Material- und Warenausgaben		–	–	–	–	–
Betriebsausgaben		8,9	7,8	7,0	5,9	5,2
Liegenschaften		2,0	1,6	1,5	1,0	0,7
Mieten und Pachten		0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik		0,4	0,5	0,5	0,4	0,4
Beratungsausgaben		0,2	0,2	0,4	0,7	0,7
Betriebsausgaben der Armee		2,7	2,0	1,7	1,7	1,5
Verluste auf Forderungen		–	–	–	–	0,1
Übrige Betriebsausgaben		3,3	3,1	2,6	1,8	1,5
Rüstungsausgaben		7,2	5,5	4,1	2,8	2,4
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.		0,5	0,3	0,2	0,3	0,3
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf		1,5	1,1	0,7	0,6	0,6
Rüstungsmaterial		5,2	4,1	3,1	1,9	1,6
Laufende Transferausgaben		53,7	54,6	57,6	61,8	64,4
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen		8,2	7,9	8,9	12,9	14,7
Kantonsanteile		8,2	7,9	8,2	9,0	10,1
Anteile der Sozialversicherungen		–	–	0,7	3,8	4,3
Rückverteilung Lenkungsabgaben		–	–	–	0,1	0,2
Entschädigungen an Gemeinwesen		1,3	0,9	0,8	0,9	1,6
Beiträge an eigene Institutionen		6,1	6,3	3,7	4,2	4,3
Beiträge an Dritte		18,1	18,7	21,7	20,7	19,1
Internationale Organisationen		0,9	0,9	1,0	1,2	2,1
Übrige Beiträge an Dritte		17,2	17,8	20,7	19,6	17,0
Beiträge an Sozialversicherungen		20,1	20,8	22,4	23,1	24,7
AHV / IV / ALV		14,6	15,1	17,1	17,5	18,8
Übrige Sozialversicherungen		5,5	5,7	5,4	5,5	5,9
Finanzausgaben		5,8	7,2	7,5	7,6	7,3
Zinsausgaben		5,8	7,0	7,3	7,1	7,0
Anleihen		1,8	2,8	4,1	4,8	5,8
Geldmarktbuchforderungen		0,3	1,1	0,5	0,4	0,3
Übrige Zinsausgaben		3,7	3,1	2,6	1,9	1,0
Kapitalbeschaffungsausgaben		–	0,2	0,2	0,5	0,3
Übrige Finanzausgaben		–	–	–	–	–
Investitionsausgaben		11,8	12,8	12,9	13,1	12,3
Sachanlagen und Vorräte		1,9	2,1	1,7	1,1	1,3
Liegenschaften		0,9	1,1	1,0	0,5	0,6
Mobilien und Vorräte		1,1	1,0	0,7	0,6	0,6
Immaterielle Anlagen		–	–	–	–	–
Darlehen		1,5	3,1	3,3	1,2	0,8
Beteiligungen		–	–	–	0,1	0,1
Investitionsbeiträge		8,4	7,6	7,9	10,7	10,1
Übrige Investitionsbeiträge		8,4	7,6	7,9	10,7	10,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	49 962	50 285	51 403	52 377	55 107	53 965	1 588	3,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 139	2 234	2 139	2 150	2 348	2 158	8	0,4
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 139	2 234	2 139	2 150	2 348	2 158	8	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	853	780	757	771	855	805	33	4,3
Allgemeines Rechtswesen	128	101	91	84	79	78	-6	-7,5
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	344	286	280	293	322	311	19	6,3
Grenzkontrollen	275	284	274	273	303	282	9	3,3
Gerichte	106	109	112	121	151	133	12	10,1
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 289	2 285	2 278	2 269	2 348	2 274	5	0,2
Politische Beziehungen	622	591	588	579	644	613	34	5,8
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 384	1 490	1 499	1 563	1 565	1 559	-4	-0,2
Wirtschaftliche Beziehungen	71	81	74	70	80	71	2	2,7
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	212	122	117	57	59	30	-27	-47,5
Landesverteidigung	4 488	4 461	4 437	4 272	4 402	4 327	55	1,3
Militärische Landesverteidigung	4 404	4 357	4 339	4 174	4 307	4 231	57	1,4
Nationale Sicherheitskooperation	84	104	98	98	95	95	-2	-2,5
Bildung und Forschung	4 409	4 539	4 586	4 714	5 199	4 978	263	5,6
Berufsbildung	528	481	497	522	532	518	-4	-0,7
Hochschulen	2 259	1 507	1 428	1 470	1 612	1 564	93	6,4
Grundlagenforschung	825	1 637	1 638	1 697	1 943	1 834	137	8,1
Angewandte Forschung	726	846	950	961	1 053	1 002	41	4,3
Übriges Bildungswesen	70	69	71	64	60	60	-5	-7,2
Kultur und Freizeit	535	450	442	437	447	460	23	5,2
Kulturerhaltung	85	87	84	85	80	94	9	10,8
Kulturförderung und Medienpolitik	310	236	232	227	227	225	-1	-0,6
Sport	140	127	126	125	140	140	15	12,0
Gesundheit	176	192	200	194	279	264	70	36,1
Gesundheit	176	192	200	194	279	264	70	36,1
Soziale Wohlfahrt	15 266	15 781	16 137	16 246	17 340	16 945	699	4,3
Altersversicherung	7 004	7 037	7 286	7 534	8 008	7 996	463	6,1
Invalidenversicherung	4 046	4 210	4 379	4 372	4 687	4 492	120	2,8
Krankenversicherung	1 945	2 046	2 121	2 143	2 350	2 263	120	5,6
Ergänzungsleistungen	601	643	675	678	725	711	33	4,9
Militärversicherung	259	239	241	234	254	232	-2	-0,8
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	182	364	356	302	309	316	14	4,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	241	244	172	126	158	110	-17	-13,2
Migration	965	971	871	816	798	777	-39	-4,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	23	28	36	42	50	48	6	14,9
Verkehr	7 113	7 231	7 591	7 409	7 478	7 349	-60	-0,8
Strassenverkehr	2 848	2 853	2 770	2 668	2 741	2 751	83	3,1
Öffentlicher Verkehr	4 159	4 279	4 706	4 641	4 636	4 507	-134	-2,9
Luftfahrt	106	99	114	99	101	90	-9	-8,9

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
							absolut	%
Umweltschutz und Raumordnung	564	589	554	624	659	655	30	4,9
Umweltschutz	314	357	326	317	367	320	3	1,0
Schutz vor Naturgefahren	164	131	127	214	192	215	2	0,8
Naturschutz	76	87	88	82	88	107	26	31,4
Raumordnung	10	14	13	12	13	12	-	-
Landwirtschaft und Ernährung	3 720	3 750	3 608	3 645	3 597	3 601	-44	-1,2
Landwirtschaft und Ernährung	3 720	3 750	3 608	3 645	3 597	3 601	-44	-1,2
Wirtschaft	651	500	432	383	428	398	15	3,8
Wirtschaftsordnung	109	125	128	132	164	148	15	11,7
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	243	174	122	121	137	129	7	6,2
Energie	107	86	80	83	83	81	-3	-3,1
Forstwirtschaft	192	115	101	46	45	41	-6	-12,2
Finanzen und Steuern	7 757	7 493	8 242	9 262	9 726	9 753	491	5,3
Anteile an Bundeseinnahmen	4 172	4 105	4 532	5 157	5 601	5 750	593	11,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 585	3 388	3 711	4 105	4 125	4 003	-102	-2,5

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)			3,4	2,9	2,4	1,9
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen			3,1	2,3	7,5	0,3
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen			3,1	2,3	7,5	0,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit			4,7	0,8	5,8	-1,4
Allgemeines Rechtswesen			8,2	-11,9	11,8	-11,7
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug			5,7	4,2	9,8	-2,5
Grenzkontrollen			1,8	1,3	1,4	0,8
Gerichte			6,6	7,7	0,7	5,9
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit			3,5	1,3	2,5	-0,2
Politische Beziehungen			4,7	2,2	4,2	-0,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)			1,7	1,5	1,7	3,0
Wirtschaftliche Beziehungen			18,0	-1,9	3,3	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU			9,7	-0,4	2,5	-38,7
Landesverteidigung			-1,4	-4,1	-1,7	-0,9
Militärische Landesverteidigung			-1,2	-3,7	-1,8	-1,0
Nationale Sicherheitskooperation			-8,2	-18,3	1,6	3,2
Bildung und Forschung			4,3	1,2	2,6	3,1
Berufsbildung			5,3	-3,5	2,6	-0,4
Hochschulen			2,3	3,1	2,0	-8,8
Grundlagenforschung			7,3	1,0	6,0	22,1
Angewandte Forschung			3,7	2,9	0,9	8,4
Übriges Bildungswesen			32,5	-20,4	8,6	-4,0
Kultur und Freizeit			0,5	14,3	2,4	-3,7
Kulturerhaltung			0,9	-3,6	2,0	2,6
Kulturförderung und Medienpolitik			-4,1	31,6	1,7	-7,7
Sport			5,9	4,7	4,5	-
Gesundheit			7,0	0,8	4,5	10,7
Gesundheit			7,0	0,8	4,5	10,7
Soziale Wohlfahrt			6,0	7,1	3,2	2,6
Altersversicherung			5,0	8,9	4,6	3,4
Invalidenversicherung			8,6	6,7	6,3	2,7
Krankenversicherung			8,4	-2,3	4,2	3,9
Ergänzungsleistungen			-0,7	-0,4	5,8	4,3
Militärversicherung			0,8	-1,6	0,5	-2,8
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung			24,2	97,5	-0,7	14,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung			4,4	19,9	-10,8	-17,9
Migration			6,3	15,1	-10,0	-5,3
Soziale Hilfe und Fürsorge			-11,7	-3,9	20,2	20,5
Verkehr			3,1	-	4,1	0,8
Strassenverkehr			1,0	-0,1	0,7	-0,9
Öffentlicher Verkehr			4,9	2,1	6,6	2,0
Luftfahrt			6,0	-32,7	12,8	-4,1
Umweltschutz und Raumordnung			-4,2	-0,5	4,7	3,8
Umweltschutz			-1,2	2,4	1,5	0,5
Schutz vor Naturgefahren			-5,5	-8,2	9,9	7,0
Naturschutz			-13,8	5,0	7,5	8,9
Raumordnung			6,7	2,3	15,1	3,8
Landwirtschaft und Ernährung			3,7	4,7	-2,0	-0,8
Landwirtschaft und Ernährung			3,7	4,7	-2,0	-0,8

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Mittlere jährliche Zuwachsrate in %						
Wirtschaft			-9,1	-2,3	5,2	-11,6
Wirtschaftsordnung			8,4	1,2	9,3	7,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung			-19,7	-2,4	1,9	-14,7
Energie			31,3	-9,8	6,9	-6,9
Forstwirtschaft			-3,9	1,6	6,8	-32,2
Finanzen und Steuern			6,5	4,8	2,3	5,9
Anteile an Bundeseinnahmen			2,1	5,6	5,5	8,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung			11,1	4,2	-0,8	2,8
Finanzausgleich			-	-	-	-

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,6	3,5	4,1	4,2	4,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,6	3,5	4,1	4,2	4,2
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	4,8	5,0	4,5	4,8	4,4	4,4
Politische Beziehungen	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	3,2	2,7	2,9	2,9	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,3	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2
Landesverteidigung	17,7	14,3	11,6	9,5	8,4	8,4
Militärische Landesverteidigung	17,0	13,8	11,3	9,3	8,2	8,2
Nationale Sicherheitskooperation	0,7	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	9,1	8,6	8,6	9,0	9,0
Berufsbildung	1,3	1,3	1,1	1,0	1,0	1,0
Hochschulen	4,8	4,6	4,4	4,4	2,9	2,9
Grundlagenforschung	1,4	1,5	1,5	1,5	3,3	3,3
Angewandte Forschung	1,5	1,6	1,5	1,5	1,8	1,8
Übriges Bildungswesen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Kultur und Freizeit	0,7	0,7	1,0	1,3	0,9	0,9
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,3	0,2	0,5	0,9	0,4	0,4
Sport	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Soziale Wohlfahrt	22,3	25,5	29,0	29,9	31,3	31,3
Altersversicherung	9,8	9,8	10,8	13,7	14,4	14,4
Invalidenversicherung	5,0	5,6	6,7	7,5	8,4	8,4
Krankenversicherung	3,4	3,7	3,6	3,8	4,1	4,1
Ergänzungsleistungen	1,2	1,2	1,0	1,1	1,3	1,3
Militärversicherung	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	–	2,0	3,0	0,4	0,6	0,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,4	0,5	0,7	0,7	0,3	0,3
Migration	1,6	2,0	2,6	2,2	1,7	1,7
Soziale Hilfe und Fürsorge	–	–	–	–	0,1	0,1
Verkehr	14,9	14,8	14,2	14,0	14,2	14,2
Strassenverkehr	7,3	6,9	6,0	5,9	5,3	5,3
Öffentlicher Verkehr	6,9	7,1	7,9	8,0	8,7	8,7
Luftfahrt	0,7	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
Umweltschutz und Raumordnung	1,4	1,2	1,1	1,2	1,2	1,2
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Schutz vor Naturgefahren	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Naturschutz	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	–	–	–	–	–	–
Landwirtschaft und Ernährung	8,1	8,0	8,6	7,6	7,0	7,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,1	8,0	8,6	7,6	7,0	7,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung % Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1983-1987	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Wirtschaft		2,2	1,6	1,3	1,4	0,8
Wirtschaftsordnung		0,1	0,2	0,2	0,2	0,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung		1,4	0,8	0,5	0,5	0,3
Energie		0,1	0,2	0,3	0,2	0,2
Forstwirtschaft		0,5	0,4	0,3	0,4	0,1
Finanzen und Steuern		13,2	14,3	14,9	15,7	16,7
Anteile an Bundeseinnahmen		7,4	7,1	7,4	8,2	9,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung		5,8	7,2	7,5	7,6	7,3

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2007

Kontengruppen	Total Rechnung 2007	Aufgabengebiete					
		Institutio- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	53 965	2 158	805	2 274	4 327	4 978	460
Eigenausgaben	8 472	1 794	630	585	3 801	210	127
Personalausgaben	4 462	1 117	542	473	1 411	135	89
Sach- und Betriebsausgaben	2 843	677	88	112	1 222	75	38
Rüstungsausgaben	1 168	–	–	–	1 168	–	–
Laufende Transferausgaben	35 228	28	138	1 649	197	4 496	282
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 624	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	969	–	59	–	40	–	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	–	–	–	–	1 982	80
Beiträge an Dritte	9 697	28	79	1 649	157	2 515	199
Beiträge an Sozialversicherungen	13 411	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	4 003	–	–	–	–	–	–
Investitionsausgaben	6 262	336	37	40	329	272	51
Sachanlagen und Vorräte	872	328	18	5	329	180	2
Immaterielle Anlagen	13	9	1	–	–	–	–
Darlehen	376	–	–	1	–	–	–
Beteiligungen	35	–	–	35	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 966	–	18	–	–	91	49

Fortsetzung

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	264	16 945	7 349	655	3 601	398	9 753
Eigenausgaben	180	330	156	129	105	212	213
Personalausgaben	51	230	108	80	75	150	–
Sach- und Betriebsausgaben	129	100	47	50	30	62	213
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	82	16 607	2 491	247	3 342	132	5 538
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 478	462	147	–	–	5 538
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	622	242	3	–	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	465	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	82	170	1 321	97	3 268	132	–
Beiträge an Sozialversicherungen	–	13 337	–	–	74	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	4 003
Investitionsausgaben	2	8	4 702	278	153	54	–
Sachanlagen und Vorräte	1	–	1	2	2	5	–
Immaterielle Anlagen	–	2	–	–	–	1	–
Darlehen	–	–	303	–	60	13	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	6	4 398	276	92	35	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2006

Kontengruppen	Total Rechnung 2006	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	52 377	2 150	771	2 269	4 272	4 714	437
Eigenausgaben	8 187	1 736	590	526	3 999	209	128
Personalausgaben	4 325	1 065	517	442	1 423	119	80
Sach- und Betriebsausgaben	2 683	671	73	84	1 398	90	48
Rüstungsausgaben	1 178	–	–	–	1 178	–	–
Laufende Transferausgaben	33 661	23	140	1 668	143	4 140	275
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 098	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	–	62	–	36	–	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	–	–	–	–	1 619	80
Beiträge an Dritte	9 719	23	78	1 668	107	2 521	192
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	4 105	–	–	–	–	–	–
Investitionsausgaben	6 424	392	41	75	130	365	34
Sachanlagen und Vorräte	591	383	23	9	127	7	2
Immaterielle Anlagen	13	9	2	–	–	–	–
Darlehen	489	–	–	29	–	–	–
Beteiligungen	39	–	–	36	–	–	–
Investitionsbeiträge	5 292	–	17	–	3	358	32

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	194	16 246	7 409	624	3 645	383	9 262
Eigenausgaben	115	323	132	127	105	197	–
Personalausgaben	51	236	100	77	73	141	–
Sach- und Betriebsausgaben	64	86	31	50	32	56	–
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	75	15 907	2 428	221	3 357	126	5 157
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 363	450	127	–	–	5 157
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	662	220	3	–	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	376	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	75	176	1 381	90	3 281	126	–
Beiträge an Sozialversicherungen	–	12 707	–	–	76	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	4 105
Investitionsausgaben	4	16	4 849	277	183	60	–
Sachanlagen und Vorräte	3	7	7	6	4	11	–
Immaterielle Anlagen	–	–	–	–	–	2	–
Darlehen	–	–	386	–	71	4	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	3	–
Investitionsbeiträge	–	8	4 456	270	107	40	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital

Mio. CHF		Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand		1 179	1 219	1 257	78
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		278	274	263	-15
606	E1100.0111 Lenkungsabgaben auf VOC	127	140	127	
606	E1100.0112 Lenkungsabgabe auf Heizöl	1	-	-	
606	E1100.0113 Lenkungsabgabe auf Benzin und Dieselöl	-	-	-	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	5	3	5	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-128	-147	-147	
Spielbankenabgabe		763	827	855	92
318	E1100.0119 Spielbankenabgabe	406	421	449	
318	A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-290	-357	-357	
Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter		5	5	0	-5
808	E5300.0102 Gebührenanteile lokale/regionale Rundfunkveranstalter	15	14	3	
808	A6210.0147 Gebührensplitting Radio und TV	-16	-14	-8	
Altlastenfonds		100	81	105	5
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	21	26	29	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	21	-45	-24	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	0
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)		-	-	1	1
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	-	2	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-	-1	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	-	-	-	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	-	
Krankenversicherung		-	-	-	-
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	817	827	831	
606	E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	-	150	150	
316	A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-817	-977	-981	
Alters- und Hinterlassenenversicherung		-	-	-	-
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 072	2 108	2 121	
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	424	443	435	
606	E1100.0102 Tabaksteuer	2 161	2 005	2 186	
601	E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	221	223	223	
318	A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV				}
318	A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV	-2 806	-2 671	-2 844	
318	A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
605	A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 072	-2 108	-2 121	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	4 294	4 539	4 696	
Strassenverkehr	4 208	4 453	4 609	401
Einnahmen	3 770	3 770	3 846	
Ausgaben	-3 418	-3 526	-3 445	
Investitionsrisikogarantie	32	32	32	-
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	3	-	-	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	-	-	-	
Bundeskriegstransportversicherung	54	54	54	-
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	-	-	-	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	-	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Einnahmen	3 756	3 770	3 770	3 846	77	2,0
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-27	-27	-28	-29	-2	6,2
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 479	1 484	1 485	1 514	30	2,0
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 997	2 001	2 010	2 039	38	1,9
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	306	313	303	322	9	3,0
806 E3200.0111 Rückzahlung von Darlehen Bahnhofparkanlagen	1	1	–	–	-1	-100,0
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	–	–	1	1	1	–
Ausgaben	3 602	3 418	3 526	3 445	27	0,8
Nationalstrassen	2 019	1 926	1 966	1 979	53	2,8
806 A2310.0224 Nationalstrassen, Betrieb	129	130	–	–	-130	-100,0
806 A2310.0229 Nationalstrassen, baulicher Unterhalt und Erneuerung	580	612	–	–	-612	-100,0
806 A4300.0128 Nationalstrassen, Bau	1 310	1 184	–	–	-1 184	-100,0
806 A6210.0136 Nationalstrassen, Betrieb	–	–	131	166	166	–
806 A8300.0106 Nationalstrassen, Bau	–	–	1 286	1 263	1 263	–
806 A8300.0114 Nationalstrassen, Unterhalt	–	–	550	550	550	–
Hauptstrassen	191	188	189	189	1	0,6
806 A4300.0129 Hauptstrassen	191	188	–	–	-188	-100,0
806 A8300.0107 Hauptstrassen	–	–	189	189	189	–
Übrige werkgebundene Beiträge	726	619	680	563	-56	-9,1
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	215	214	218	200	-14	-6,5
802 A2310.0215 Autoverlad	3	3	3	3	-0	-4,0
802 A4200.0115 Darlehen kombinierter Verkehr	10	8	13	2	-6	-73,7
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	22	13	9	4	-9	-69,2
802 A4300.0121 Anschlussgleise	20	22	21	31	9	40,9
802 A4300.0122 Investitionsbeiträge kombinierter Verkehr	2	5	25	–	-5	-100,0
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	451	351	386	317	-34	-9,6
806 A4300.0130 Niveauübergänge	2	4	–	–	-4	-100,0
806 A8300.0108 Niveauübergänge	–	–	5	6	6	–
Nicht werkgebundene Beiträge	504	508	510	519	11	2,3
806 A2310.0225 Allgemeine Strassenbeiträge	423	423	–	–	-423	-100,0
806 A2310.0226 Allgemeine Strassenbeiträge (ausserordentlicher Anteil)	55	57	–	–	-57	-100,0
806 A2310.0227 Internat. Alpenstrassen und Kantone ohne Nationalstrassen	27	27	–	–	-27	-100,0
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	–	–	425	434	434	–
806 A6210.0138 Allgemeine Strassenbeiträge (ausserordentlicher Anteil)	–	–	58	58	58	–
806 A6210.0139 Internat. Alpenstrassen und Kantone ohne Nationalstrassen	–	–	27	28	28	–
Forschung und Verwaltung	37	36	59	64	28	77,9
806 A2100.0001 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	24	24	–	–	-24	-100,0
806 A2115.0001 Beratungsaufwand	12	11	–	–	-11	-100,0
806 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand	1	1	–	–	-1	-100,0
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	–	–	58	63	63	–
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	–	–	1	1	1	–

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
Umweltschutz	85	91	80	80	-11	-12,4
806 A2310.0409 Förderung Langsamverkehr	1	1	–	–	-1	-100,0
806 A4300.0131 Lärmschutz	10	9	–	–	-9	-100,0
806 A4300.0134 Luftreinhaltemassnahmen	3	2	–	–	-2	-100,0
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	–	–	1	1	1	–
806 A8300.0109 Lärmschutz	–	–	9	9	9	–
810 A2310.0134 Wald	41	38	37	37	-1	-2,4
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	24	33	26	26	-7	-20,8
810 A4300.0136 Waldwirtschaft	6	9	8	8	-1	-15,2
Heimat- und Landschaftsschutz	17	17	14	14	-3	-15,6
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	10	10	-1	-5,9
806 A4300.0132 Ortsbilderschutz	3	2	–	–	-2	-100,0
806 A4300.0135 Historische Verkehrswege	2	2	–	–	-2	-100,0
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	–	–	2	2	2	–
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	2	0	17,6
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	23	33	29	37	4	11,6
804 A4300.0124 Hochwasserschutz	20	–	–	–	–	–
806 A4300.0133 Lawinengalerien	3	3	–	–	-3	-100,0
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	–	30	29	37	7	21,3
Saldo	154	353	244	401	48	14,0
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	3 855	4 208	4 453	4 609	401	9,5

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
Ordentlicher Ertrag	46 416	48 206	50 962	54 617	55 870	58 000	3 384	6,2
Fiskalertrag	43 374	44 860	47 520	50 873	51 556	51 836	963	1,9
Direkte Bundessteuer	12 400	11 822	12 213	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1
Verrechnungssteuer	1 641	2 628	4 000	3 947	3 017	2 730	-1 217	-30,8
Stempelabgaben	2 624	2 755	2 703	2 889	3 200	2 990	100	3,5
Mehrwertsteuer	17 156	17 666	18 119	19 018	19 650	19 684	666	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	6 741	7 074	7 132	7 259	7 112	7 380	121	1,7
Mineralölsteuer	4 880	4 929	4 979	4 994	5 005	5 086	92	1,8
Tabaksteuer	1 756	2 040	2 051	2 161	2 005	2 186	26	1,2
Biersteuer	105	105	102	104	102	107	3	3,3
Verkehrsabgaben	1 398	1 411	1 848	1 938	1 828	2 016	78	4,0
Automobilsteuer	306	312	310	320	325	358	38	12,0
Nationalstrassenabgabe	298	300	306	313	303	322	9	2,9
Schwerverkehrsabgabe	701	694	1 231	1 306	1 200	1 336	31	2,3
Kombinierter Verkehr	93	106	1	-	-	-	-	-
Zölle	1 047	1 054	974	1 027	980	1 040	13	1,3
Spielbankenabgabe	189	291	357	406	421	449	42	10,4
Lenkungsabgaben	132	156	170	148	166	156	7	4,8
Lenkungsabgabe VOC	104	124	143	127	140	127	-	-
Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	1	1	-	-	-	-49,8
Altlastenabgabe	27	32	26	21	26	28	8	35,8
Übriger Fiskalertrag	46	4	4	9	1	3	-6	-66,3
Regalien und Konzessionen	1 053	1 237	1 307	1 265	1 258	1 331	66	5,2
Anteil Reingewinn	169	223	223	221	223	223	2	0,9
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	833	933	967	833	833	833	-	-
Konzessionsabgaben	25	22	28	32	2	6	-25	-79,8
Ertrag aus	21	53	82	158	155	193	36	22,8
Kontingentsversteigerungen								
Übrige Regalien und Konzessionen	5	6	7	22	44	75	53	243,8
Finanzertrag	838	839	911	1 089	1 282	2 969	1 880	172,7
Zinsertrag	329	292	335	478	694	690	212	44,2
Finanzanlagen	112	76	119	222	196	334	112	50,5
Darlehen	200	201	200	88	245	166	78	89,1
Vorschuss FEG	-	-	-	147	249	181	34	22,9
Übriger Zinsertrag	18	14	16	21	4	9	-12	-59,0
Beteiligungsertrag	508	547	576	611	578	1	-610	-99,9
Übriger Finanzertrag	1	-	-	-	10	418	418	n.a.
Übriger Ertrag	1 151	1 269	1 224	1 390	1 751	1 844	454	32,7
Entgelte	1 086	1 205	1 162	1 323	1 178	1 387	64	4,8
Wehrpflichtersatzabgabe	192	214	129	142	102	138	-4	-2,6
Gebühren für Amtshandlungen	254	266	263	280	280	291	12	4,2
Verkäufe	112	118	159	173	183	196	23	13,4
Rückerstattungen	173	238	191	256	86	113	-144	-56,1
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	36	-	121	85	236,7
Übrige Entgelte	355	368	421	437	527	528	92	21,0
Verschiedener Ertrag	65	64	62	67	573	457	390	585,8
Liegenschaftenertrag	55	53	50	53	515	315	263	496,7
Übriger Ertrag	10	12	12	14	58	141	128	929,1
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	24	21	21	-

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruchs durch NRM sind die Zahlen 2007 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung wurde nur für die finanzierungswirksamen Erträge vorgenommen.

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	43 637	44 061	44 814	45 953	55 208	54 289	8 336	18,1
Eigenaufwand	8 583	8 478	8 282	8 187	9 997	9 573	1 386	16,9
Personalaufwand	4 469	4 469	4 375	4 325	4 539	4 492	167	3,9
Personalbezüge	3 634	3 680	3 657	3 629	3 754	3 665	36	1,0
Arbeitgeberbeiträge	543	550	497	492	556	590	98	19,9
Arbeitgeberleistungen	228	177	163	160	154	189	29	18,4
Übriger Personalaufwand	64	61	59	44	74	48	3	7,8
Sach- und Betriebsaufwand	2 868	2 664	2 638	2 683	3 335	3 238	554	20,7
Material- und Warenaufwand	12	15	10	11	218	225	214	1 864,8
Betriebsaufwand	2 856	2 649	2 628	2 672	3 117	3 013	341	12,8
Liegenschaften	453	436	441	423	241	439	16	3,9
Mieten und Pachten	134	144	144	142	174	152	10	6,8
Informatik	179	151	133	151	318	295	144	95,1
Beratungsaufwand	400	376	327	340	486	468	128	37,8
Betriebsaufwand der Armee	812	749	784	784	714	718	-65	-8,3
Abschreibungen auf Forderungen	-	-	-	-	306	192	192	-
Übriger Betriebsaufwand	877	793	799	833	879	749	-84	-10,1
Rüstungsaufwand	1 245	1 346	1 269	1 178	1 184	1 168	-10	-0,9
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	149	137	131	143	145	145	2	1,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	287	291	285	295	305	289	-6	-2,1
Rüstungsmaterial	810	919	853	740	734	734	-6	-0,8
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	-	-	-	940	675	675	-
Gebäude	-	-	-	-	793	553	553	-
Übrige Abschreibungen	-	-	-	-	147	122	122	-
Transferaufwand	31 469	32 195	32 822	33 661	41 149	40 604	6 943	20,6
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6 456	6 536	7 226	8 098	8 342	8 624	527	6,5
Kantonsanteile	4 562	4 521	4 954	5 607	5 730	5 999	392	7,0
Anteile der Sozialversicherungen	1 866	1 924	2 163	2 363	2 465	2 478	115	4,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	28	91	109	127	147	147	19	15,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	440	381	1 084	986	969	955	-31	-3,1
Beiträge an eigene Institutionen	2 080	2 199	2 072	2 075	2 707	2 527	452	21,8
Beiträge an Dritte	10 418	10 570	9 662	9 719	9 941	9 744	25	0,3
Internationale Organisationen	655	695	1 200	1 178	1 364	1 297	119	10,1
Übrige Beiträge an Dritte	9 763	9 876	8 462	8 541	8 577	8 447	-95	-1,1
Beiträge an Sozialversicherungen	12 075	12 509	12 778	12 783	13 744	13 417	634	5,0
AHV / IV / ALV	9 237	9 548	9 712	9 703	10 392	10 187	484	5,0
Übrige Sozialversicherungen	2 838	2 961	3 065	3 080	3 352	3 230	150	4,9
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-	-	5 045	4 966	4 966	-
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	-	-	-	400	372	372	-

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruches durch NRM sind die Zahlen 2007 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
Finanzaufwand	3 586	3 388	3 711	4 105	3 997	4 013	-92	-2,2
Zinsaufwand	3 293	3 167	3 577	3 993	3 837	3 635	-358	-9,0
Anleihen	2 291	2 408	2 945	3 339	3 152	3 096	-243	-7,3
Geldmarktbuchforderungen	22	45	110	196	382	228	32	16,2
Übriger Zinsaufwand	980	714	522	458	303	312	-147	-32,0
Kapitalbeschaffungsaufwand	293	216	134	112	159	143	31	27,6
Übriger Finanzaufwand	-	5	-	-	-	236	236	-
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	65	98	98	-

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruchs durch NRM sind die Zahlen 2007 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	2003-2007
Ordentlicher Ertrag	1,6	3,9	5,7	7,2	7,5	6,2	5,7
Fiskalertrag	1,1	3,4	5,9	7,1	6,1	1,9	4,6
Direkte Bundessteuer	9,6	-4,7	3,3	16,5	10,3	8,1	5,5
Verrechnungssteuer	-37,5	60,1	52,2	-1,3	0,1	-30,8	13,6
Stempelabgaben	-6,9	5,0	-1,9	6,9	14,3	3,5	3,3
Mehrwertsteuer	1,8	3,0	2,6	5,0	6,3	3,5	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	2,7	4,9	0,8	1,8	-1,6	1,7	2,3
Verkehrsabgaben	-3,6	0,9	31,0	4,9	-0,1	4,0	9,6
Zölle	-0,2	0,7	-7,6	5,5	-	1,3	-0,2
Verschiedener Fiskalertrag	61,9	23,0	17,8	6,3	19,2	7,6	13,5
Regalien und Konzessionen	47,2	17,5	5,6	-3,2	1,0	5,2	6,0
Finanzertrag	-12,3	0,2	8,6	19,5	26,3	172,7	37,2
Beteiligungsertrag	9,4	7,8	5,2	6,1	0,1	-99,9	-79,6
Übriger Finanzertrag	-32,8	-11,6	14,9	42,6	60,8	131,7	35,4
Übriger Ertrag	4,0	10,2	-3,6	13,6	57,4	32,7	12,5
Entgelte	3,9	10,9	-3,5	13,8	11,8	4,8	6,3
Verschiedener Ertrag	5,5	-1,3	-4,4	8,1	873,6	585,8	62,7
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	-	-	n.a.
Ordentlicher Aufwand	0,5	1,0	1,7	2,5	18,8	18,1	5,6
Eigenaufwand	-0,4	-1,2	-2,3	-1,1	17,6	16,9	2,8
Personalaufwand	2,2	-	-2,1	-1,1	0,7	3,9	0,1
Sach- und Betriebsaufwand	-0,1	-7,1	-1,0	1,7	18,4	20,7	3,1
Rüstungsaufwand	-9,1	8,1	-5,8	-7,1	0,5	-0,9	-1,6
Transferaufwand	2,0	2,3	1,9	2,6	20,8	20,6	6,6
Anteile Dritter an Bundeserträgen	1,6	1,2	10,5	12,1	8,1	6,5	7,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	-5,7	-13,6	184,9	-9,1	2,5	-3,1	21,3
Beiträge an eigene Institutionen	-4,5	5,8	-5,8	0,2	6,4	21,8	5,0
Beiträge an Dritte	-	1,5	-8,6	0,6	1,2	0,3	-1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	5,5	3,6	2,2	-	-	5,0	2,7
Finanzaufwand	-9,7	-5,5	9,5	10,6	1,7	-2,2	2,9
Zinsaufwand	-12,5	-3,8	12,9	11,6	2,8	-9,0	2,5
Übriger Finanzaufwand	42,5	-24,6	-39,4	-16,5	-19,7	238,5	6,6
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	-	-	n.a.

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruches durch NRM sind die Zahlen 2007 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen.

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	93,4	93,1	93,2	93,1	92,3	89,4
Direkte Bundessteuer	26,7	24,5	24,0	26,1	27,2	26,5
Verrechnungssteuer	3,5	5,5	7,8	7,2	5,4	4,7
Stempelabgaben	5,7	5,7	5,3	5,3	5,7	5,2
Mehrwertsteuer	37,0	36,6	35,6	34,8	35,2	33,9
Übrige Verbrauchssteuern	14,5	14,7	14,0	13,3	12,7	12,7
Verkehrsabgaben	3,0	2,9	3,6	3,5	3,3	3,5
Zölle	2,3	2,2	1,9	1,9	1,8	1,8
Verschiedener Fiskalertrag	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,0
Regalien und Konzessionen	2,3	2,6	2,6	2,3	2,3	2,3
Finanzertrag	1,8	1,7	1,8	2,0	2,3	5,1
Beteiligungsertrag	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	–
Zunahme von Equitywerten	–	–	–	–	–	3,2
Übriger Finanzertrag	0,7	0,6	0,7	0,9	1,3	1,9
Übriger Ertrag	2,5	2,6	2,4	2,5	3,1	3,2
Entgelte	2,3	2,5	2,3	2,4	2,1	2,4
Verschiedener Ertrag	0,1	0,1	0,1	0,1	1,0	0,8
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	–	–	–	–	–	–
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	19,7	19,2	18,5	17,8	18,1	17,6
Personalaufwand	10,2	10,1	9,8	9,4	8,2	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	6,6	6,0	5,9	5,8	6,0	6,0
Rüstungsaufwand	2,9	3,1	2,8	2,6	2,1	2,2
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	–	–	–	–	1,7	1,2
Transferaufwand	72,1	73,1	73,2	73,3	74,5	74,8
Anteile Dritter an Bundeserträgen	14,8	14,8	16,1	17,6	15,1	15,9
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,0	0,9	2,4	2,1	6,0	1,8
Beiträge an eigene Institutionen	4,8	5,0	4,6	4,5	24,7	4,7
Beiträge an Dritte	23,9	24,0	21,6	21,2	18,9	17,9
Beiträge an Sozialversicherungen	27,7	28,4	28,5	27,8	–	24,7
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	–	–	9,1	9,1
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	–	–	0,7	0,7
Finanzaufwand	8,2	7,7	8,3	8,9	7,2	7,4
Zinsaufwand	7,5	7,2	8,0	8,7	7,0	6,7
Übriger Finanzaufwand	0,7	0,5	0,3	0,2	0,3	0,7
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	–	–	–	0,1	0,2

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruchs durch NRM sind die Zahlen 2007 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen.

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2007

Mio. CHF	Total Rechnung 2007	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	58 000	18	37	568	86	247	56 565	305	174
Fiskalertrag	51 836	–	–	449	–	–	51 356	3	28
Direkte Bundessteuer	15 389	–	–	–	–	–	15 389	–	–
Verrechnungssteuer	2 730	–	–	–	–	–	2 730	–	–
Stempelabgaben	2 990	–	–	–	–	–	2 990	–	–
Mehrwertsteuer	19 684	–	–	–	–	–	19 684	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	–	–	–	–	–	7 380	–	–
Verkehrsabgaben	2 016	–	–	–	–	–	2 016	–	–
Zölle	1 040	–	–	–	–	–	1 040	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	607	–	–	449	–	–	127	3	28
Regalien und Konzessionen	1 331	–	–	–	–	–	1 101	193	36
Finanzertrag	2 969	–	–	1	–	–	2 943	23	2
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	–	–	1
Zunahme von Equitywerten	1 860	–	–	–	–	–	1 860	–	–
Übriger Finanzertrag	1 108	–	–	1	–	–	1 083	22	1
Übriger Ertrag	1 844	18	37	118	86	247	1 144	86	109
Entgelte	1 387	18	37	115	80	183	770	78	108
Verschiedener Ertrag	457	–	–	3	7	64	374	8	–
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	21	–	–	–	–	–	21	–	–
Ordentlicher Aufwand	54 289	257	2 026	17 874	1 194	4 594	14 423	5 483	8 439
Eigenaufwand	9 573	257	562	523	419	4 385	2 567	406	455
Personalaufwand	4 492	210	448	285	309	1 545	1 145	286	265
Sach- und Betriebsaufwand	3 238	46	113	234	101	1 389	1 056	114	185
Rüstungsaufwand	1 168	–	–	–	–	1 168	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	675	–	1	5	9	283	366	6	5
Transferaufwand	40 604	–	1 465	17 350	775	209	7 744	5 077	7 984
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 624	–	–	357	–	–	7 659	–	609
Entschädigungen an Gemeinwesen	955	–	–	–	640	69	–	–	246
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	–	–	1 950	–	–	–	32	545
Beiträge an Dritte	9 744	–	1 469	1 806	118	130	85	4 556	1 580
Beiträge an Sozialversicherungen	13 417	–	–	13 136	–	–	–	281	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 966	–	–	102	18	9	–	128	4 709
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	–	-4	–	–	–	–	80	295
Finanzaufwand	4 013	–	–	–	–	–	4 013	–	–
Zinsaufwand	3 635	–	–	–	–	–	3 635	–	–
Übriger Finanzaufwand	378	–	–	–	–	–	378	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	98	–	–	–	–	–	98	–	–

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruches durch NRM sind die Zahlen 2007 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen.

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2006

Mio. CHF	Total Rechnung 2006	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	54 617	15	37	490	101	140	53 345	313	177
Fiskalertrag	50 873	–	–	406	–	–	50 436	9	21
Direkte Bundessteuer	14 230	–	–	–	–	–	14 230	–	–
Verrechnungssteuer	3 947	–	–	–	–	–	3 947	–	–
Stempelabgaben	2 889	–	–	–	–	–	2 889	–	–
Mehrwertsteuer	19 018	–	–	–	–	–	19 018	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	–	–	–	–	–	7 259	–	–
Verkehrsabgaben	1 938	–	–	–	–	–	1 938	–	–
Zölle	1 027	–	–	–	–	–	1 027	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	564	–	–	406	–	–	128	9	21
Regalien und Konzessionen	1 265	–	–	–	–	–	1 076	158	32
Finanzertrag	1 089	–	–	1	–	–	1 069	19	–
Beteiligungsertrag	611	–	–	–	–	–	611	–	–
Übriger Finanzertrag	478	–	–	1	–	–	458	19	–
Übriger Ertrag	1 390	15	37	82	101	140	764	128	124
Entgelte	1 323	15	37	81	101	124	713	128	124
Verschiedener Ertrag	67	–	–	–	–	16	50	–	–
Ordentlicher Aufwand	45 953	190	1 942	16 704	1 233	4 370	13 042	5 221	3 250
Eigenaufwand	8 187	190	498	453	428	4 192	1 612	396	418
Personalaufwand	4 325	164	416	284	345	1 540	1 042	285	251
Sach- und Betriebsaufwand	2 683	27	81	169	84	1 474	571	111	167
Rüstungsaufwand	1 178	–	–	–	–	1 178	–	–	–
Transferaufwand	33 661	–	1 444	16 251	805	179	7 325	4 826	2 832
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 098	–	–	291	–	–	7 229	–	578
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	–	–	–	692	70	–	–	223
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	–	–	1 619	–	–	–	–	456
Beiträge an Dritte	9 719	–	1 444	1 826	112	109	96	4 558	1 575
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	–	–	12 515	–	–	–	268	–
Finanzaufwand	4 105	–	–	–	–	–	4 105	–	–
Zinsaufwand	3 993	–	–	–	–	–	3 993	–	–
Übriger Finanzaufwand	112	–	–	–	–	–	112	–	–

D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	Eröffnungs-	Rechnung	Differenz	
	bilanz	2007	absolut	%
	01.01.2007	31.12.2007		
Aktiven	66 155	64 979	-1 176	-1,8
Finanzvermögen	34 027	31 965	-2 062	-6,1
Umlaufvermögen	20 287	18 773	-1 514	-7,5
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	378	546	168	44,3
Kasse	2	2	-	-13,1
Post	129	136	6	4,9
Bank	247	408	162	65,5
Forderungen	5 959	6 292	333	5,6
Steuer- und Zollforderungen	4 667	5 290	624	13,4
Kontokorrente	1 074	668	-406	-37,8
Andere Forderungen	180	297	117	64,9
Übrige Forderungen	38	37	-1	-3,3
Kurzfristige Finanzanlagen	12 374	10 337	-2 037	-16,5
Festgelder	4 575	8 900	4 325	94,5
Darlehen	550	1 355	805	146,4
Positive Wiederbeschaffungswerte	106	76	-30	-27,9
Übrige Anlagen	7 143	6	-7 137	-99,9
Aktive Rechnungsabgrenzung	1 576	1 598	22	1,4
Zinsen	159	178	19	11,9
Disagio	546	552	6	1,0
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	872	868	-3	-0,3
Anlagevermögen	13 740	13 193	-547	-4,0
Langfristige Finanzanlagen	13 740	13 193	-547	-4,0
Festverzinsliche Wertpapiere	1 709	1 015	-694	-40,6
Variabel verzinsliche Wertpapiere	170	10	-160	-94,1
Darlehen	5 130	5 130	-	-
Fonds für Eisenbahngrossprojekte, Vorschüsse	6 731	7 037	306	4,6
Verwaltungsvermögen	32 128	33 014	886	2,8
Umlaufvermögen	216	214	-2	-1,1
Vorräte	216	214	-2	-1,1
Vorräte aus Kauf	192	198	5	2,8
Vorräte aus Eigenfertigung	24	16	-8	-32,2
Anlagevermögen	31 912	32 800	888	2,8
Sachanlagen	14 613	14 472	-140	-1,0
Mobilien	315	313	-2	-0,6
Anlagen im Bau	949	1 132	183	19,3
Liegenschaften	13 348	13 026	-322	-2,4
Anzahlungen auf Sachanlagen	-	-	-	-
Immaterielle Anlagen	8	58	50	635,2
Software	8	7	-1	-11,0
Übrige immaterielle Anlagen	-	51	51	-
Darlehen	3 254	2 963	-290	-8,9
Allgemeine Verwaltung	2	2	-	-10,7
Beziehungen zum Ausland	477	452	-25	-5,3
Soziale Wohlfahrt	2 272	2 026	-247	-10,9
Verkehr	6 991	7 204	212	3,0
Landwirtschaft	2 297	2 356	60	2,6
Übrige Volkswirtschaft	216	222	7	3,0
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 002	-9 299	-297	-3,3
Beteiligungen	14 038	15 306	1 268	9,0
Allgemeine Verwaltung	6	6	-	-
Landesverteidigung	729	774	45	6,1
Beziehungen zum Ausland	924	961	37	4,0
Bildung und Forschung	-	-	-	-
Soziale Wohlfahrt	215	216	1	0,3
Verkehr	13 234	14 455	1 221	9,2
Landwirtschaft	7	7	-	-
Übrige Volkswirtschaft	1	1	-	-23,8
Übrige Aufgabenbereiche	13	13	-	-
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 091	-1 126	-35	-3,2

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz	
Mio. CHF			absolut	%
Passiven	66 155	64 979	-1 176	-1,8
Kurzfristiges Fremdkapital	39 182	34 399	-4 784	-12,2
Laufende Verbindlichkeiten	10 166	11 709	1 542	15,2
Kontokorrente	8 387	7 769	-618	-7,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	828	2 823	1 995	240,9
Verwaltete Stiftungen	91	94	3	3,8
Übrige laufende Verbindlichkeiten	860	1 022	162	18,8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 522	13 122	-3 400	-20,6
Geldmarkt	12 587	9 056	-3 530	-28,0
Bundeseigene Unternehmungen	1 220	1 335	115	9,4
Sparkasse Bundespersonal	2 225	2 376	150	6,8
Negative Wiederbeschaffungswerte	305	166	-139	-45,7
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	185	190	5	2,6
Passive Rechnungsabgrenzung	4 851	8 926	4 075	84,0
Zinsen	2 359	2 351	-9	-0,4
Agio	1 938	1 783	-154	-8,0
Abgrenzung Verrechnungssteuer	-	4 168	4 168	-
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	554	624	70	12,6
Kurzfristige Rückstellungen	7 643	641	-7 001	-91,6
Rückstellungen Restrukturierungen	204	184	-20	-9,8
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	280	292	12	4,3
Übrige Rückstellungen	7 160	166	-6 994	-97,7
Langfristiges Fremdkapital	113 061	112 323	-739	-0,7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	98 498	96 147	-2 351	-2,4
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	-	-
Anleihen	95 669	95 684	15	-
Eidg. Technische Hochschulen ETH	-	34	34	-
Übrige mittel- und langfristige Schulden	2 779	379	-2 400	-86,4
Langfristige Rückstellungen	13 384	14 919	1 535	11,5
Rückstellungen Verrechnungssteuer	7 600	9 100	1 500	19,7
Übrige Rückstellungen	5 784	5 819	35	0,6
Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK	1 179	1 257	78	6,6
Lenkungsabgaben	278	263	-15	-5,5
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	901	994	93	10,3
Eigenkapital	-86 088	-81 742	4 346	5,0
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	4 294	4 696	401	9,3
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	4 208	4 609	401	9,5
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	86	86	-	0,2
Spezialfonds	462	467	5	1,1
Reserven aus Globalbudget	22	58	36	161,7
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	7	21	13	180,5
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	15	37	22	152,3
Restatementreserve	144	144	-	-
Übriges Eigenkapital	-	-	-	-
Bilanzfehlbetrag	-91 010	-87 107	3 904	4,3

Hinweis: Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 1.1.2007			Rechnung 2007 31.12.2007		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Darlehen	12 256	-9 002	3 254	12 262	-9 299	2 963
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Zusammenarbeit	377	- 140	237	365	- 134	231
Darlehen an die FIPO	370	- 140	230	358	- 134	224
Darlehen Weltpostverein	5	-	5	5	-	5
Darlehen für Ausrüstung	2	-	2	2	-	2
420 Bundesamt für Migration	50	- 1	48	46	- 1	45
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	48	-	48	45	-	45
Darlehen Flüchtlinge	1	- 1	-	1	- 1	-
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	233	- 184	49	229	- 186	43
SGH Darlehen für Hotelenerneuerung und -entschuldung	87	- 87	-	87	- 87	-
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	39	- 39	-	49	- 49	-
Indonesien, Mischkredit	45	- 18	27	41	- 16	26
Jugoslawien, Beitrittskosten EBRD	22	- 10	12	17	- 7	10
SOFI Studienfinanzierungsfonds	11	- 11	-	11	- 11	-
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4	- 4	-	4	- 4	-
China, Mischkredit	8	- 3	5	4	- 1	3
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	4	- 1	2	4	- 1	2
Kolumbien, Mischkredit	4	- 2	2	3	- 1	2
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3	- 3	-	3	- 3	-
Konsolidierungsabkommen, Togo	3	- 3	-	3	- 3	-
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	1	- 1	-	1	- 1	-
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	1	- 1	-	1	- 1	-
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	1	- 0	0	1	- 0	0
708 Bundesamt für Landwirtschaft	2 297	-2 297	-	2 356	-2 356	-
Kanton Bern	395	- 395	-	396	- 396	-
Kanton Luzern	231	- 231	-	245	- 245	-
Kanton St. Gallen	192	- 192	-	196	- 196	-
Kanton Freiburg	173	- 173	-	180	- 180	-
Kanton Waadt	163	- 163	-	169	- 169	-
Kanton Graubünden	151	- 151	-	152	- 152	-
Kanton Zürich	139	- 139	-	145	- 145	-
Kanton Wallis	127	- 127	-	128	- 128	-
Kanton Aargau	104	- 104	-	105	- 105	-
Kanton Thurgau	101	- 101	-	102	- 102	-
Kanton Jura	64	- 64	-	67	- 67	-
Kanton Schwyz	61	- 61	-	65	- 65	-
Kanton Solothurn	60	- 60	-	60	- 60	-
Kanton Neuenburg	54	- 54	-	57	- 57	-
Kanton Basel-Land	38	- 38	-	41	- 41	-
Kanton Tessin	41	- 41	-	41	- 41	-
Kanton Schaffhausen	30	- 30	-	32	- 32	-
Kanton Obwalden	30	- 30	-	30	- 30	-
Kanton Appenzell A.Rh.	28	- 28	-	28	- 28	-
Kanton Uri	25	- 25	-	25	- 25	-
Kanton Appenzell I.Rh.	25	- 25	-	25	- 25	-
Kanton Zug	20	- 20	-	21	- 21	-
Kanton Nidwalden	18	- 18	-	18	- 18	-
Kanton Glarus	16	- 16	-	17	- 17	-
Kanton Genf	11	- 11	-	11	- 11	-

Hinweis: Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 1.1.2007			Rechnung 2007 31.12.2007		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
725 Bundesamt für Wohnungswesen	2 223	- 291	1 931	1 980	- 237	1 743
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	768	–	768	746	–	746
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	696	- 174	522	500	- 125	375
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	431	- 88	344	412	- 84	327
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	199	–	199	197	–	197
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WFG	107	- 21	85	107	- 21	85
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	13	–	13	11	–	11
Grundverbilligungsvorschüsse Eigentum Notleidende	9	- 9	–	7	- 7	–
801 Generalsekretariat UVEK	36	–	36	–	–	–
Skyguide, Darlehen für Neubau Dübendorf	36	–	36	–	–	–
802 Bundesamt für Verkehr	5 747	-4 920	827	5 998	-5 215	783
SBB AG	2 241	-2 241	–	2 368	-2 368	–
BLS AG	1 151	-1 051	100	1 168	-1 075	93
RhB	824	- 667	157	869	- 718	151
Diverse KTU	717	- 488	229	742	- 524	218
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	127	- 93	34	142	- 111	31
Zentralbahn	112	- 107	5	119	- 115	4
Transports publics fribourgeois	112	- 91	21	117	- 98	19
Südostbahn	98	- 65	33	115	- 87	28
RBS AG	108	- 66	42	108	- 68	40
Appenzeller Bahnen	93	- 51	42	91	- 51	40
Übriger öffentlicher Verkehr	164	–	164	159	–	159
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	1 206	-1 169	37	1 203	-1 169	34
Darlehen Swiss	1 169	-1 169	–	1 169	-1 169	–
Genf: Objekt 4-2	4	–	4	4	–	4
Genf: Objekt 4-1	4	–	4	4	–	4
Basel: Objekt 2+4	3	–	3	3	–	3
Genf: Objekt 2+3	3	–	3	2	–	2
Basel: Objekt 21	2	–	2	2	–	2
Genf: Objekt 9-1	2	–	2	2	–	2
Basel: Objekt 10	2	–	2	2	–	2
Genf: Objekt 1	2	–	2	2	–	2
Basel: Objekt 1	2	–	2	2	–	2
Basel: Objekt 8	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 3	1	–	1	1	–	1
Genf: Objekt 1-2	1	–	1	1	–	1
Genf: Objekt 1-3	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 22	1	–	1	1	–	1
Genf: Objekt 1-4	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 7	1	–	1	1	–	1
Birrfeld	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 23	1	–	1	0	–	0
Übrige Darlehen	3	–	3	3	–	3
806 Bundesamt für Srasen	3	–	3	2	–	2
Bahnhof-Parkhaus Winterthur AG, Winterthur	2	–	2	2	–	2
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	1	–	1	0	–	0
810 Bundesamt für Umwelt	86	–	86	82	–	82
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	86	–	86	82	–	82

Hinweis: Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

D03 Namhafte Beteiligungen

Mio. CHF	Anschaffungswert/ Dotationskapital	Equitywert 1.1.2007	Equitywert 31.12.2007	Kapitalanteil in %
Namhafte Beteiligungen	11 008	13 988	15 256	
Die Post	1 300	1 598	2 280	100,0
SBB	9 000	8 811	9 048	100,0
Swisscom	57	2 431	2 693	52,0
Ruag	340	729	774	100,0
Skyquide	140	244	285	99,9
SAPOMP Wohnbau AG	171	175	176	100,0

Hinweis: Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

D04 Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 1.1.2007			Rechnung 2007 31.12.2007			Kapitalan- teil (in %)
	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtungung	Bilanzwert	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtungung	Bilanzwert	
Übrige Beteiligungen	1 141	-1 090	49	1 177	-1 125	51	
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	16	-16	-	18	-18	-	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	16	-16	-	18	-18	-	1,6
202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit	462	-462	-	466	-466	-	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	256	-256	-	256	-256	-	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	63	-63	-	64	-64	-	1,3
Internationale Finanz-Corporation IFC	54	-54	-	54	-54	-	1,8
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	31	-31	-	31	-31	-	0,6
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	28	-28	-	28	-28	-	0,4
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	12	-12	-	14	-14	-	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	11	-11	-	12	-12	-	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	6	-6	-	6	-6	-	1,5
301 Generalsekretariat EDI	10	-	10	10	-	10	
Beteiligung SHI (Swissmedic)	10	-	10	10	-	10	65,5
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	7	-7	-	7	-7	-	
Hotel Bellevue Palace	6	-6	-	6	-6	-	99,7
Refuna AG	1	-1	-	1	-1	-	8,3
620 Bundesamt für Bauten und Logistik	-3	-	3	-2	2	3	
Ges.z.Förd. Des Wohnungsab.,BE (Soziale Wohlfahrt)	2	-2	-	2	-	2	n.v.
71 Park St. Corp., New York	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
Übrige Beteiligungen	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	444	-444	-	477	-477	-	
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	188	-188	-	191	-191	-	2,8
Swiss Technology Venture Capital Fund und Vorzugsaktien	30	-30	-	30	-30	-	100,0
ASEAN - China Investment Fund	20	-20	-	20	-20	-	n.v.
SSPF - Sino-Swiss Partnership Fund	19	-19	-	19	-19	-	n.v.
IDFC - Indien, Infrastructure Development Finance Co.	15	-15	-	15	-15	-	4,6
AIF - African Infrastructure Fund	15	-15	-	15	-15	-	2,3
AEOF - Aureos East Africa Fund	10	-10	-	10	-10	-	n.v.
SDFC-Swiss Development Finance Corporation, Beteiligung	10	-10	-	10	-10	-	49,0
CAGF - Central American Growth Fund	8	-8	-	8	-8	-	n.v.
Virgin Islands, Terra capital Invest. Ltd., Beteiligung	8	-8	-	8	-8	-	32,0
SEAF - Trans Andean Fund	7	-7	-	7	-7	-	n.v.
SEAF - Central Asia Small Enterprise Fund	7	-7	-	7	-7	-	n.v.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund II	6	-6	-	7	-7	-	n.v.
GMF/Ltd - Global Microfinance Facility Ltd.	7	-7	-	7	-7	-	n.v.
SEAF - Central+Eastern Europe Growth Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.v.
EUF - Euroventures Ukraine Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.v.
SEAF - South Balkan Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.v.
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	6	-6	-	6	-6	-	50,0
KDPEF - KD Private Equity Fund	4	-4	-	6	-6	-	n.v.
GFEF - Ghana Fidelity Equity Fund I	5	-5	-	5	-5	-	n.v.
MEFII - Mekong Enterprise Fund II	5	-5	-	5	-5	-	n.v.
HEP III - Horizon Equity Fund III	5	-5	-	5	-5	-	n.v.
Vantage Mezzanine Fund SA	-	-	-	5	-5	-	n.v.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund	4	-4	-	4	-4	-	10,0
GMF II - Global Microfinance Facility Ltd.	-	-	-	4	-4	-	n.v.
CMFII - Capital Marocco Fund II	4	-4	-	4	-4	-	n.v.
MEF - Mekong Enterprise Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.v.
SEAF - Trans Balkan Fund	4	-4	-	4	-4	-	12,5

D04 Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 1.1.2007			Rechnung 2007 31.12.2007			Kapitalan- teil (in %)
	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	
GMF - Global Microfinance Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.v.
GFEAF - GroFin East Africa Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.v.
SIF - Solidus Investment Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.v.
BFSEF - Balkan Financial Sector Equity Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.v.
raBOP	-	-	-	3	-3	-	n.v.
SIFEM - CASEIF II	-	-	-	3	-3	-	n.v.
Trust Bank Ghana II	-	-	-	3	-3	-	n.v.
VEF - Vietnam Equity Fund	3	-3	-	3	-3	-	n.v.
CEEE-Beteiligung Central+Eastern European Environment	3	-3	-	3	-3	-	9,0
TIL - Tuninvest International, Kapitalbeteiligung	3	-3	-	3	-3	-	8,5
HTF - Horizon Techventures Fund	3	-3	-	3	-3	-	n.v.
Symbiotics MFI Global Sub Debt CDO	-	-	-	3	-3	-	n.v.
FINARCA - Financiera Arrendadora Centroamerica	3	-3	-	3	-3	-	n.v.
SEAF Blue Waters Growth Fund: Vietnam	-	-	-	3	-3	-	n.v.
ACIL/AMFSL-Indien, Alliance Finanzgruppe	2	-2	-	2	-2	-	17,0
Fidelity Equity Fund II	-	-	-	1	-1	-	n.v.
Business Leasing Uzbekistan	-	-	-	1	-1	-	n.v.
TMS - Tradelink Marketing Services	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
ELF - Emergency Liquidity Facility	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
SSFMC - Sino-Swiss Fund Management Company	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
MNL-Msele Nedventures Ltd, Kapitalbeteiligung	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
Übrige Beteiligungen	1	-1	-	1	-1	-	n.v.
708 Bundesamt für Landwirtschaft	7	-7	0	7	-7	0	
Käseunion in Liquidation	7	-7	-	7	-7	-	100,0
725 Bundesamt für Wohnungswesen	40	-1	40	40	-	40	
Logis Suisse AG	24	-	24	24	-	24	64,6
Alloggi Ticino SA	5	-	5	5	-	5	35,5
Logement Social Romand SA	5	-	5	5	-	5	48,0
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	2	-	2	2	-	2	20,0
Hypothekar-Bürgerschaftsgenossenschaft	1	-	1	1	-	1	81,0
WOLO AG	1	-	1	1	-	1	32,5
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	1	-	1	1	-	1	71,7
Übrige Beteiligungen	1	-1	1	1	-	1	n.v.
802 Bundesamt für Verkehr	150	-150	-	150	-150	-	
Rhätische Bahn RhB	25	-25	-	25	-25	-	43,1
Zentralbahn zb	19	-19	-	19	-19	-	16,1
BLS AG	17	-17	-	17	-17	-	21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	11	-11	-	11	-11	-	76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	9	-9	-	9	-9	-	43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	7	-7	-	7	-7	-	26,4
Appenzeller Bahnen AB	6	-6	-	6	-6	-	39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	4	-4	-	4	-4	-	35,7
Forchbahn FB	4	-4	-	4	-4	-	32,8
Aare Seeland mobil AG Asm	4	-4	-	4	-4	-	36,2
Transp. publics fribourgeois TPF	4	-4	-	4	-4	-	22,2
Chemin de fer du Jura CJ	4	-4	-	4	-4	-	33,4
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	4	-4	-	4	-4	-	34,4
DBWM Transport AG	3	-3	-	3	-3	-	30,3
Schweizerische Südostbahn SOB	3	-3	-	3	-3	-	35,8
Ferrovie, autolinee rég. Ticinese FART	3	-3	-	3	-3	-	34,1
Transp. De Martigny et Régions SA, TMR	3	-3	-	3	-3	-	43,2
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	3	-3	-	3	-3	-	27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	3	-3	-	3	-3	-	16,6
Baselland Transport AG BLT	2	-2	-	2	-2	-	5,6
Frauenfeld-Will-Bahn FW	2	-2	-	2	-2	-	37,4
Transp. Publics du Chablais SA, TPC	2	-2	-	2	-2	-	18,1
TRAVYS SA	1	-1	-	1	-1	-	17,2
Lausanne-Echallens-Bercher LEB	1	-1	-	1	-1	-	42,9
Transp. Montreux-Vevvey-Riviera MVR	1	-1	-	1	-1	-	17,1

D04 Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 1.1.2007			Rechnung 2007 31.12.2007			Kapitalan- teil (in %)
	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	
Nyon-St.Cergue-Morez NSTCM	1	-1	-	1	-1	-	28,3
Transp. Regionaux neuchâtelois TRN SA	1	-1	-	1	-1	-	13,4
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	1	-1	-	1	-1	-	11,0
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	1	-1	-	1	-1	-	3,9
Waldenbugerbahn WB	1	-1	-	1	-1	-	24,4
Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB	1	-1	-	1	-1	-	5,2
Übrige Beteiligungen	1	-1	-	1	-1	-	n.v.

n.v.: nicht verfügbar

Hinweis: Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

D05 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	Eröffnungs-	Rechnung	Differenz	
	bilanz 01.01.2007	2007 31.12.2007	absolut	%
Bruttoschulden	125 186	120 978	-4 208	-3,4
Kurzfristige Schulden	26 688	24 831	-1 857	-7,0
Laufende Verbindlichkeiten	10 166	11 709	1 542	15,2
Kontokorrente	8 387	7 769	-618	-7,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	828	2 823	1 995	240,9
Verwaltete Stiftungen	91	94	3	3,8
Übrige laufende Verbindlichkeiten	860	1 022	162	18,8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 522	13 122	-3 400	-20,6
Geldmarkt	12 587	9 056	-3 530	-28,0
Bundeseigene Unternehmungen	1 220	1 335	115	9,4
Sparkasse Bundespersonal	2 225	2 376	150	6,8
Negative Wiederbeschaffungswerte	305	166	-139	-45,7
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	185	190	5	2,6
Langfristige Schulden	98 498	96 147	-2 351	-2,4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	98 498	96 147	-2 351	-2,4
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	–	–
Anleihen	95 669	95 684	15	–
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	–	34	34	–
Übrige mittel- und langfristige Schulden	2 779	379	-2 400	-86,4

Hinweis: Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2007	106	3,2	10	2,2	96	3,3
2006	110	3,2	14	1,7	96	3,4
2005	112	3,0	17	0,8	96	3,4

Hinweis: Die Zahlen vor 2005 sind im Detail nicht verfügbar.

E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 31.12.2007	Marktwert 31.12.2007
Total				10 441,4	10 413,7
Geldmarktbuchforderungen				9 056,4	9 017,6
03.01.2008	862928	04.10.2007	99,5010	652,5	652,3
10.01.2008	862929	11.10.2007	99,6500	529,6	529,3
17.01.2008	862891	18.01.2007	97,7840	621,5	620,8
24.01.2008	862931	25.10.2007	99,4860	425,7	425,0
31.01.2008	862932	01.11.2007	99,5230	659,4	658,0
07.02.2008	862933	08.11.2007	99,4540	694,1	692,4
14.02.2008	862934	15.11.2007	99,4840	591,9	590,0
21.02.2008	862935	22.11.2007	99,4840	557,5	555,4
28.02.2008	862923	30.08.2007	98,7770	937,5	933,5
06.03.2008	862937	06.12.2007	99,4840	492,9	490,6
13.03.2008	862938	13.12.2007	99,4920	443,2	440,8
20.03.2008	862939	20.12.2007	99,4880	795,4	790,6
27.03.2008	862940	27.12.2007	99,4880	490,2	487,0
17.04.2008	862930	18.10.2007	98,7170	476,4	472,4
29.05.2008	862936	29.11.2007	98,8850	356,3	352,2
17.07.2008	862917	19.07.2007	97,1390	332,6	327,4
Festgelder				1 385,0	1 396,2
ETH					
11.01.2008	–	30.11.2007	2,00%	45,0	45,1
31.01.2008	–	31.10.2007	2,30%	70,0	70,3
30.06.2008	–	25.06.2007	2,70%	70,0	70,9
SERV					
11.01.2008	–	05.07.2007	2,60%	100,0	101,3
17.03.2008	–	04.10.2007	2,30%	250,0	251,2
03.10.2008	–	04.04.2007	2,46%	100,0	101,5
14.01.2009	–	05.01.2007	2,46%	100,0	101,9
15.07.2009	–	05.01.2007	2,42%	100,0	101,6
13.01.2010	–	05.01.2007	2,37%	100,0	101,2
14.07.2010	–	05.01.2007	2,41%	100,0	101,1
12.01.2011	–	05.01.2007	2,44%	100,0	100,9
13.07.2011	–	05.01.2007	2,43%	100,0	100,6
18.01.2012	–	05.01.2007	2,42%	100,0	100,2
Skycare					
19.12.2015	–	19.12.2003	2,75%	50,0	48,4

E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 31.12.2007	Marktwert 31.12.2007
Eidgenössische CHF Anleihen					3 735	95 684,2	100 384,8
08.01.2008	108546	4,25%	1996-2008	–	–	5 366,3	5 589,8
11.02.2009	843555	3,25%	1998-2009	–	–	8 522,8	8 832,1
05.11.2009	1980345	1,75%	2004-2009	–	100	1 655,7	1 649,3
07.08.2010	680990	3,50%	1997-2010	–	200	8 702,4	9 018,3
10.06.2011	1084089	4,00%	2000-2011	–	50	7 632,4	8 129,4
10.06.2012	805564	2,75%	1999-2012	–	160	8 600,1	8 741,8
11.02.2013	1037930	4,00%	2000-2013	–	280	6 900,2	7 538,0
06.01.2014	148008	4,25%	1994-2014	–	–	4 608,4	5 152,2
09.11.2014	2313981	2,00%	2005-2014	–	215	1 691,3	1 603,9
10.06.2015	1238558	3,75%	2001-2015	–	70	3 583,3	3 854,6
12.03.2016	1563345	2,50%	2003-2016	–	240	6 217,9	6 125,7
12.10.2016	2285961	2,00%	2005-2016	–	300	2 272,5	2 138,0
05.06.2017	644842	4,25%	1997-2017	–	260	5 500,1	6 155,7
08.01.2018	1522166	3,00%	2003-2018	–	365	4 575,4	4 688,6
12.05.2019	1845425	3,00%	2004-2019	–	320	4 337,8	4 368,2
06.07.2020	2190890	2,25%	2005-2020	–	120	2 098,1	1 922,6
11.02.2023	843556	4,00%	1998-2023	–	–	3 961,0	4 457,9
27.06.2027	3183556	3,25%	2007-2027	–	300	100,7	102,8
08.04.2028	868037	4,00%	1998-2028	–	300	5 312,5	6 004,5
08.04.2033	1580323	3,50%	2003-2033	–	300	2 454,7	2 604,4
08.03.2036	2452496	2,50%	2006-2036	–	155	629,5	566,0
06.01.2049	975519	4,00%	1999-2049	–	–	961,4	1 141,0

E04 Nettozinslast

Mio. CHF	Nettozinslast	Zinsausgaben	Zinseinnahmen
2007	3 185	3 849	664
2006	3 515	3 993	478
2005	3 242	3 577	335
2004	2 876	3 167	292
2003	2 964	3 293	329
2002	3 274	3 764	490
2001	2 645	3 394	749
2000	2 759	3 489	730
1999	2 905	3 586	681
1998	2 281	3 345	1 063
1997	1 940	3 079	1 139
1996	1 591	2 922	1 331
1995	1 641	3 080	1 440
1994	1 793	3 079	1 287
1993	1 411	2 486	1 076
1992	1 651	2 546	895
1991	1 310	2 050	740
1990	1 180	1 832	652

E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	01.01.2007	31.12.2007	01.01.2007	31.12.2007	01.01.2007	31.12.2007
Derivative Finanzinstrumente	8 558	7 598	106	76	-305	-166
Zinsinstrumente	6 300	5 450	11	16	-299	-140
Zinsswaps	6 300	5 450	11	16	-299	-140
Optionen	-	-	-	-	-	-
Devisen	2 258	2 148	95	60	-7	-25
Terminkontrakte	2 258	2 148	95	60	-7	-25
Optionen	-	-	-	-	-	-

F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand¹

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG-Verwaltungseinheiten ²		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2007 ³	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006 ³	4 110	32 376	3 571	28 661	121	753	352	2 900	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002 ⁴	4 078	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001 ⁴	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000 ⁴	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

1 Personalbestand: durchschnittlicher Bestand Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)

2 Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten: 2007 (23), 2006 (14), 2004 (12), 2001 (11), 2000 (10)

3 Rechnung nach NRM

4 Daten zum Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter sind im Personal zu Lasten Personalkrediten enthalten

F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
					absolut	%
Personalaufwand	4 375	4 325	4 539	4 492	167	3,9
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 259	4 205	4 423	4 389	184	4,4
Legislative	61	63	63	61	-2	-2,9
Entschädigungen für Parlamentarier	35	36	36	33	-3	-8,3
Personalaufwand ¹	26	27	27	28	1	4,4
Übriger Personalaufwand	-	-	-	-	-	-
Judikative	73	68	123	116	48	70,6
Bezüge Bundesrichter	27	18	33	34	16	88,9
Personalaufwand ¹	46	50	89	81	31	61,4
Übriger Personalaufwand	-	-	1	1	1	-
Exekutive	3 938	3 890	3 955	4 030	140	3,6
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	-	-5,0
Bezüge Kommissionen	1	12	1	1	-11	-94,2
Personalaufwand ¹	3 827	3 789	3 834	3 926	137	3,6
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-	-	-	11	11	-
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	41	41	45	47	6	14,6
Übriger Personalaufwand	65	44	71	53	9	20,2
Global- und Spezialkredite²	120	119	217	151	32	27,1
Arbeitgeberbeiträge global ³	-	-	10	-	-	-
Arbeitgeberleistungen ⁴	120	119	116	151	32	27,1
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-	-	-	39	39	-
Umstrukturierungen	67	65	66	31	-34	-51,8
Sozialplan	67	65	66	31	-34	-51,8
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	117	120	116	103	-17	-14,2
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	117	120	116	103	-17	-14,2
Personalausgaben	4 375	4 325	4 539	4 462	137	3,2

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 Beinhaltet Bundesratsreserve, Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen

3 Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Dienststellen dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2007 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar

4 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

F03 Höchstbezüge 2007 nach Lohnklassen

Lohnklassen	94% (Höchstbeträge) Beurteilungsstufe B CHF	100% (Höchstbeträge) Beurteilungsstufe A CHF	Lohnerhöhungen ab 1.1.2007
1	2	3	4
1	51 887	55 199	
2	52 728	56 094	
3	53 580	56 999	Lohnerhöhungen nach Artikel 39 BPV:
4	54 430	57 904	
5	56 007	59 582	
6	58 614	62 356	A++ = 4,1 % - 6 %
7	61 211	65 118	A+ = 3,1 % - 4 %
8	63 781	67 852	A = 3 %
9	66 416	70 656	B = 2 %
10	69 038	73 444	C = 0 %
11	71 631	76 203	
12	74 289	79 030	
13	76 991	81 905	Berechnungsbasis = Spalte 3
14	79 770	84 861	
15	83 079	88 382	
16	86 435	91 952	
17	90 036	95 783	
18	94 323	100 343	
19	98 590	104 883	
20	102 862	109 428	
21	107 132	113 970	
22	111 415	118 526	
23	116 855	124 314	
24	122 297	130 103	
25	128 695	136 910	
26	135 117	143 741	
27	141 528	150 562	
28	147 965	157 410	
29	155 320	165 234	
30	162 689	173 074	
31	170 101	180 959	
32	177 524	188 856	
33	192 433	204 716	
34	207 518	220 764	
35	222 746	236 964	
36	238 139	253 339	
37	253 684	269 877	
38	304 671	324 119	

Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.
Beträge sind kaufmännisch gerundet.